

# Landeskommission Berlin gegen Gewalt



## „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“

**Bericht und Empfehlungen**  
einer von der  
Landeskommission Berlin gegen Gewalt  
eingesetzten Arbeitsgruppe



# Impressum

## Herausgeber:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt  
Klosterstr. 47  
10179 Berlin

Tel.: 9027 2913

9027 2910

Fax: 9027 2921

e-mail:

[Manuela.Bohlemann@SenInn.Verwalt-Berlin.de](mailto:Manuela.Bohlemann@SenInn.Verwalt-Berlin.de)

[Stephan.Voss@SenInn.Verwalt-Berlin.de](mailto:Stephan.Voss@SenInn.Verwalt-Berlin.de)

Internet:

[www.berlin-gegen-gewalt.de](http://www.berlin-gegen-gewalt.de)

1. Auflage: 300 Exemplare

März 2007

## Inhaltsverzeichnis

<b>Lesehinweis</b>	<b>4</b>
<b>1. Kurzfassung</b>	<b>5</b>
<b>2. Vorbemerkung</b>	<b>8</b>
<b>3. Einleitung</b>	<b>12</b>
<b>4. Junge männliche Personen mit Migrationshintergrund und Gewaltkriminalität</b>	<b>19</b>
4.1 Ausgewählte Erkenntnisse aus der Polizeilichen Kriminalstatistik Berlin	19
4.2 Intensivtäter	20
4.3 Meldungen von Gewaltvorfällen aus der Berliner Schule	21
4.4 Jugendstrafanstalt	22
4.5 Ergebnisse der Dunkelfeldforschung zur Jugendgewalt	22
4.6 Häusliche Gewalt	23
4.7 Fazit	23
<b>5.1 Geschlechtsspezifische Hintergründe</b>	<b>24</b>
<b>5.2 Soziale und kulturelle Einflussfaktoren</b>	<b>28</b>
<b>Bildung und Arbeitsmarkt – Situation von Migrant/innen und Migranten</b>	<b>28</b>
Schule	28
Ausbildung	30
Sprache	33
Arbeitsmarkt	34
Fazit Schule – Ausbildung – Arbeitsmarkt	35
<b>Familienstrukturen und Erziehungsziele</b>	<b>37</b>
Familien zwischen Tradition und Moderne	37
Erziehung in traditionell orientierten Zuwandererfamilien	38

Eltern	38
Erziehungsziele	39
Normen und Werte	40
Der traditionell - autoritäre Erziehungsstil	41
Erwartungen an die Rolle des Jungen / Mannes in traditionell orientierten Familien	42
Unterschiede in der Erziehung von Mädchen und Jungen in traditionell orientierten Familien	42
Exkurs Homophobie	43
Bedeutung der Freundschaft	46
Bedeutung der Rollenzuweisungen für delinquentes Verhalten von männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund	46
Gewalt und Selbstwirksamkeit	47
Sport	49
Die Rolle der Religion	50
<b>Alltagserfahrungen</b>	<b>54</b>
Sozialräumliche Segregation	54
Diskriminierung	55
Partizipation	56
Fazit	58
<b>5.3 Rechtliche Einflussfaktoren</b>	<b>58</b>
<b>5.4 Traumatisierung</b>	<b>62</b>
<b>6. Frühe Erscheinungsformen von Gewalt im Kindesalter</b>	<b>74</b>
<b>7. Risiko- und Resilienzfaktoren familialer und jugendlicher Gewalt</b>	<b>77</b>
<b>8. Anhang</b>	<b>83</b>
8.1 Communities von Migrant/innen in Berlin	83
8.1.1 Die türkische Community	83
8.1.2 Die arabische Community	90
8.1.3 Die Community von Bürgerinnen und Bürgern des ehemaligen Jugoslawien	95
8.2 Erkenntnisse zur Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund	99
8.2.1 Ausgewählte Erkenntnisse aus der Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin	99
Ergebnisse des Mikrozensus 2005	107
8.2.2 Gewaltvorfälle an Schulen	109
8.2.3 Intensivtäter	111
8.2.4 Inhaftierte männliche Jugendliche und Heranwachsende	119
8.3 Wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund“	120
8.3.1 Selbstberichtete Gewaltdelinquenz von Jugendlichen mit Migrationshintergrund	121
8.3.2 Gewalterfahrungen in Migrantenfamilien	122
8.3.3 Gewaltbefürwortende Jugendgruppen	127
8.3.4 Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen	127
8.4 Häusliche Gewalt	129
8.5 Soziale und ökonomische Einflussfaktoren	131
8.6 Anatomie eines Ehrdelikts	136
8.7 Die Rechtslage	147
8.8 Nachrangiger Arbeitsmarktzugang	149
<b>9. Literatur</b>	<b>151</b>
<b>10. Empfehlungen</b>	<b>157</b>

**Der vorliegende Text gliedert sich in fünf Bereiche: Kurzfassung (Kapitel 1), Bericht (Kapitel 2-7), Anhang (Kapitel 8), Literatur (Kapitel 9) und Empfehlungen (Kapitel 10). Die Kurzfassung vermittelt einen schnellen Überblick über die Risikofaktoren im Zusammenhang mit der Gewaltdelinquenz von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund sowie über die wesentlichen Bereiche, in denen Maßnahmen zu ihrer Reduzierung ergriffen werden sollten. Der Bericht analysiert in relativ kurzer Form die wesentlichen Risikofaktoren für gewalttätiges Verhalten männlicher junger Personen mit Migrationshintergrund und beschreibt in seiner Einleitung (Kapitel 3) die Folie, auf deren Hintergrund diese Analyse zu verstehen ist. Bezogen auf die Themen Bildung, Ausbildung und Arbeit ist der Bericht vor dem Hintergrund des von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport herausgegebenen Konzepts „Integration und Bildung“ sowie vor dem Hintergrund des 2005 vom Berliner Senat beschlossenen Integrationskonzeptes für Berlin bewusst kurz gefasst. Der Anhang bietet die Möglichkeit, sich genauer über einzelne Themen des Berichts zu informieren – entsprechende Verweise finden sich immer wieder im Text und darüber hinaus enthält er zusätzlich zum Bericht eigene Informationen, wie zum Beispiel zu einigen Communities von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund in Berlin. Das umfangreiche Literaturverzeichnis bietet die Möglichkeit, weitere Informationen zum Thema des Berichts zu finden. Die Empfehlungen bilden den letzten und für die Handlungsstrategien in dem angesprochenen Themenfeld entscheidenden Teil des Textes.**

# 1. Kurzfassung

Junge männliche Personen mit Migrationshintergrund<sup>1</sup> werden im Bereich der Gewaltdelikte in Relation zu ihrem Anteil an der Bevölkerung überproportional häufig polizeilich registriert. Dies hat viele Ursachen.

**Risikofaktoren** für gewalttätiges Verhalten junger männlicher Personen mit Migrationshintergrund sind

## **mit Blick auf junge männliche Personen mit Migrationshintergrund**

- innerfamiliäre Gewalt und autoritäre Erziehung
- mangelhafte Unterstützung durch die Eltern im Rahmen von Bildungsprozessen
- Schulversagen
- mangelhafte interkulturelle Kompetenz
- unzureichende Selbstwirksamkeitserfahrungen
- mangelhafte Kenntnisse der deutschen und der Sprache des Herkunftslandes
- Perspektivlosigkeit im Hinblick auf Ausbildung und Beruf
- das Angewiesensein auf den Bezug von staatlichen Transferleistungen
- das Erlernen einer patriarchal geprägten Geschlechtsrollenidentität
- das Erlernen dysfunktionaler Werte und Normen
- Erfahrungen von Bürgerkrieg, Krieg und Flucht
- ein unzureichendes Rechtsbewusstsein
- Generationenkonflikte
- Identitätskonflikte
- Diskriminierungserfahrungen
- Selbststigmatisierung
- Orientierung an gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und -konzepten
- Orientierung an devianten und gewaltbefürwortenden Gruppen Gleichaltriger

## **mit Blick auf die in Berlin lebenden Familien mit Migrationshintergrund**

- soziale Desintegration der Familien (Armut, Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, sozialräumliche Marginalisierung)
- Bildungsferne der Eltern
- mangelhafte interkulturelle Kompetenz
- mangelnde Sprachkenntnisse der Eltern
- Perspektivlosigkeit der Eltern
- unzureichende Erziehungskompetenz der Eltern, insbesondere auch im Hinblick auf die geschlechtsspezifischen Aspekte von Erziehung
- Gewalt als Erziehungsmethode
- unsicherer Aufenthaltsstatus von Familien
- Erfahrungen von Bürgerkrieg, Krieg und Flucht
- Traumatisierungserfahrungen der Eltern
- Diskriminierungserfahrungen
- Selbststigmatisierung
- fehlende Partizipationsmöglichkeiten
- Aufrechterhaltung dysfunktionaler Werte und Normen
- Konzepte der Ungleichheit von Mann und Frau
- Häusliche Gewalt
- gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen

---

<sup>1</sup> Es gibt bislang keine einheitliche Definition des Begriffs „...mit Migrationshintergrund“. Im Folgenden werden – soweit es sich nicht um Zitate anderer Autor/innen handelt – mit diesem Begriff zugewanderte Personen und Personen mit zugewanderten Eltern oder Großeltern bezeichnet, wobei ein zugewanderter Elternteil genügt.

- mangelnde/r Integrationswille/- fähigkeit der Eltern
- mangelnde Akzeptanz der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland
- nicht ausreichende Selbstwirksamkeitserfahrungen

### **mit Blick auf die Communities der Bürgerinnen und Bürger nichtdeutscher Herkunft in Berlin**

- traditionelle, auf der Ungleichheit von Mann und Frau basierende Vorstellungen des Verhältnisses der Geschlechter
- die unzureichende Auseinandersetzung mit dem Thema „Gewalt“
- das undifferenzierte Festhalten an traditionellen, für hochindustrialisierte Gesellschaften dysfunktionalen Werten
- das Festhalten an überkommenen Konfliktlösungsmustern, die der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht entsprechen
- das Fehlen von Organisationen vor allem von libanesischen und palästinensischen Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner für die Politik

### **mit Blick auf die Mehrheitsgesellschaft**

- mangelnde Akzeptanz der Tatsache, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland und eine multikulturelle Gesellschaft ist
- mangelnde Bereitschaft zur Integration von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft
- Ethnisierung des Problems der Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund
- fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft
- Gestaltung des Aufenthaltsrechts
- unzureichende Kenntnis und Akzeptanz fremder Kulturen
- mangelhafte interkulturelle Kompetenz
- Islamophobie
- individuelle und strukturelle Diskriminierung von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft
- unzureichende interkulturelle Ausrichtung von Institutionen
- mangelhafter Umgang insbesondere der Bildungsinstitution Schule mit den Problemen junger Migranten, insbesondere hinsichtlich ihres Erziehungsauftrages
- Mangel an Ausbildungs- und nicht prekären Arbeitsplätzen
- unzureichender Dialog mit den Organisationen der Communities von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft

### **mit Blick auf die Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft**

- der mangelnde Konsens darüber, welche Forderungen verbunden mit welchen Konsequenzen an die Mitglieder von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft bezüglich des Integrationsprozesses zu stellen sind
- der mangelnde Konsens darüber, wie die Förderung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu gestalten ist und welche Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen sind
- die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit, aus der jeweiligen Haltung des „Ihr“ versus „Wir“ zu einer gemeinsamen Haltung des „Wir“ zu gelangen.

Gewaltprävention in diesem Zusammenhang ist auf differenzierte ressort- und institutionenübergreifende Mehrebenenkonzepte angewiesen. Deren Zielgruppen sind sowohl Mitglieder und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft als auch Mitglieder und Institutionen der Communities von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft. Entwicklung und Umsetzung von wirksamen Konzepten der Gewaltprävention sind nur in gemeinsamer Verantwortung möglich; sie setzen einen **Dialog auf gleicher Augenhöhe**, den Verzicht auf Schuldzuweisungen und Respekt vor anderen Kulturen voraus.

Dies gilt um so mehr, als der Mikrozensus 2005 deutlich gemacht hat, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland und faktisch eine multikulturelle Gesellschaft ist.<sup>2</sup>

Die **geschlechtsspezifischen Dimensionen** delinquenten Verhaltens von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund müssen im Rahmen der Gewaltprävention zu einem zentralen und durchgängig zu berücksichtigendem Thema gemacht werden: Das Verständnis des Verhältnisses der Geschlechter und die daraus resultierenden Männlichkeitskonzepte spielen eine zentrale Rolle für die Ausübung von Gewalt nicht nur bei jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund. Allerdings tun sie dies vor dem Hintergrund, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund und deren Familien – ganz abgesehen von Diskriminierungserfahrungen – in weit über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegenden und in der Gesamtheit der auf sie einwirkenden Belastungsfaktoren als herausragend prekär zu bewertenden Lebensbedingungen in Bezug auf Bildung, Ausbildung, Arbeit, Partizipationsmöglichkeiten und Aufenthaltsstatus aufwachsen.

Gerade für junge männliche Personen mit Migrationshintergrund bedeutet dies, dass ihre Möglichkeiten, Selbstwirksamkeit zu erfahren, in einer für sie wichtigen und – auch migrationsbedingt – schwierigen Phase der Identitätsentwicklung äußerst eingeschränkt sind. In dieser Situation wird der Körper oftmals zur vermeintlich letzten Ressource. Um durch ihn Selbstwirksamkeit zu erfahren und um sich eigener Identität zu versichern, wird diese Ressource gepflegt, mitunter bis zur Hypermaskulinität aufgebläht und in Form von Gewalt zum Schaden anderer eingesetzt.<sup>3</sup>

Präventionskonzepte zur Reduzierung von Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund müssen vor diesem Hintergrund neben den geschlechtsspezifischen Aspekten des Problems, neben der Thematisierung eines nicht zu tolerierendem Verständnisses des Verhältnisses der Geschlechter vor allem diejenigen Bereiche in den Blick nehmen – unter anderem auch um der Gefahr wachsender Ethnisierung des Problems der Gewaltdelinquenz von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund zu begegnen –, durch deren Veränderung die Selbstwirksamkeitsmöglichkeiten und -erfahrungen der jungen Menschen erweitert werden können. Hierzu zählen in erster Linie – aber keineswegs nur – Bildung, Ausbildung, Arbeit, Partizipation und für einzelne Gruppen von Migranten und Migrant/innen in besonderem Maße das Aufenthaltsrecht.

Die **Empfehlungen** am Ende dieses Berichts (vgl. Seite 157 ff) setzen sich ausführlich mit den Möglichkeiten der Prävention von Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund auseinander. Sie beziehen sich auf die in der Kurzfassung des Berichts und im Bericht selbst dargestellten Risikofaktoren für gewalttätiges Verhalten der betrachteten Zielgruppe. Es wurde bewusst auf eine Zusammenfassung der Empfehlungen in der Kurzfassung des Berichts verzichtet, da eine solche deren inhaltlicher Bedeutung und zentralen Stellenwert im Rahmen dieses Berichts nicht gerecht werden könnte.

---

<sup>2</sup> Vgl. Anhang, Seite 107 ff

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Susanne Spindler, Seite 314 ff, 2006

## 2. Vorbemerkung

Jungen<sup>4</sup>, männliche Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund<sup>5</sup> in Berlin werden gemessen an ihrem Anteil an allen Berliner männlichen Personen im Alter von 8 bis 21 Jahren überproportional häufig im Bereich von Rohheitsdelikten polizeilich registriert und stellen den überwiegenden Teil der in Berlin bei der Staatsanwaltschaft registrierten Intensivtäter.

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt nahm dies in ihrer 45. Sitzung am 22. März 2005 zum Anlass, eine ressort- und institutionenübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Auftrag einzusetzen, gemeinsam mit Vertreter/innen von Migrantenorganisationen diesbezüglich Maßnahmen zur Reduzierung von Gewalt und Kriminalität zu entwickeln.

### Der Arbeitsauftrag

Die Arbeitsgruppe hatte die Aufgabe,

- die Ursachen der im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung überproportionalen Delinquenz von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund im Zusammenhang mit Gewaltdelikten zu analysieren und entsprechende Risikofaktoren zu benennen,
- die Schutzfaktoren herauszuarbeiten, die einen Beitrag dazu leisten, dass junge männliche Personen mit Migrationshintergrund Gewalt nicht als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen wählen,
- einen Überblick über bisherige Präventionsmaßnahmen und -vorschläge in diesem Zusammenhang zu geben sowie eine Auswahl von best practise Beispielen in unterschiedlichen Arbeitsfeldern vorzulegen,
- für 2 Quartiere in Schöneberg und Kreuzberg umsetzungsreife konkrete Konzepte zur Prävention von Gewalt von jungen männlichen Personen nichtdeutscher Herkunft zu entwickeln sowie
- Empfehlungen zu erarbeiten, die sich einerseits auf die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen in einzelnen Quartieren der Stadt und andererseits auf Aktivitäten von stadtweiter Bedeutung beziehen,
- diese Empfehlungen in Abstimmung mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen,
- eine Handreichung für Praktiker/innen und Verwaltung zum Umgang mit dem Problem zu erarbeiten und
- ihre Arbeitsergebnisse im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zur Diskussion zu stellen.

### Zeitlicher Rahmen

Die Arbeitsgruppe konstituierte sich am 13.5.2005 und beendete ihre Arbeit am 9.März 2007.

### Grenzen bei der Umsetzung des Auftrages

Die Arbeitsgruppe hat sich aus verschiedenen Gründen nicht mit allen jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund in Berlin befasst. Zum einen zeigen die für Berlin vorliegenden Daten, dass im Vergleich zu ihrem jeweiligen Anteil an der Bevölkerung insbesondere junge männliche Personen aus dem Libanon, aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei sowie solche mit ungeklärter Staatsbürgerschaft und Staatenlose überdurchschnittlich häufig polizeilich in Zusammen-

---

<sup>4</sup> Im Rahmen des vorliegenden Berichts wird darauf verzichtet, die Delinquenz von Kindern näher zu beleuchten. Als Kinder werden hier und im Folgenden Personen im Alter von 8 bis unter 14 Jahren, als Jugendliche Personen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren und als Heranwachsende Personen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren bezeichnet.

<sup>5</sup> Siehe Anmerkung 1 auf Seite 5.



hang mit Gewaltdelikten registriert werden, als Intensivtäter in Erscheinung treten oder aber inhaftiert sind. Zum anderen unterscheiden sie sich beispielsweise im Hinblick auf die Migrationshintergründe und auch bezüglich ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation in nicht unerheblichem Maße zum Beispiel von jungen männlichen Aussiedlern. Nicht zuletzt spielten jedoch auch pragmatische Gründe eine Rolle: Vor dem Hintergrund, dass in die Arbeit der Arbeitsgruppe die Kompetenzen von Migrantenorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und Verwaltungen auf vielfältige Weise einfließen sollten und die AG schon allein dadurch eine beträchtliche Größe aufwies (ca. 35 Mitglieder), erschien eine Befassung mit allen Gruppen junger männlicher Personen mit Migrationshintergrund in Berlin nicht handhabbar.

Für die Arbeit der AG war es darüber hinaus von Bedeutung, dass es in Berlin in verschiedenen Bereichen an statistischen Materialien mangelt, die für eine differenzierte Analyse des Problems notwendig gewesen wären. So lässt sich zum Beispiel an Hand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nicht ermitteln, wie viele Tatverdächtige tatsächlich einen Migrationshintergrund haben, da viele junge männliche Personen mit Migrationshintergrund deutsche Staatsbürger/innen sind. Die PKS gibt auch keine Auskunft über die örtliche und kleinräumliche Verteilung der Delinquenz junger männlicher Personen mit Migrationshintergrund. In der Polizeilichen Kriminalstatistik findet ein möglicherweise unterschiedliches Anzeigeverhalten gegenüber jungen männlichen Personen mit und ohne Migrationshintergrund keine Berücksichtigung und bei der Bildung von Tatverdächtigenbelastungszahlen kann nur auf die gemeldete Wohnbevölkerung in Berlin zurückgegriffen werden. Darüber hinaus kann die PKS nur die polizeilich registrierte Kriminalität abbilden, sie beleuchtet das Hellfeld von Kriminalität. Für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist jedoch neben der polizeilich registrierten Kriminalität auch das Dunkelfeld von Kriminalität sowie das bedeutsam, was über Kriminalität und Gewalt insgesamt von den Medien, aber auch im Freundes- und Bekanntenkreis berichtet wird. Vor allem letzteres mag das Klima zwischen Mehrheitsgesellschaft und den Migrantengemeinschaften prägen, ohne dass in dem nachfolgenden Bericht hierauf näher eingegangen werden kann.

Größte Schwierigkeiten zeigen sich, wenn man nach statistischem Material über die aufenthaltsrechtliche Situation von Migrant/innen und deren Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche sucht. Auch im Hinblick auf Schule lässt sich nicht nachvollziehen, welche Gruppen – nach Nationalitäten differenziert – in welchen Bereichen mit besonderen Problemlagen konfrontiert sind. Dieser Mangel an statistischem Material bleibt nicht ohne Einfluss auf die Möglichkeiten, differenzierte Präventionsmaßnahmen für unterschiedliche Zielgruppen zu formulieren, obwohl dies aus Sicht der AG von entscheidender Bedeutung ist.

Darüber hinaus – und dies hängt mit der Geschichte der Migration in Berlin sowie mit den unterschiedlichen Hintergründen von Migrationsprozessen zusammen – hat sich gezeigt, dass das in Berlin zur Verfügung stehende Wissen über die verschiedenen Communities von Migrant/innen sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Über die türkische Community gibt es im Vergleich z.B. zu der arabischen Community wesentlich mehr Informationen. Vor diesem Hintergrund war es der AG nicht möglich, sich gleichermaßen intensiv und differenziert mit den unterschiedlichen Communities von Migrant/innen in Berlin auseinander zu setzen. Aus Sicht der AG gibt es bislang noch zu wenig gesicherte Erkenntnisse über die einzelnen Communities von Migrant/innen in Berlin und einen entsprechenden Forschungsbedarf, den zu decken, ebenfalls eine wichtige Aufgabe für die Zukunft ist.

Insgesamt markieren die Ergebnisse der Arbeit der AG „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“ eher den Anfang eines weiter zu führenden Arbeitsprozesses als dessen Ende.

Nicht zuletzt waren der Arbeit der AG auch Grenzen dadurch gesetzt, dass viele ihrer Mitglieder ihr Engagement in der Arbeitsgruppe zusätzlich zu den von ihnen im normalen Arbeitsalltag zu bewältigenden Anforderungen erbracht haben, sodass Ressourcen nicht immer in dem Maße zur Verfügung stehen konnten, wie dies wünschenswert gewesen wäre.

## **Zur Umsetzung des Auftrages**

Zu Beginn ihrer Arbeit hat sich die AG mit folgenden Themen auseinandergesetzt:

- Die türkische Community in Berlin (Struktur, Organisation, bisheriger Umgang mit dem Thema Gewalt) – Berichterstatter: Kenan Kolat
- Die arabische Community in Berlin (Struktur, Organisation, bisheriger Umgang mit dem Thema Gewalt – Berichterstatter: Dr. Ralph Ghadban
- Die Community der Bürger und Bürgerinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien (Struktur, Organisation, bisheriger Umgang mit dem Thema Gewalt) – Berichterstatterin: Ana Kraner
- Junge Zuwanderer und Gewalt in Berlin – Berichterstatter: Dr. Frank Gesemann
- Junge Zuwanderer in Berlin – Soziale, ökonomische und sozialräumliche Faktoren – Berichterstatter: Dr. Frank Gesemann
- Häusliche Gewalt in türkischen Migrantenfamilien – Berichterstatter: Dr. Haci - Halil Uslucan
- Bisherige Präventionsmaßnahmen – Berichterstatterinnen: Margot Wichniarz, Susanne Burghardt - Plewig

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung der AG mit diesen Themen wurde die Struktur für den vorliegenden Bericht entwickelt. In verschiedenen Arbeitsgruppen – meist unter der Federführung von Migrantenorganisationen – wurden einzelne Teile des Berichts erarbeitet und im Plenum zur Diskussion gestellt. Im Plenum wurde auch die Struktur für den Empfehlungsteil des Berichts erarbeitet. Die einzelnen Empfehlungen wurden von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe entwickelt, von der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt zusammengefasst und ebenfalls im Plenum der AG zur Diskussion gestellt. Die redaktionelle Bearbeitung des Gesamtberichts oblag der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt.

## **Arbeitsergebnisse**

Die Arbeitsgruppe hat im Zeitraum von Mai 2005 bis März 2007 insgesamt 21 Mal getagt und folgende Ergebnisse vorgelegt:

- Bericht zum Thema „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“
- Empfehlungen zum Thema „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“
- Internationale Konferenz in Kooperation mit der Friedrich - Ebert - Stiftung am 22. März 2006 zum Thema: „SCHLAGwort Integration – Junge Zuwanderer, Lebenslagen und Gewalt: Probleme und Lösungsansätze im Vergleich – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande

## **Mitglieder der AG**

### *Migrantenorganisationen*

Türkischer Bund in Berlin - Brandenburg e.V., Türkische Gemeinde zu Berlin e.V., Kurdische Demokratische Gemeinde zu Berlin - Brandenburg e.V., Kulturzentrum anatolischer Aleviten e.V., DITIB – Die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V., Vertreter/in aus dem Landesbeirat für Integration und Migration – Bereich Südosteuropa (zeitweise)

### *Freie Träger*

Arabisches Kultur - Institut e.V., Al Dar e.V., Türkischer Elternverein Berlin - Brandenburg e.V., Lebenswelt gGmbH, Gangway e.V., Verband für sozial - kulturelle Arbeit Landesgruppe Berlin e.V. – Outreach, Sportjugend Berlin, Quartiersmanagement Wrangelkiez, Quartiersmanagement Bülowstr., Integrationshilfe e.V., Sozialpädagogisches Institut Berlin – Projekt Fallschirm, Maneo – Mann - O - Meter e.V.

### *Verwaltung*

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Senatsverwaltung für Justiz, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, die Integrationsbeauftragte des Bezirks Spandau (zeitweise), der Migrationsbeauftragte des Bezirks Neukölln (zeitweise), Der Polizeipräsident in Berlin, Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Federführung)

Als Experten haben an der AG mitgewirkt: Dr. Frank Gesemann, Dr. Ralph Ghadban (zeitweise), Mouhammed Issmail, Haroun Sweis und Dr. Haci - Halil Uslucan.

### **3. Einleitung**

Junge männliche Personen mit Migrationshintergrund in Berlin werden im Hinblick auf Gewaltdelikte im Vergleich zu ihrem Anteil an allen jungen männlichen Personen in Berlin seit Jahren überdurchschnittlich häufig von der Polizei als Tatverdächtige registriert. So wurden nichtdeutsche männliche Jugendliche im Jahr 2005 3,4 mal so oft bei Gewaltkriminalität insgesamt polizeilich bekannt wie deutsche Jugendliche. Auch unter den bei der Staatsanwaltschaft registrierten Intensivtätern sowie in der Jugendstrafanstalt sind junge männliche Personen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig vertreten. Angesichts dieser Situation bedarf es dringend einer Verständigung über deren Ursachen und die Perspektiven und Möglichkeiten der Gewaltprävention in diesem Bereich.

#### **Physische Gewalt und Männlichkeit**

Von zentraler Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass physische Gewalt in ganz überwiegendem Maße von männlichen und nicht von weiblichen Personen ausgeübt wird. Dies gilt für Kinder, Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene gleichermaßen. Männliche Personen treten dabei nicht nur als Täter in Erscheinung, sondern in weit höherem Maße als weibliche Personen – abgesehen von Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und solchen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt – auch als Opfer. Dieser geschlechtsspezifische Aspekt der Ausübung physischer Gewalt findet bislang kaum Beachtung, ist jedoch gerade auch im Hinblick auf die Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund von erheblicher Bedeutung.

#### **Jugenddelinquenz**

Delinquenz von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern ist in der Jugendphase ein überall vorkommendes und im Allgemeinen vorübergehendes Phänomen. Betrachtet man die gesamte Lebensspanne, so stellt die Jugend einen Schwellenzustand und eine besonders gefährdete Übergangsphase dar. Entwicklungspsychologisch markiert sie eine entscheidende Phase der Identitätsbildung und der moralischen Reifung, in der verschiedene Verhaltensweisen ausprobiert und wieder abgelegt werden. Diese mit altersspezifischen Mitteln zu bewältigenden Entwicklungsaufgaben können sich, falls sie nicht angemessen bewältigt werden, unabhängig von der Herkunft zu subjektiven emotionalen Krisen zuspitzen und auch in Gewalt und Delinquenz münden. Für einen kausalen Zusammenhang zwischen besonderen Auffälligkeiten bezogen auf Häufigkeit und Intensität von Gewaltdelinquenz bei jungen männlichen Personen und deren ethnischer Zugehörigkeit gibt es keine Belege. Vielmehr ist die wesentliche Ursache für die vergleichsweise höhere Auffälligkeit von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund im Bereich der Gewaltdelinquenz in Berlin in deren besonderer sozialer Lage zu sehen. Kulturelle und migrationsbedingte Faktoren können allerdings verstärkend auf Häufigkeit und Intensität delinquenten Verhaltens wirken.

#### **Notwendige Differenzierungen**

Bei der Betrachtung und Analyse von Gewaltdelinquenz junger männlicher Personen mit Migrationshintergrund ist darüber hinaus eine Differenzierung nach Nationalitäten bzw. verschiedenen Herkunftsländern von entscheidender Bedeutung. Ebenso die differenzierte Betrachtung und Analyse der jeweiligen Migrationshintergründe. Denn, ob Migrant/innen als Arbeits- oder als Flüchtlingsmigrant/innen nach Deutschland gekommen sind, hat einen erheblichen Einfluss auf ihre Lebenssituation und die ihrer Kinder. Unterschiedliche aufenthaltsrechtliche Bestimmungen für Migrant/innen und damit unterschiedliche Integrationsmöglichkeiten einerseits sowie kaum vergleichbare lebensgeschichtliche Erfahrungen auch im Hinblick auf gewaltförmiges Verhalten andererseits strukturieren nicht nur den Alltag der in Berlin lebenden Migrant/innen. Sie sind vielmehr für die Möglichkeiten, tragfähige Zukunftsperspektiven entwickeln zu können, von allergrößter Bedeutung.

## **Gefahr der Stigmatisierung**

Eine undifferenzierte Betrachtung der Gewaltdelinquenz junger männlicher Migranten, die diese Zusammenhänge außer Acht lässt, leistet einer verbreiteten, jedoch vermeidbaren Stigmatisierung von Migrant/innen auf unverantwortliche Weise Vorschub und wirkt sich kontraproduktiv auf alle Bemühungen um Integration aus. Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin dennoch in den Blick zu nehmen, kann, je nachdem wie dies geschieht, selbst schon ein problematischer Vorgang sein: Das Herausgreifen einer bestimmten Gruppe von jungen männlichen Personen aus deren in Berlin lebender Gesamtheit birgt die Gefahr von Stigmatisierung in sich und kann Ausdruck einer strukturellen Diskriminierung sein.

## **Bedeutung und Reichweite polizeilicher und justitieller Erkenntnisse**

Es liegt auf der Hand, dass sich junge männliche Personen mit und ohne Migrationshintergrund, bzw. junge männliche Personen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen nicht ohne Weiteres vergleichen lassen. Es handelt sich jeweils um sehr verschiedene Teilgruppen der in Berlin lebenden Gesamtheit junger männlicher Personen. Deren soziale Lage, lebensgeschichtlichen Erfahrungen, Erfahrungen mit persönlicher und struktureller Diskriminierung sowie ihre aufenthaltsrechtliche Situation sind völlig unterschiedlich. Vor diesem Hintergrund ist ohne Weiteres nachzuvollziehen, dass an Hand der polizeilichen Kriminalstatistik und anderer Statistiken aus dem justitiellen Bereich keine aussagekräftigen Vergleiche unterschiedlicher Teilgruppen junger männlicher Personen seriös durchgeführt werden können. Die einzig ernstzunehmende Aussage ist die, dass junge männliche Personen mit Migrationshintergrund in Berlin im Bereich der Gewaltdelinquenz häufiger auffallen als junge deutsche männliche Personen. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass die besondere Auffälligkeit junger männlicher Personen mit Migrationshintergrund in Berlin zumindest nicht im gegenwärtigen Umfang festzustellen wäre, wenn Personen miteinander verglichen würden, deren Lebenssituation durch ähnliche soziale, ökonomische und rechtliche Dimensionen zu charakterisieren ist.

Ein Blick auf die Lebenssituation von jungen männlichen Personen mit und ohne Migrationshintergrund macht deutlich, dass die erste Gruppe z.B. im Hinblick auf Schichtzugehörigkeit, Sprache, Bildung, Ausbildung und Sozialhilfebezug einen unvergleichlich schwierigeren Alltag zu bewältigen hat, als die zweite. Auch markieren die mit der Migration verbundenen lebensgeschichtlichen und persönlichen Erfahrungen, wie etwa Flucht oder Ausgrenzung im sozialen Nahraum, die Unterschiedlichkeit ihrer Lebenslagen.

## **Migration**

Migration ist – soweit es sich nicht um Binnenmigration handelt – eine Wanderungsbewegung über Grenzen hinweg. Sie bedeutet für die betroffenen Menschen eine gravierende Veränderung ihres Lebens. Diese kann mit dem teilweisen Verlust von Heimat, Kultur, Sprache und sozialen Bezügen verbunden sein, kurz mit der Gefahr der Entwurzelung. Migration bietet jedoch auch Chancen für neue Erfahrungen und eine positive Gestaltung neuer Lebensperspektiven. Migrant/innen müssen sich in der Fremde mit vorab kaum einschätzbaren Anforderungen an ihre gesamte Persönlichkeit auseinandersetzen. Je nach Art der Migration ist diese mit Erfahrungen von Krieg, Vertreibung, Kasernierung, Heimatlosigkeit, die sich teilweise über längerfristige Lebensphasen erstrecken und das Erleiden vielfältiger Diskriminierungen oder gar Verbrechen umfassen, verbunden. Auch vor diesem Hintergrund sind Migrant/innen in jedem Aufnahmeland nicht nur in der Phase des Ankommens in einer persönlichen Situation, in der sie der Hilfestellung, unter Umständen gar des Schutzes durch die Aufnahmegesellschaft bedürfen. Kinder von Migrant/innen sind, auch wenn sie nicht aus neu zugewanderten Familien stammen, gleichwohl von den aufgezeigten Erfahrungen ihrer Eltern oder Großeltern mittelbar betroffen und geprägt.

Zugleich sind mit Migration die Schwierigkeiten der Eingliederung in eine zunächst fremde Welt verbunden. Dies verlangt den Erwerb der Sprache, von Kenntnissen der Kultur des Aufnahmelandes, von dessen sozialen Verkehrsformen, von seinen Organisationsstrukturen und Institutionen, von seinen Werten und seiner Verfassung. Integration ist ein langwieriger, mühsamer Lernprozess, der eine umfassende Bereitschaft zur Veränderung voraussetzt und die gesamte Identität einschließlich der Gefühlswelt der Person berührt. Ob und wie ein solcher Prozess gelingt, hängt einerseits von den Rahmenbedingungen ab, die von der aufnehmenden Gesellschaft bereitgestellt werden und andererseits davon, mit welchen Zielen Migrationsprozesse seitens der Migrant/innen gestaltet werden.

## **Ein kurzer Rückblick**

War in Deutschland lange Zeit die Vorstellung vorherrschend, Arbeitsmigrant/innen seien nur für einen begrenzten Zeitraum hier, verfolgte ein Großteil der Migrant/innen über viele Jahre hinweg die Absicht, nach einer gewissen Zeit in die Heimat zurückzukehren. So bestand für das aufnehmende Land kein besonderer Bedarf, eine aktive Integrationspolitik mit Blick auf „Gastarbeiter“ zu betreiben. Für Zuwanderer/innen bestand kaum die Notwendigkeit, sich mit den hiesigen Gegebenheiten eingehend zu befassen. Dies umso weniger, je größer ihre Communities wurden. Mitglieder der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften gingen davon aus, dass Zuwanderer/innen nur einen begrenzten Zeitraum ihres Lebens im aufnehmenden Land verbringen würden. Wirkliche Integrationspolitik fand nicht statt. Das Erlernen der deutschen Sprache war in der öffentlichen Diskussion kein beherrschendes Thema. Ebenso wenig die Frage, wie Migrant/innen auf Dauer in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können. Hinzu kam, dass eine ernsthafte Debatte über Schwierigkeiten des Integrationsprozesses nicht ohne den historischen Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus geführt werden konnte: Wer Migrant/innen und deren Verhalten kritisierte, setze sich dem Verdacht der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus aus. In dieser Phase entwickelten sich Minderheitsgesellschaften und Mehrheitsgesellschaft mehr oder weniger parallel. Kommunikation fand nur in eingeschränktem Maße statt. Die Bundesrepublik begriff sich nicht als Einwanderungsland. Einwanderer bezogen sich zunehmend auf sich selbst, ein Dialog der Kulturen fand, wenn überhaupt, nur in unzureichendem Maße statt. Erst als immer deutlicher wurde, dass weder die Rückkehroptionen realistisch waren noch Zuwanderer/innen weiterhin als „Gastarbeiter“ angesehen werden konnten und Migrationsprozesse insgesamt weltweit zunehmen würden, begann ein ernsthafterer Diskussionsprozess darüber, was Integration tatsächlich für alle Beteiligten bedeutet.

## **Marginalisierung und strukturelle Diskriminierung**

Aus heutiger Sicht kam dieser Prozess viel zu spät: Es haben sich Strukturen herausgebildet, die für Migrant/innen mit einer weitgehenden, zum Teil auch selbst zu verantwortenden Marginalisierung und mit struktureller Diskriminierung verbunden sind. Letztere ist nicht zuletzt dem Zusammenspiel von globalen ökonomischen Prozessen, der sozialen Herkunft der Migrant/innen sowie der Haltung eines Großteils der Mehrheitsgesellschaft ihnen gegenüber geschuldet. Strukturelle Diskriminierung von Migrant/innen im Hinblick auf die Teilhabe am Ausbildungs- und am Arbeitsmarkt sowie die damit verbundene Perspektivlosigkeit prägen deren Lebenssituation seit der Wende in zunehmendem Maße. Die subjektive Gewissheit vieler junger männlicher Personen mit Migrationshintergrund, ihr Leben dauerhaft kaum ohne die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen gestalten zu können, stellt ein zentrales Hindernis für deren erfolgreiche Integration dar.

In dieser Situation sind wir weit davon entfernt, nicht mehr im Dualismus von Ihr und Wir, von Einheimischen und Zugewanderten, von Deutschen und Nichtdeutschen bzw. Menschen nichtdeutscher Herkunft zu denken, zu sprechen und auch zu handeln. Dies gilt für die einheimische und für die zugewanderte Bevölkerung. Zu viel an Desintegration, an mangelndem Integrationswillen und Uninformiertheit auf beiden Seiten, an Unverständnis für eine unterschiedliche Lebensgestaltung, an Diskriminierungserfahrungen, hat sich verfestigt, als dass es bereits möglich wäre, von einem „Wir“ zu sprechen. Diese Prozesse sind nicht ohne Folgen geblieben.

Weder wurden von den Migrant/innen die Entwicklungen im Aufnahmeland noch wurden die Entwicklungen in den Minderheitsgesellschaften von den Mitgliedern des Aufnahmelandes ausreichend zur Kenntnis genommen, geschweige denn verarbeitet. Gemeinsamkeiten werden immer weniger oder gar nicht mehr wahrgenommen. Teile der Mehrheitsgesellschaft betrachten die Folgen verschiedenster Desintegrationsprozesse als zwangsläufiges Ergebnis von Zuwanderung und bringen sie in erster Linie mit kulturellen und ethnischen Zuschreibungen in Verbindung. Desintegrations- und Marginalisierungsprozesse betreffen zwar in besonderer Weise Migrant/innen, aber auch in zunehmendem Maße Teile der einheimischen Bevölkerung. Darüber hinaus spielen jedoch auch andere für die Entwicklung von Gewalt bedeutsame Faktoren sowohl in der Mehrheitsgesellschaft als auch in der Minderheitsgesellschaft eine bedeutsame Rolle.

## **Gewalt – Blick auf Gemeinsamkeiten**

Denkt man an das Verhältnis der Geschlechter, an gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen, an autoritäre Erziehungsstile, an Gewalt in der Erziehung, an die Art und Weise, wie geheiratet wird, an das Ansehen der Familie, an Häusliche Gewalt, an von Kindern beobachtete Partnergewalt, wird deutlich, dass diese Probleme in größerem oder kleinerem Ausmaß sowohl bei den Zuwander/innen als auch in der aufnehmenden Gesellschaft vorhanden sind bzw. waren. Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen etwa finden sich in krasser Form innerhalb der Mehrheitsgesellschaft z.B. bei Hooligans und Skinheads. Häusliche Gewalt und durch Kinder beobachtete Partnergewalt sind auch innerhalb der Mehrheitsgesellschaft ernstzunehmende Probleme. Ebenso die Anwendung von Gewalt in der Erziehung – erst im Jahr 2000 wurde das Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung verabschiedet. Die Vergewaltigung in der Ehe wurde erst im Jahr 1997 unter Strafe gestellt. Auch in Deutschland war es nicht immer so, dass Kinder allein darüber entscheiden konnten, wen sie heiraten. Noch vor wenigen Jahrzehnten hörten viele deutsche Jugendliche, die andere Lebensformen und Verhaltensweisen als die herkömmlichen bevorzugten, den Satz: „Was sollen denn die Nachbarn denken?“. Diese Gemeinsamkeiten wahrzunehmen, ist eine der unerlässlichen Voraussetzungen zur Gestaltung eines gemeinsamen Prozesses zur Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Gewaltdelinquenz von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund.

## **Gewalt – Blick auf Differenzen und deren Ursachen**

Nicht vernachlässigt werden dürfen jedoch die Differenzen, die in erster Linie an bestimmten Ausprägungen dieser Probleme festzumachen und deren Ursachen in den Blick zu nehmen sind. Letztere liegen zum einen in dem unterschiedlichen Grad der Industrialisierung des Aufnahmelandes und der jeweiligen Herkunftsländer sowie darin, dass die Population der Migrant/innen weder der Durchschnittspopulation in den Herkunftsländern noch der Durchschnittspopulation der einheimischen Bevölkerung in Deutschland entspricht. Migrant/innen stellen eine Population dar, die besonderen Mehrfachbelastungen im sozialen, ökonomischen und zum Teil auch politischen Bereich bereits in den Herkunftsländern ausgesetzt waren und dies auch im aufnehmenden Land sind. Zum anderen jedoch sind die Probleme Resultat unterschiedlicher Normen, Werte, Traditionen, die zum Teil auch mit religiösen Überzeugungen korrespondieren. So sind bei Migrant/innen folgende Einstellungen zum Teil immer noch vergleichsweise weit verbreitet:

- Männer und Frauen sind nicht gleichberechtigt und Mädchen und Jungen vor diesem Hintergrund unterschiedlich zu sozialisieren. Ihnen sind dementsprechend unterschiedliche Rechte zuzugestehen,
- Gewalt und der unbedingte Respekt vor männlichen Autoritäten sind ein geeignetes Mittel nicht nur der Erziehung, sondern auch zur Lösung von Konflikten.
- Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland hat keinen für sie verbindlichen Charakter.
- Das Leben in Deutschland bietet auch ohne das Erlernen der Sprache ausreichende Perspektiven.

## **Grenzen der Toleranz**

Einerlei, ob solche Einstellungen vor dem Hintergrund kultureller Differenzen zur Mehrheitsgesellschaft oder durch religiöse Überzeugungen bzw. ein spezifisches Verständnis des Islam legitimiert werden, oder ob sie auch bei Teilen der Mehrheitsgesellschaft anzutreffen sind, sind sie sowohl mit Blick auf die Entwicklung junger Menschen – hier sei auch auf die aktuellen Debatten um die Rechte von Kindern verwiesen –, als auch für ein gedeihliches Zusammenleben nicht akzeptabel. Die Bundesrepublik Deutschland kann und darf nicht darauf verzichten, von allen hier lebenden Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zu fordern, die Grundrechte und die anderen grundlegenden Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu respektieren und sich diesen und der Rechtsordnung unserer Gesellschaft entsprechend zu verhalten.

## **Veränderungsprozesse brauchen Zeit**

Es kann jedoch von Migrant/innen nicht erwartet werden, dass Prozesse, die sich über Jahrzehnte im aufnehmenden Land entwickelt haben, wie zum Beispiel die Delegitimation von Gewalt gegen Frauen, in kürzester Zeit von diesen nachgeholt werden. Vor allem dann nicht, wenn erst seit wenigen Jahren ernsthaft über die Frage der Integration nachgedacht wird und vorher Jahre der gegenseitigen Abschottung, des weitgehenden Desinteresses aneinander und einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Sprachlosigkeit verstrichen sind. Ein solches Verlangen widerspricht allen Erkenntnissen über Veränderungsprozesse auf individueller und gesellschaftlicher Ebene. Darüber hinaus hat sich ein großer Teil von Migrant/innen, ohne dies im Vorhinein zu reflektieren, in eine Situation begeben, die es erforderlich machte und zum Teil immer noch macht, sich mit für die Anforderungen des aufnehmenden Landes nicht ausreichenden Kompetenzen in diesem zu bewegen und zurecht zu finden.

Auch kann nicht davon ausgegangen werden, dass die sozialen Probleme, die einen großen Teil der Population der Migrant/innen und einen im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung kleineren Teil der einheimischen Bevölkerung betreffen, angesichts der ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahre kurzfristig einer Lösung zugeführt werden können. Migrant/innen werden sich auch künftig struktureller Diskriminierung ausgesetzt sehen. Dies wird ihnen eine Identifikation mit dem Aufnahmeland in nicht unerheblichem Maße erschweren, unter anderem auch weil sie einen Rückzug in die eigenen Communities begünstigt.

## **Integration als gegenseitiger Prozess**

Unabhängig von den vielfältigen Schwierigkeiten, diese Probleme zu lösen, muss sich das Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an den geltenden Gesetzen orientieren. Auch wenn diese mit den von Teilen der Migrantenpopulation verinnerlichten Werten und Normen menschlichen Zusammenlebens nicht in Übereinstimmung stehen, steht der demokratische Rechtsstaat nicht zur Disposition. Dessen Akzeptanz allerdings hängt auch davon ab, inwieweit er in der Lage und Willens ist, für alle Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe und Partizipation im politischen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Sinne zu ermöglichen und dafür Sorge zu tragen, dass alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in Würde und in gegenseitigem Respekt voneinander leben können. Deshalb und mit Blick auf die Probleme von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen männlichen Erwachsenen mit Migrationshintergrund im Bereich der Gewaltdelinquenz müssen Migrant/innen vor allem ihr Verständnis des Verhältnisses der Geschlechter, ihr Verständnis von Erziehung – insbesondere unter geschlechtsspezifischen Aspekten – sowie ihr Verständnis der Werte und Normen und rechtlichen Grundlagen des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft aktiv auf den Prüfstand stellen.

Die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft müssen ihr Verständnis einer selbstverständlichen kulturellen Hegemonie in Frage stellen, mit Heterogenität und kultureller Vielfalt umgehen lernen und dafür Sorge tragen, dass für strukturelle Diskriminierungen von Migrant/innen keinerlei Raum zur Verfügung steht.



Offenen, vor allem aber auch verdeckten fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen und Haltungen gegenüber Migrant/innen auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft, die im Alltag immer wieder zu schmerzhaften Diskriminierungserfahrungen bei Migrant/innen führen, muss entschieden entgegengewirkt werden. Diskriminierung verletzt die Würde des Menschen und lässt sich mit den Prinzipien eines Rechtsstaates nicht vereinbaren.

## **Fördern und Fordern**

Entsprechende Neuorientierungen im Denken und Handeln zu realisieren und zu verankern, wird mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein. Gefordert ist eine unfassende Bereitschaft zur Veränderung und Verantwortungsübernahme auf allen Seiten. Die meisten Probleme werden dabei sicherlich diejenigen haben, deren soziale, ökonomische und räumliche Desintegration und Marginalisierung am weitesten fortgeschritten ist und deren kulturelles und/oder religiöses Selbstverständnis solchen Neuorientierungen im Wege steht. Dies betrifft einen Teil der in Berlin lebenden Migrant/innen, aber auch einen Teil der einheimischen Bevölkerung. Hier gilt es einen gemeinsamen Prozess des Forderns und des Förderns zu gestalten, der sich nicht an den Kategorien Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft oder Zuwanderer und Einheimische oder Deutsche und Nichtdeutsche orientiert. Dass sich dabei zu entwickelnde Konzepte unterscheiden müssen, je nachdem, ob sie sich auf Teile der zugewanderten Bevölkerung oder der einheimischen Bevölkerung beziehen, ist auf Grund kultureller Unterschiede sowie auf Grund von Migrationserfahrungen nicht nur gerechtfertigt, sondern selbstverständlich.

## **Die Haltung des „Wir“ – zum Selbstverständnis der Arbeitsgruppe**

Die Arbeitsgruppe ließ sich bei der Umsetzung ihres Auftrages, Präventionsempfehlungen zur Reduzierung von Gewalt junger männlicher Zuwanderer in Berlin zu erarbeiten, von folgendem Gedanken leiten: Eine große Zahl von Migrant/innen, insbesondere auch von jungen Migranten, haben die vielfältigen mit Migrationsprozessen verbundenen Chancen erfolgreich genutzt und ihre Potentiale in und für Berlin zur Entfaltung gebracht. Eine solche Betrachtungsweise eröffnet die Chance, an Hand der Analyse von Faktoren, die vor einem Abgleiten in Kriminalität schützen, die Risikofaktoren zu ermitteln, die dazu führen können, dass junge männliche Zuwanderer überproportional im Bereich von Gewaltdelikten auffallen. Investition in die Zukunft bedeutet in diesem Zusammenhang, finanzielle Mittel und gesellschaftliches Engagement unabhängig von Staatsangehörigkeit und Herkunft dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Dies erfordert genaues Hinsehen und Handeln nach der Devise Fördern und Fordern. Werden Forderungen trotz Förderungen nicht akzeptiert, muss gelten, dass Konsequenzen unabhängig von Herkunft und Staatsangehörigkeit folgen.

Dies erfordert eine Haltung des „Wir“, die zu entwickeln eine der wichtigsten und schwierigsten Herausforderungen für die Zukunft mit Blick auf das Gelingen von Integrationsprozessen ist. Sie verlangt von allen Beteiligten schwierige Lernprozesse. Diese zu organisieren, wird eine der wesentlichen Aufgaben Berlins in den nächsten Jahren sein.

Die Arbeitsgruppe, die diesen Bericht erstellt hat, hat erlebt, mit welchen Problemen ein solcher Lernprozess verbunden ist und wie schwierig es ist, sich eine Haltung des „Wir“ zu erarbeiten. Sie hat jedoch die Erfahrung gemacht, dass bereits auf dem Weg dorthin Positives geschieht. Dies kommt jedem Einzelnen und damit auch dem gemeinsamen Anliegen, die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in Berlin zu schaffen, zu Gute. Vielleicht haben auch vor diesem Hintergrund die Unruhen in den französischen banlieues, der Karikaturenstreit und andere Konflikte zwischen islamischen und westlich orientierten Ländern die Arbeit der AG nicht beeinträchtigen können. Dennoch sind diese Konflikte mit all ihren noch nicht absehbaren Implikationen auch für die von der Arbeitsgruppe bearbeiteten Themen von zentraler Bedeutung.

Die Bereitschaft und vor allem auch die Kompetenz, einander zuzuhören und auf einander mit Achtung und Respekt zuzugehen, wird weiter zunehmen müssen und es bedarf einer großen Weitsicht und Sensibilität auf allen Seiten, um die Grundlagen für eine produktive Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Kulturen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang sei auf Hans - Dietrich Genscher, den ehemaligen und langjährigen Bundesaußenminister verwiesen, der unter der Überschrift „Die Arroganz des Westens“ (Tagesspiegel am 15.2.2006) den Kurienkardinal Martino mit den Worten zitiert: „Einen Gesprächspartner auf gleicher Augenhöhe zu haben ist immer noch eine Herausforderung für den Westen.“ Und weiter: „In den reichen und entwickelten Ländern hat sich eine Arroganz entwickelt, die keinen Respekt mehr vor anderen Kulturen kennt.“

## 4. Junge männliche Personen mit Migrationshintergrund und Gewaltkriminalität

### 4.1. Ausgewählte Erkenntnisse aus der Polizeilichen Kriminalstatistik Berlin

Männliche nichtdeutsche Jugendliche und Heranwachsende in Berlin werden im Zusammenhang mit der Begehung von Gewaltdelikten im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtpopulation von männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden wesentlich häufiger polizeilich registriert als deutsche männliche Jugendliche und Heranwachsende. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin keine Aussagen zu gegebenenfalls unterschiedlichem Anzeigeverhalten hinsichtlich von nichtdeutschen und deutschen Personen trifft und darüber hinaus die Bevölkerungszahlen von jungen nichtdeutschen männlichen Personen nicht immer deren tatsächliche in Berlin lebende Anzahl spiegelt, muss die polizeiliche Kriminalstatistik Berlin als Indikator für alarmierende Entwicklungen im Hinblick auf die Gewaltkriminalität von jungen männlichen nichtdeutschen Personen in dieser Stadt sehr ernst genommen werden.

So wurden im Jahr 2004 männliche nichtdeutsche<sup>6,7</sup> Jugendliche im Zusammenhang mit Raubdelikten 3,66 mal häufiger registriert als deutsche Jugendliche, im Jahr 2005 sogar 3,78 mal häufiger<sup>8</sup>. Für das Delikt gefährliche und schwere Körperverletzung lauten die entsprechenden Zahlen für das Jahr 2004 2,8 mal häufiger und für das Jahr 2005 3,07 mal häufiger. Für Heranwachsende ergibt sich ein ähnliches Bild.<sup>9,10</sup>

Darüber hinaus wurden männliche nichtdeutsche Jugendliche im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil im Jahr 2005

- 3,0 mal so oft bei Sexualdelikten insgesamt,
- 7,5 mal so oft bei Vergewaltigung,
- 2,0 mal so oft bei Straßenkriminalität und
- bei Gewaltkriminalität insgesamt 3,4 mal so oft

polizeilich bekannt wie deutsche männliche Jugendliche.

Schaut man auf die nichtdeutschen männlichen Personen im Alter von 21 bis unter 25 und auf die 25 bis unter 30jährigen, so lässt sich feststellen, dass die Intensität der Begehung von verschiedenen Gewaltdelikten erheblich zurückgeht.

---

<sup>6</sup> Die polizeiliche Kriminalstatistik unterscheidet nach Deutschen und Nichtdeutschen, nicht nach Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2005 machen in diesem Zusammenhang in aller Deutlichkeit folgendes klar: Es bedarf genauerer polizeilicher Daten, um aus der Polizeilichen Kriminalstatistik tatsächlich belastbare Daten zur Gewaltdelinquenz von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund gewinnen zu können.

<sup>7</sup> Zur Bedeutung der Ergebnisse des Mikrozensus 2005 für die hier behandelte Problematik, vgl. Anhang, Seite 107 ff

<sup>8</sup> Vgl. Anhang, Seite 99

<sup>9</sup> Auf die Delinquenz von Kindern zwischen 8 und 14 Jahren wird im Rahmen dieses Berichts nicht weiter eingegangen. Allerdings weisen nichtdeutsche Kinder (Jungen und Mädchen) laut PKS Berlin zum Beispiel im Jahr 2004 beim Raub bereits eine 2,68 mal so hohe Tatverdächtigenbelastungszahl (vgl. Anmerkung 11 auf Seite 20) auf wie deutsche Kinder, bei der schweren und gefährlichen Körperverletzung ist sie 2,11 mal so hoch und bei der vorsätzlichen und leichten Körperverletzung 1,42 mal so hoch. Beim Raub und bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung weisen insbesondere libanesische und staatenlose Kinder sowie solche mit ungeklärter Staatsbürgerschaft wesentlich höhere Tatverdächtigenbelastungszahlen als deutsche und auch höhere als türkische Kinder – bei allerdings niedrigen absoluten Zahlen – auf. Vgl. Anhang, Seite 99.

<sup>10</sup> Vgl. Anhang, Seite 100 f

So betragen die Tatverdächtigenbelastungszahlen<sup>11</sup> für Raub bei nichtdeutschen Jugendlichen im Jahr 2005 5.309, d.h. 5,3% von ihnen wurden polizeilich registriert, bei nichtdeutschen Heranwachsenden 3.172, d.h. 3,17% von diesen wurden polizeilich registriert.

Für die 21 bis unter 25jährigen lauten die Zahlen 934 bzw. 0,93% und für die 25 bis unter 30jährigen 376 bzw. 0,37%<sup>12</sup>. Zwar liegen diese Zahlen immer noch deutlich über denen der entsprechenden deutschen Altersgruppen, sie zeigen jedoch und dies ist nicht anders zu erwarten, dass es sich um alterstypische Delinquenz handelt.<sup>13</sup>

## **Jugendgruppengewalt**

Die Erkenntnisse der Polizei im Hinblick auf die Jugendgruppengewalt<sup>14</sup> lassen es zu, die Beteiligung von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund in den Blick zu nehmen, weil die entsprechenden Geschäftsstatistiken nicht nur nach Nationalitäten differenzieren, sondern darüber hinaus auch Zahlen zu tatverdächtigen Deutschen nichtdeutscher Herkunft enthalten. Betrug der Anteil nichtdeutscher männlicher Tatverdächtiger im Bereich der Jugendgruppengewalt im Jahr 2003 36,64%, so betrug der Anteil männlicher nichtdeutscher Tatverdächtiger und der von deutschen Tatverdächtigen nichtdeutscher Herkunft zusammen im Jahr 2003 52,08%, im Jahr 2004 35,26% bzw. 51,67% und im Jahr 2005 ca. 26% bzw. ca. 43%. Damit sind junge männliche Personen mit Migrationshintergrund auch im Rahmen der Jugendgruppengewalt gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil sehr deutlich überrepräsentiert.

Dieser Zusammenhang wird noch deutlicher, wenn man sich entsprechende Zahlen für die einzelnen Polizeidirektionen in Berlin vergegenwärtigt. So betrug der Anteil männlicher nichtdeutscher Tatverdächtiger und männlicher tatverdächtiger Deutscher nichtdeutscher Herkunft im Zusammenhang mit der Jugendgruppengewalt im Jahr 2004 in der Polizeidirektion 1 (Reinickendorf, Prenzlauer Berg, Pankow incl. Weißensee) 55,2% an allen Tatverdächtigen, in der Direktion 2 (Spandau, Wilmersdorf - Charlottenburg) 75,7%, in der Direktion 3 (Mitte) 87,9%, in der Direktion 4 (Tempelhof - Schöneberg, Steglitz - Zehlendorf) 79,4% und in der Direktion 5 (Neukölln, Friedrichshain - Kreuzberg) 80,7%.<sup>15</sup>

## **4.2. Intensivtäter**

Am 31. 03. 2006 wurden bei der Abteilung 47 der Berliner Staatsanwaltschaft 424 Personen als Intensivtäter geführt. Dabei handelte es sich um 5 Kinder, 149 Jugendliche, 184 Heranwachsende und 86 Erwachsene. Von den 319 zu diesem Zeitpunkt eingetragenen männlichen Intensivtätern zwischen 14 und 21 Jahren haben 165 Tatverdächtige nur die deutsche Staatsbürgerschaft, einer die deutsche und tschechische Staatsbürgerschaft, ein Tatverdächtiger ist Libanese und/oder Deutscher. Diese 167 Personen repräsentieren 52,35% der Intensivtäter dieser Altersgruppe. 65 oder 20,38% der Intensivtäter haben die türkische Staatsangehörigkeit, 22 oder 6,9% die libanesische Staatsangehörigkeit, 28 oder 8,78% eine Staatsangehörigkeit von Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Bei 19 bzw. 5,96% der Intensivtäter handelt es sich um Staatenlose bzw. um Täter mit unbekannter Staatsangehörigkeit (zumeist Palästinenser).

---

<sup>11</sup> Die Tatverdächtigenbelastungszahl bezieht die Anzahl der Tatverdächtigen auf jeweils 100.000 Einwohner. Eine Tatverdächtigenbelastungszahl bei Jugendlichen für das Delikt Körperverletzung von 3.432 bedeutet, dass 3.432 Jugendliche von 100.000 oder 3,432% aller Jugendlichen der Körperverletzung tatverdächtig sind.

<sup>12</sup> Vgl. Anhang Seite, 101 ff

<sup>13</sup> Vgl. zu diesen Ausführungen Anhang, Seite 103

<sup>14</sup> Definition vgl. Anhang, Seite 104

<sup>15</sup> Vgl. zu diesen Ausführungen Anhang, Seite 105 f

Von den 165 deutschen männlichen Intensivtätern weisen allerdings nur 75 keinen Migrationshintergrund auf, so dass deren Anteil an allen Intensivtätern lediglich 23,51% beträgt. Zieht man von diesen die Russlanddeutschen ab, die ebenfalls einen Migrationshintergrund aufweisen, reduziert sich der Anteil der deutschen Intensivtäter ohne Migrationshintergrund auf 21% des Gesamtaufkommens an Intensivtätern.

Bei den männlichen Intensivtätern mit Migrationshintergrund (14-21 Jahre) dominieren solche mit arabischem Hintergrund mit 97 Tätern bzw. mit 30,41%, gefolgt von denen mit türkischem Hintergrund mit 88 Tätern bzw. 27,59% und denen mit einem Migrationshintergrund aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 30 Tätern (20 Bosnier und 10 Kosovo - Albaner) bzw. 9,4%. 29 weitere Täter bzw. 9,09% der Täter weisen einen anderen Migrationshintergrund auf. Täter mit Migrationshintergrund haben an dem Gesamtaufkommen der männlichen Intensivtäter im Alter zwischen 14 und 21 Jahren einen Anteil von 76,48% (ohne Russlanddeutsche). Damit sind die Intensivtäter mit Migrationshintergrund weit überdurchschnittlich am Gesamtaufkommen der Intensivtäter beteiligt. Intensivtäter mit einem Migrationshintergrund aus arabischen Ländern<sup>16</sup> stellen im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil die problematischste Gruppe der Intensivtäter insgesamt dar. Darüber hinaus ist nach noch vorläufigen Erkenntnissen festzustellen, dass lediglich ca. 25% der Eltern von Intensivtätern vor 1975 nach Deutschland emigriert sind, ca. 40% nach 1990. In über 50% der Fälle von Intensivtätern kommen Flucht und Asyl als Migrationsgründe in Betracht.<sup>17</sup>

#### **4.3 Meldungen von Gewaltvorfällen aus der Berliner Schule**

An 321 von 894 gemeldeten Gewaltvorfällen der allgemein- und berufsbildenden Berliner Schulen im Schuljahr 2004/05 waren Personen nichtdeutscher Herkunft<sup>18</sup> als Täter oder als Opfer beteiligt. Dies entspricht einem Anteil von 35,9%. Zieht man von dieser Zahl die schulfremden Angreifer ab, z. B. anonyme Straßenräuber, aber auch Familienangehörige (in 9 Fällen), so beträgt der Prozentsatz 30%. In 169 der insgesamt 321 Fälle handelte es sich um männliche Einzeltäter, in 54 um männliche Gruppentäter (mindestens 2 Personen) nichtdeutscher Herkunft. Ihre Opfer sind zu 30% Schüler nichtdeutscher Herkunft, zu 34% deutsche Schüler und zu 36% Pädagogen (37 Fälle). Die Opfer sind fast immer männlich, 2004/05 wurde nur ein Fall bekannt, in dem sich der Angriff gegen ein Mädchen nichtdeutscher Herkunft richtete. In den übrigen Fällen war die Täter- und Opferrolle nicht eindeutig zuzuordnen.

Körperverletzungen (KV) haben an allen durch die Meldungen erfassten Delikte einen Anteil von 41,1%, gefährliche Körperverletzungen 22,8%<sup>19</sup> und Bedrohungen 17,5%. Laut Meldungen der Schulen sind Täter nichtdeutscher Herkunft mit 77 Fällen (37,7%) beim Delikt gefährliche KV (insgesamt 204 Fälle) – bezogen auf ihren Anteil an der Gesamtschülerschaft (s.u.) – deutlich stärker beteiligt als Angreifer deutscher Herkunft, welche die restlichen 127 Angriffe verantworten (62,3%).

Betrachtet man den Anteil von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunft an der gesamten Schülerschaft der allgemeinbildenden Schulen, so beträgt dieser 24,6%. Der Anteil an den gemeldeten Gewaltvorfällen von 30% liegt somit erkennbar über diesem Anteil.

---

<sup>16</sup> Fast ausschließlich Personen palästinensischer Volkszugehörigkeit und libanesisch - kurdisch - türkischer Herkunft

<sup>17</sup> Vgl. zu diesen Ausführungen Anhang, Seite 111 ff

<sup>18</sup> Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport unterscheidet nicht nach Deutschen und Nichtdeutschen, sondern bezieht den Migrationshintergrund ein und verwendet in ihrer Veröffentlichung „Gewaltsignale an Berliner Schulen 2004/2005 Verstehen und Handeln VII“, Berlin, 2005, die Begriffe „nichtdeutscher und deutscher Herkunft“.

<sup>19</sup> Der bei der Registrierung von Gewaltvorfällen an Berliner Schulen verwendete Begriff „gefährliche Körperverletzung“ ist nicht identisch mit dem in der PKS verwendeten Begriff „gefährliche und schwere Körperverletzung“.

Damit sind die Schüler nichtdeutscher Herkunft als Akteure an Gewaltvorfällen etwas stärker beteiligt als ihre Mitschüler deutscher Herkunft.<sup>20</sup>

#### 4.4 Jugendstrafanstalt

Der Anteil nichtdeutscher jugendlicher und heranwachsender Inhaftierter betrug in Berlin in den Jahren 2003 bis 2005 ca. 40% an allen inhaftierten Jugendlichen. Türken, Jugendliche und Heranwachsende aus dem ehemaligen Jugoslawien und Libanesen stellen ungefähr 50% aller jungen inhaftierten Nichtdeutschen<sup>21</sup>.

Gemessen an ihrem Anteil an der nichtdeutschen Bevölkerung waren türkische Jugendliche und Heranwachsende in der Jugendstrafanstalt unterrepräsentiert: Ihr Anteil an der nichtdeutschen männlichen Bevölkerung (Jugendliche und Heranwachsende) betrug 2005 ca. 39%, ihr Anteil an den ausländischen Inhaftierten betrug 2005 jedoch nur ca. 31%.

Gemessen an ihrem Anteil von ca. 5,5% an der Gesamtpopulation männlicher Jugendlicher und Heranwachsender waren männliche türkischer Jugendliche und Heranwachsende mit einem Anteil von 12,7% an den Inhaftierten jedoch deutlich überrepräsentiert.

Libanesische Jugendliche und Heranwachsende waren in der Jugendstrafanstalt – im Gegensatz zu den türkischen Jugendlichen und Heranwachsenden – gemessen an ihrem Anteil an der nichtdeutschen Bevölkerung deutlich überrepräsentiert: Ihr Anteil an der nichtdeutschen männlichen Bevölkerung (Jugendliche und Heranwachsende) betrug 2005 ca. 2,7%, ihr Anteil an den ausländischen Inhaftierten betrug 2005 jedoch 12,9%.

Gemessen an ihrem Anteil von 0,38% an der Gesamtpopulation männlicher Jugendlicher und Heranwachsender waren männliche libanesische Jugendliche und Heranwachsende mit einem Anteil von 5,3% an den Inhaftierten sogar fast 14 mal häufiger inhaftiert, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen würde.<sup>22</sup>

Diese Zahlen aus der Jugendstrafanstalt untermauern die aus der Berliner Polizeilichen Kriminalstatistik und aus der Senatsverwaltung für Justiz in Berlin gewonnenen Erkenntnisse zu der überproportional hohen Belastung von männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden nichtdeutscher Herkunft auch im Bereich der Gewaltkriminalität. Dies gilt insbesondere für junge Libanesen.

#### 4.5. Ergebnisse der Dunkelfeldforschung zur Jugendgewalt<sup>23</sup>

Studien zur selbst berichteten Delinquenz von Jugendlichen zeigen, dass

- Gewalterfahrungen zwar verbreitet sind, aber der überwiegende Teil der Delikte von Jugendlichen nicht angezeigt wird,
- Jugendgewalt männlich ist und überwiegend in der Szene der Gleichaltrigen stattfindet,
- Jugendliche mit Migrationshintergrund, vor allem türkischer und jugoslawischer Herkunft, bei Gewaltdelikten wie Körperverletzung, Erpressung und Raub deutlich überrepräsentiert sind,
- Jugendliche mit Migrationshintergrund bei den Mehrfach- und Intensivtätern überrepräsentiert sind,

---

<sup>20</sup> Vgl. zu diesen Ausführungen Anhang, Seite 109 ff

<sup>21</sup> Die Daten der Jugendstrafanstalt differenzieren wie die PKS nach Deutschen und Nichtdeutschen, nicht nach Personen mit und ohne Migrationshintergrund bzw. Personen deutscher und nichtdeutscher Herkunft.

<sup>22</sup> Vgl. zu diesen Ausführungen Anhang, Seite 119 f

<sup>23</sup> In der Dunkelfeldforschung zur Jugendgewalt, die den hier dargestellten Ergebnissen zu Grunde liegt, finden Jugendliche libanesischer und palästinensischer Herkunft sowie staatenlose Jugendliche und solche mit ungeklärter Staatsangehörigkeit keine explizite Erwähnung. Sie bezieht sich darüber hinaus auf Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland.

- Gewaltvorfälle überproportional häufig zwischen Jugendlichen unterschiedlicher ethnischer Herkunft stattfinden,
- Gewalttaten häufiger angezeigt werden, wenn Opfer und Täter verschiedenen ethnischen Gruppen angehören,
- Gewalttäterraten bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigen,
- Gewalterfahrungen in der Familie weit verbreitet sind, wobei Jugendliche mit Migrationshintergrund, insbesondere türkischer Herkunft, sehr viel häufiger von elterlicher Gewalt betroffen sind als solche ohne,
- Jugendliche mit Migrationshintergrund, insbesondere türkischer Herkunft, sehr viel häufiger elterliche Partnergewalt beobachten als solche ohne,
- Jugendliche, die ein niedriges Bildungsniveau aufweisen und von ungünstigen sozialen Rahmenbedingungen in der Familie betroffen sind, eine erhöhte Täterrate aufweisen und
- sozialstrukturelle, familiäre Sozialisationsbedingungen sowie gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen ethnische Unterschiede im Gewalthandeln von Jugendlichen erklären<sup>24</sup>.

#### 4.6. Häusliche Gewalt

40 % der in Deutschland lebenden Frauen haben mindestens einmal in ihrem Leben körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Zu diesem beunruhigenden Ergebnis kam die vom BMFSFJ<sup>25</sup> in Auftrag gegebene Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“<sup>26</sup>. Migrant/innen waren in höherem Maße von häuslicher Gewalt betroffen als der Durchschnitt der weiblichen Bevölkerung Deutschlands. So haben 49% der befragten türkischen Migrant/innen und 44 % der befragten Osteuropäerinnen körperliche und / oder sexuelle Gewalt erfahren. Türk/innen waren im Vergleich zur weiblichen Durchschnittsbevölkerung häufiger körperlicher, Osteuropäerinnen hingegen häufiger sexueller Gewalt ausgesetzt. Eine deutlich höhere Gewaltbelastung erleben Türk/innen in Partnerschaften (38% im Vergleich zu 25% der Durchschnittsbevölkerung).<sup>27</sup>

#### 4.7 Fazit

Die polizeiliche Kriminalstatistik, die Erkenntnisse der Polizei zur Jugendgruppengewalt und die Daten zu den Intensivtätern geben deutliche und trotz verschiedener Unzulänglichkeiten, die bei der Erhebung polizeilicher und justitieller Daten zu berücksichtigen sind, eindeutige Hinweise auf eine besondere Auffälligkeit von männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden mit Migrationshintergrund in Berlin in Bezug auf die Ausübung von Gewaltdelikten. Darüber hinaus – dies zeigen insbesondere die Erkenntnisse zu Intensivtätern und die Daten aus der Jugendstrafanstalt – kristallisieren sich als besondere Problemgruppe unter den Jugendlichen und Heranwachsenden mit Migrationshintergrund arabische männliche Jugendliche und Heranwachsende aus dem Bereich des Libanon und palästinensische Jugendliche und Heranwachsende heraus. Auch die Ergebnisse der Dunkelfeldforschung zur Jugendgewalt zeigen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund bei Gewaltdelikten und bei den Mehrfach- und Intensivtätern überrepräsentiert sind. Sie sind allerdings auch weit häufiger Opfer elterlicher Gewalt und beobachten Gewalt in Partnerschaften häufiger als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Dass Migrant/innen häufiger Opfer häuslicher Gewalt werden als deutsche Frauen, bestätigt das von Jugendlichen gezeichnete Bild innerfamiliärer Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund.

<sup>24</sup> Vgl. ausführlich im Anhang, Seite 120 ff

<sup>25</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2004

<sup>26</sup> Die genannte Zahl ist Ergebnis einer repräsentativen Studie, die sich auf alle in Deutschland lebenden Frauen bezieht. Die folgenden Zahlen dagegen sind das Ergebnis einer nicht repräsentativen **Zusatzbefragung** unter Migrantinnen innerhalb der Studie.

<sup>27</sup> Vgl. Anhang, Seite 129 f

## 5.1. Geschlechtsspezifische Hintergründe

Warum werden so offensichtlich mehr männliche Jugendliche körperlich gewalttätig als junge Frauen? Die im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung überproportionale Delinquenz männlicher Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Zusammenhang mit Gewaltdelikten scheint stark von geschlechtsspezifischen Faktoren bestimmt zu sein. Wie ein roter Faden ziehen sie sich durch alle anderen Teilaspekte zur Erklärung von Gewalt. Hierin muss ein Schlüssel bei der Ursachenforschung und dem gemäß auch bei der Prävention liegen.

Eine hierarchische Geschlechterordnung, die auf der ungleichen Wertigkeit von Männern und Frauen beruht, ist weltweit verbreitet. Mit ihr sind unterschiedliche Erwartungen an das Verhalten von Männern und Frauen verbunden. Kennzeichen von Männlichkeit sind u.a. Dominanz, Durchsetzungsvermögen und Härte verbunden mit der dafür notwendigen Aggressivität<sup>28, 29</sup>.

Männlichkeit ist allerdings nicht nur mit einer von Männern erwarteten Überlegenheit über die Frau verbunden, sondern auch mit der über andere Männer. Connel<sup>30</sup> hat deshalb den Begriff der hegemonialen Männlichkeit geprägt, der dieser doppelten Dominanzstruktur Rechnung tragen soll. Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik belegen deutlich, dass sich Gewalt von Männern nicht nur gegen Frauen sondern vorwiegend gegen das eigene Geschlecht richtet. So sind zwar Frauen im Wesentlichen Opfer von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und Häuslicher Gewalt, aber – je nach Delikttyp – sind ca. zwei Drittel bis drei Viertel der Opfer aller anderen polizeilich ermittelten Gewalttaten männlichen Geschlechts. „Gewaltkriminalität findet überwiegend unter Männern statt.“<sup>31</sup>

Auch das Gewalthandeln unterhalb der Schwelle polizeilicher Registrierung spielt sich vorwiegend zwischen Jungen bzw. Männern ab. Der Einsatz von physischer Gewalt dient unter anderem der Einübung von Männlichkeit und stellt zwar kein legales, aber doch von vielen akzeptiertes Mittel des Umgangs von Jungen bzw. Männern miteinander dar. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist auch die Feststellung, dass ein Großteil der von Jungen / Männern gegen Jungen / Männer gerichteten Gewalt eine reziproke Struktur aufweist. So treten zum Beispiel 50 % der Täter in der Schule auch als Opfer in Erscheinung – und umgekehrt.<sup>32</sup>

Der vermehrte Einsatz physischer Gewalt in der Lebensphase zwischen 14 und 21 Jahren scheint vor dem Hintergrund spezifischer Zuweisungen an die Rolle des Mannes ein möglicher „Modus der in dieser Lebensphase zu leistenden Aneignung einer erwachsenen Männlichkeit“ zu sein. „Männlichkeit bildet sich in den ernstesten Spielen des Wettbewerbs, den die Männer unter sich austragen“ heraus. „In der gewaltförmigen Auseinandersetzung mit anderen Männern wird die Anerkennung als Mann gesucht.“ „Nicht die Abwertung des anderen steht hier im Vordergrund, sondern das Messen der Kräfte.“ Spuren von Gewalt (das blaue Auge etc.) sind ein Zeichen dafür, dass sich der Betreffende dem Kampf „mannhaft“ gestellt hat. „Der wechselseitig unternommene Versuch, den anderen zu verletzen, stiftet Gemeinschaft.“ Viele Schlägereien unter „Feinden“ führen zu Freundschaften. Die Kämpfe untereinander sind Übungen, in denen hierarchische Strukturen hergestellt werden bzw. auf deren Herstellung vorbereitet wird. „Nicht selten zeigen ältere Männer Verständnis für die Schlägereien unter männlichen Jugendlichen. Das Gewalthandeln ist eine Form, die Wettbewerbsstrukturen erwachsener Männlichkeit einzuüben.“<sup>33</sup>

---

<sup>28</sup> Unter Aggression soll hier eine Frauen und Männern innewohnende (lebensnotwendige) Energie verstanden werden, die Menschen zu aktivem Verhalten und Handeln befähigt. Im Unterschied dazu soll mit Aggressivität ein Verhalten bezeichnet werden, bei dem die Handlungen einer bestimmten Person zu Verletzungen bzw. Zerstörungen von Menschen oder Gegenständen führen.

<sup>29</sup> Inwieweit daran die vielfältigen Maßnahmen bzgl. der Gleichstellung von Mann und Frau, die in den letzten Jahrzehnten in unterschiedlichen Ländern dieser Welt getroffen wurden, etwas verändert haben, soll hier nicht beurteilt werden. (Vgl. hierzu: Heiliger, 2006, M. Meuser 2006, Weber / Gosch 2005, Tunç 2004)

<sup>30</sup> S. Literaturverzeichnis, Seite 151

<sup>31</sup> Vgl. Meuser, 2006

<sup>32</sup> Vgl. Meuser, 2006

<sup>33</sup> Alle Zitate, Meuser, 2006, Seite 15-21



Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass es sich bei den Wettstreiten bzw. Wettkämpfen zwischen Jungen bzw. Männern nicht etwa ausschließlich um das Messen physischer Kräfte in Verbindung mit Gewalttätigkeiten handelt (Schlägereien zwischen Jungen, Jungengruppen, Banden etc.). Auch verschiedene sportliche Aktivitäten unter Jungen bzw. Männern bieten geeignete Möglichkeiten für die Einübung und gleichzeitige zur Schaustellung von Männlichkeit. Ein weiteres Mittel im Kampf um einen respektablen Platz innerhalb der Junghierarchie ist der Einsatz von Sprache. So geht es z.B. in der Schule darum, „dass man (Junge) die anderen mit witzigen Bemerkungen fertig macht, die Lacher auf seiner Seite hat und dadurch besser als ein anderer dasteht.“<sup>34</sup> Im Wettkampf untereinander kommt es auch auf die coolste Kleidung, die neueste Technik, die verrücktesten Ideen etc. an. Kein Junge kann sich jedoch einer einmal errungenen Position sicher sein. Er muss sich zu deren Sicherung bzw. Verbesserung immer wieder neu dem Gegenüber stellen. Das heißt, dass Jungen sich in einer permanenten Auseinandersetzung befinden, sich immer eher als Konkurrenten denn als Kooperationspartner bzw. Freunde begegnen. Viele Jungen stehen dadurch dauerhaft unter einem enormen Druck. Am schwersten haben es diejenigen, die sich am Gerangel untereinander nicht beteiligen, denn sie laufen Gefahr das Prädikat „Junge“ gänzlich aberkannt zu bekommen.

Der konkurrenzbetonte Umgang erwachsener Männer miteinander stellt zum einen die Folie für den Umgang der Jungen miteinander dar. Zum anderen zeigen Männer deshalb Verständnis für die Einübungen von Männlichkeit, weil sie selbst diese so erlebt haben und leben. Außerdem müssen sie jüngere Männer immer auch als potentielle Gegner betrachten, können ihnen also nicht die Väter, Pädagogen, Freunde sein, die Jungen bräuchten, um das Risiko einer neuen Männlichkeit zu wagen. Damit schließt sich ein Kreis, der über Jahrhunderte hinweg nur wenig an Geschlossenheit eingebüßt hat.

Obwohl die hegemoniale Männlichkeit eine weltweit verbreitete Struktur darstellt, sind die mit ihr verbundenen patriarchalen Strukturen regional unterschiedlich ausgeprägt und bestehen gleichzeitig und nebeneinander nicht nur in verschiedenen Ländern sondern auch und in bestimmten Formen nicht zuletzt bedingt durch Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte in einzelnen Ländern, Regionen und Städten.

Von bedeutendem Einfluss hinsichtlich der überproportionalen Delinquenz junger männlicher Zuwanderer im Bereich von Gewaltdelikten erweisen sich in diesem Zusammenhang patriarchale Gesellschaftsbilder von Zuwanderern, die vom Vater (und später auch vom männlichen heranwachsenden Sohn) die Rolle des Familienoberhaupts, Ernährers und Beschützers der Familie einfordern. Die eingeforderte Rollendominanz kann je nach Herkunftsgesellschaft unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Entscheidend dafür sind beispielsweise gesellschaftliche Normen und Erwartungsdruck an Rollenstereotypen, Bildung, wirtschaftliche Situation, gesellschaftspolitische Entwicklungen und nicht zuletzt die ganz persönliche biographische Situation eines Menschen. Parallel hierzu produziert das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Geschlechtsrollenerwartungen an Frau und Mann Konflikte. Patriarchalisch geprägte Vorstellungen spielen zwar auch in der deutschen Aufnahmegesellschaft immer noch eine wichtige Rolle, jedoch nicht in gleichem Ausmaß. Zumindest die damit zum Ausdruck kommende Überlegenheit des Mannes widerspricht der mittlerweile in Deutschland grundgesetzlich garantierten Gleichstellung von Mann und Frau.

Wird außerdem berücksichtigt, dass mit der Migration für die betroffenen Menschen eventuell auch ein Stadt - Land - Gefälle zur Geltung kommt, indem beispielsweise in der Großstadt Berlin die soziale Kontrolle, die vorher durch die ganze Familie oder durch die dörfliche Gemeinschaft ausgeübt wurde, nun vom Vater als Familienoberhaupt alleine oder von diesem im Zusammenwirken mit der jeweiligen Community übernommen werden soll, so entspricht diese Werteeinstellung nicht den Erwartungen und Erfordernissen der hiesigen Gesellschaft. Gerade Migranten, deren Familien aus Gründen der Arbeitsaufnahme (ehem. „Gastarbeiter“) nach Berlin kamen, stammten häufig aus ärmeren dörflichen Gegenden mit landwirtschaftlicher Lebensgrundlage und zum Teil feudalen Vorstellungen. Diese schlugen sich in einer sozialen Hierarchie nieder, die vor allem auf Stärke beruhte, Recht und Ordnung wurden von einem Ältestenrat bestimmt. Solche Lebensgrundlagen prägten die Sozialisation eines Teils der Zuwanderer einschließlich die ihrer Kinder.

---

<sup>34</sup> Vgl. Moericke, 2006

Wichtigster Bestandteil des Lebens stellt für viele Migrant/innen die Familie dar. Sie soll Halt und Schutz in der Fremde bieten. Kulturelle Identität soll hier bewahrt werden. Soll die Familie mit ihren bisherigen Regelungen und Rollenerwartungshaltungen an ihre Mitglieder in der deutschen Aufnahmegesellschaft in ihrer tradierten Form weiter fortbestehen, so können Konflikte entstehen. Alte Rollenstereotypen und Familienmuster erweisen sich als nicht mehr nur nicht erforderlich, sondern hinderlich in demokratischen urbanen Gesellschaften mit dominanter Bedeutung der Erwerbsarbeit. Bemühungen der Familienmitglieder, sich auf diese neuen Anforderungen einzustellen und neue Familienmuster zu entwickeln, sind oftmals von teils heftigen innerfamiliären Konflikten begleitet. Für neue Familienmuster und neue Rollenzuweisungen an Familienmitgliedern fehlt es oft an Akzeptanz und Stabilisierung durch die soziale Community sowie an Unterstützung durch die Gesellschaft. Innerfamiliäre Konflikte äußern sich als innerfamiliärer Druck, auch als Gewaltausbruch gegen Familienmitglieder. Betroffen sind davon vor allem Kinder, deren Anpassungsstrategien nicht ausreichen, um die erlebten Widersprüchlichkeiten, Konflikte und familiäre Krisen zu bewältigen.

Der Frau obliegt nach wie vor – trotz Erwerbstätigkeit – die Kontrolle über den familiären „Binnenbereich“, d.h. nach innen gerichtete familiäre Aufgaben, einschließlich der Kindererziehung. Verglichen mit einem mehr am Individuum orientierten Gesellschaftsbild, wie es überwiegend in Deutschland gilt, kommt bei Familien mit Migrationshintergrund der Familienarbeit oft weiterhin große Bedeutung zu. Damit kann die Frau den zumindest teilweisen Bedeutungsverlust ihrer traditionellen Rolle an anderer Stelle ausgleichen. Das Rollenbild der Frau wird deshalb nicht in gleichem Maße in Frage gestellt wie beim Mann, sondern eher ergänzt. Das bedeutet aber nicht, dass Frauen, die diese Rolle nicht übernehmen wollen, keinen Konflikten ausgesetzt sind.

Häufig kann demgegenüber der Mann bzw. der Vater in vielen Familien seine Rolle, die vornehmlich in der Wahrnehmung von „Außenbeziehungen“ der Familie liegt, in ihrer traditionellen Erwartung nicht länger erfüllen. Er verliert gerade bei Arbeitslosigkeit die Funktion als Ernährer. Der von ihm erwarteten dominanten Rolle innerhalb der Familie fehlt dadurch die Grundlage. Damit verliert auch die Vorbildfunktion des Mannes bzw. des Vaters in der traditionellen Familienhierarchie gegenüber den Söhnen an Bedeutung. Seine bisherige Rolle wird ausgehöhlt. Die Söhne geraten unter Druck, sozial aufzusteigen und das berufliche „Versagen“ des Vaters auszugleichen, was ihnen jedoch oft allein durch eigene Leistung nur schwer gelingen kann. Die traditionelle Rolle des Mannes befindet sich vor diesem Hintergrund in einer Krise. Die männliche Dominanz ist insgesamt nicht mehr aufgrund eines bestehenden gesellschaftlichen Bedarfs (Gefahrenabwehr, Beschützer, Ernährer etc.) tatsächlich untermauert, noch kann sie sich durch besondere Leistung (Arbeitslosigkeit!) begründen. So bleibt jugendlichen männlichen Migranten oft nur noch eine in ihrer Bedeutung überhöhte und künstlich geschaffene Rolle übrig, beispielsweise als „Macho“. Versagen und Schwäche, jeder Ausdruck unmännlichen Verhaltens, darf hier keinen Platz haben.

Hinzu kommt, dass männliche Jugendliche gegenüber weiblichen Jugendlichen, vor allem gegenüber Menschen gleicher Herkunft, unter psychischen Druck geraten: Schaut man sich die Schulentwicklung von Mädchen und Jungen in den letzten Jahren an<sup>35</sup>, so weisen Mädchen auf vielerlei Weise bessere Erfolge auf als Jungen. Jungen bleiben häufiger sitzen, verlassen häufiger die Schule ohne Abschluss, haben schlechtere Noten, sind mehr in Sonderschulen anzutreffen, etc. Dies betrifft Jugendliche mit Migrationshintergrund in besonderem Maße. Mädchen können sich mit Hilfe ihrer traditionellen Rolle, die hohe Anpassung von ihnen verlangt, in das schulische Leistungssystem besser integrieren als Jungen, von denen unentwegt Überlegenheit auf allen Ebenen abverlangt wird. Junge männliche Migranten schneiden unter anderem deshalb oft schon sehr früh in der Schule schlecht ab und sehen sich als Versager. Viele von ihnen geraten durch Überforderung unter Stress. Dieser kann sich als gesundheitliche Störung in vielerlei Formen äußern. Ihre Not, ständig Helden sein zu müssen, wird kaum erkannt. Rechtzeitige Hilfe und Unterstützung bleiben noch zu oft aus.

Ebenso spielt die Tatsache eine Rolle, dass die Familien sich außerhalb ihres Herkunftslandes befinden. Eltern üben hier einen starken Druck auf die Identitätsentwicklung der Kinder aus.

---

<sup>35</sup> Vgl. Seite 28 und Anhang, Seite 134

In der Fremde ist generell eine Rückbesinnung auf ethnische Wurzeln, auf die eigene Kultur und Tradition, wie auch auf die Religion, festzustellen, egal woher die Menschen kommen. Diese sollen den Kindern weitergegeben werden, damit die eigenen kulturellen Wurzeln nicht verloren gehen. Um ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Herkunftskultur zu erreichen, wird häufig mit großer Strenge bis hin zu Gewalt vorgegangen. Zusätzliche Diskriminierungserfahrungen und das Gefühl, hier in der Gesellschaft nicht gewollt, nicht angenommen und akzeptiert zu werden, tragen bei den Jugendlichen nicht selten zu Perspektivlosigkeit und dem Gefühl der Demütigung bei. Oft erleben Jugendliche die Widersprüche in doppelter Hinsicht. Einerseits erfahren sie den emanzipatorischen Lebensstil des Aufnahmelandes und ein zum Teil beengend empfundenen traditionelles Brauchtum des Herkunftslandes ihrer Familie. Andererseits fühlen sie sich zerrissen zwischen einem zum Teil durch Diskriminierungserfahrungen feindlich empfundenen Hier und einem sich verklärt darstellenden Anderswo.<sup>36</sup>

Jugendliche durchleben in der persönlichkeitsbildenden Phase der Adoleszenz viele und heftige Konflikte. Dies sind normale Prozesse, die jedoch Aufmerksamkeit und Beachtung durch ein unterstützendes Umfeld verlangen. Der Organismus verändert sich und Jugendliche entwickeln ihre Sexualität. Unterdrückte Sexualität und sexualfeindliche Einstellungen in der Familie in einem sexuell freier wirkenden Umfeld verstärken Probleme. Jugendliche, die zusätzliche Konflikte zwischen zwei Kulturen, zwischen widersprechenden Rollenerwartungen – einerseits der Familie und andererseits der Gesellschaft – aushalten müssen, sind besonders belastet. Aufgrund hoher Erwartungen an die Männerrolle wird für männliche Jugendliche die Suche nach Identität in der Pubertät besonders schwierig. Sie wollen Gelegenheiten erhalten, ihre männlichen Stärken unter Beweis zu stellen, auszuprobieren und zu modifizieren. Jugendlichen in diesem Konfliktfeld fehlen hierzu oft integrierende, positive und stabilisierende männliche Vorbilder, an denen sie sich orientieren können, die ihnen gegenüber Wertschätzung und Anerkennung äußern. Ihnen fehlen Handlungsmuster und -kompetenzen, Konflikte zu lösen. In vielen Fällen bleibt Jugendlichen nur noch der Rückgriff auf vermeintliche Stärken, die sie als Gewalt gegen sich selbst oder andere richten. Gewalt dient in diesen Fällen der Kompensation und des Erlebens von Selbstwirksamkeit.<sup>37</sup>

Empirische Befunde bestätigen die aufgezeigte Entwicklung. Nicht nur, dass Migrant/innen erfolgreicher in ihrer Schullaufbahn sind, sie sind – wie bereits dargestellt – auch anpassungsfähiger. Eine Befragung aus dem Jahr 2005<sup>38</sup> weist auf eine hohe Zufriedenheit junger türkischer Migrant/innen mit ihrem Leben in Deutschland hin (90%). Beklagt wird am ehesten die geringe Akzeptanz, die ihnen entgegengebracht wird. Das sich Fügen dem Willensprozess der Eltern ist ebenfalls nicht so ausgeprägt, wie gemeinhin angenommen. Nur 11% würden z.B. eine Ehe akzeptieren, wenn sie mit dem Ehepartner nicht einverstanden sind.<sup>39</sup>

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass, auch wenn junge Migrant/innen sich in mancher Hinsicht unproblematischer zu integrieren scheinen, insbesondere sie es sind, die auch sehr stark darunter leiden, wenn es zu unlösbaren Konflikten zwischen traditionellen Werten und Normen und einer sich nicht daran orientierenden Lebensplanung kommt. Verstöße gegen den Verhaltenskodex können zu extremen Sanktionen bis hin zur Tötung von Frauen führen.

Der wesentliche Unterschied zu männlichen jungen Migranten ist jedoch bei jungen Migrant/innen der – soweit es physische Gewalt betrifft – weitgehend gewaltfreie Umgang mit Konflikten im öffentlichen Raum, der für männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht zu deren patriarchalem Männerbild, welches mit den Strukturen hegemonialer Männlichkeit korrespondiert, passt.

---

<sup>36</sup> Zur besonderen Situation männlicher Jugendlicher vgl. Seite 42 f und Seite 46 f

<sup>37</sup> Vgl. Seite 47 f

<sup>38</sup> Sauer, 2005

<sup>39</sup> BMFSFJ, 2004

## 5.2. Soziale und kulturelle Einflussfaktoren

### Bildung und Arbeitsmarkt – Situation von Migrant/innen und Migranten<sup>40</sup>

Geht man davon aus, dass ein weitgehend sicherer **Arbeitsplatz** und eine zufrieden stellende Arbeit die entscheidenden Faktoren für gute Lebenschancen, materielle Sicherheit, sozialen Status, Lebensperspektive und Lebenszufriedenheit sind, so kann im Fehlen eines Arbeitsplatzes eine der Grundlagen für erhöhte Gewaltbereitschaft gesehen werden. Dabei handelt es sich um ein vielschichtiges Problem, das erst an der Vielzahl der Einflussfaktoren und Folgewirkungen sichtbar wird: Ausbildung, Sprache, Wirtschaftsentwicklung, rechtlicher Status (Arbeitserlaubnis) und Diskriminierung sind wichtige Einflussfaktoren bei der erfolgreichen Suche nach Ausbildung und Arbeit.

Gleichzeitig stellt sich bei der Betrachtung des Gewaltphänomens die nahe liegende Frage, weswegen weibliche Jugendliche weniger mit Gewalt auf ihre Situation reagieren als männliche Jugendliche und inwieweit an dieser Stelle der kulturelle Hintergrund eine Rolle spielt. Sind Frauen weniger von ökonomischen und sozialen Problemen betroffen oder haben sie Ausweichmöglichkeiten und nutzen diese auch?

### Schule

Nahezu jeder vierte Schüler/jede vierte Schülerin kommt inzwischen aus einer Zuwandererfamilie. Migranten und Migrant/innen sind im höheren Bildungssystem unterproportional vertreten. In der schulischen Ausbildung erbringen außerdem Jungen mit Migrationshintergrund signifikant schlechtere Leistungen als Mädchen, sie bilden das Schlusslicht. Im Einzelnen stellt sich dies folgendermaßen dar:

Nichtdeutsche Kinder und Jugendliche beenden ihre Schullaufbahn überproportional häufig als Haupt- oder Realschüler bzw. verlassen die Schule häufiger ohne Schulabschluss als ihre deutschen Mitschüler/innen. Unter den Berliner Schülerinnen und Schülern deutscher Herkunft sind dies im Schuljahr 2004/05 7,5%, unter den nichtdeutschen 19,3%. Beim Abitur kehren sich die Zahlen um: 34% aller Schulabgänger/innen machten 2004/05 das Abitur, unter ausländischen Schüler/innen waren es nur 16,1%.<sup>41, 42</sup> Parallel hierzu findet eine Entwicklung statt, die dazu führt, dass in den letzten 20 Jahren ausländische Schüler/innen insgesamt zunehmend qualifizierte Abschlüsse erreicht haben.

Schaut man nach geschlechtsspezifischen Unterschieden, so sieht man des Weiteren, dass unter den nichtdeutschen Schulabgänger/innen ohne Hauptschulabschluss im Jahr 2004/05 nur 40% weiblich waren. Auch in Sonderschulen sind Jungen häufiger vertreten als Mädchen. Demgegenüber sind unter denjenigen nichtdeutschen Schulabgänger/innen, die 2003/04 Abitur machten, inzwischen mehr weibliche Schüler als männliche Schüler<sup>43</sup>. Hinzu kommt, dass die Schulabschlüsse bei Mädchen besser ausfallen als bei Jungen<sup>44</sup>. In der Basiskompetenz Lesen sind 15-jährige Mädchen z.B. 1,5 Lernjahre den Jungen voraus. Jungen leiden generell des Weiteren häufiger an Sprachentwicklungsstörungen als Mädchen. Obgleich diese letzten Angaben nicht zwischen Migrantenkindern und Kindern mit deutscher Muttersprache unterscheiden, ist davon auszugehen, dass diese geschlechtsspezifischen Unterschiede in mindestens gleichem Maße für Schüler/innen aus Migrantenfamilien gelten.

---

<sup>40</sup> Nähere und detailliertere Ausführungen zu den Inhalten dieses Kapitels finden sich in der Broschüre „Integration durch Bildung“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin, 2006 sowie in dem vom Berliner Senat am 23.8.05 beschlossenen Integrationskonzept „Das Berliner Integrationskonzept: Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken“.

<sup>41</sup> Statistik der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin

<sup>42</sup> Vgl. auch Anhang, Folie 8, Seite 134

<sup>43</sup> Vgl. Anhang, Folie 9, Seite 134

<sup>44</sup> Ohliger, Raiser, 2005

**Brief der kommissarischen Schulleiterin der Rütli – Schule in Neukölln an die Schulaufsicht zur Situation an dieser Schule, der von der Gesamtkonferenz der Schule am 28.2.06 ohne Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet wurde.**

Sehr geehrte Frau F.,

die Fülle der zu besprechenden Einzelfälle ließ bei Ihrem Besuch am 24.2.06 keine Zeit über die Gesamtsituation in unserer Schule zu sprechen.

Wie in der Schulleitersitzung am 21.2.06 geschildert, hat sich die Zusammensetzung unserer Schülerschaft in den letzten Jahren dahingehend verändert, dass der Anteil der Schüler/innen mit arabischem Migrationshintergrund inzwischen am höchsten ist. Er beträgt zurzeit 34,9%, gefolgt von 26,1% mit türkischem Migrationshintergrund. Der Gesamtanteil der Jugendlichen n.d.H. beträgt 83,2%. Die Statistik zeigt, dass an unserer Schule der Anteil der Schüler/innen mit arabischem Migrationshintergrund in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist.

10. Klassen = 15            9. Klassen = 21            8. Klassen = 22            7. Klassen = 25 (44%)

In unserer Schule gibt es keine/n Mitarbeiter/in aus anderen Kulturkreisen.

Wir müssen feststellen, dass die Stimmung in einigen Klassen zurzeit geprägt ist von Aggressivität, Respektlosigkeit und Ignoranz uns Erwachsenen gegenüber. Notwendiges Unterrichtsmaterial wird nur von wenigen Schüler/innen mitgebracht. Die Gewaltbereitschaft gegen Sachen wächst: Türen werden eingetreten, Papierkörbe als Fußbälle missbraucht, Knallkörper gezündet und Bilderrahmen von den Flurwänden gerissen. Werden Schüler/innen zur Rede gestellt, schützen sie sich gegenseitig. Täter können in den wenigsten Fällen ermittelt werden. Laut Aussage eines Schülers gilt es als besondere Anerkennung im Kiez, wenn aus einer Schule möglichst viele negative Schlagzeilen in der Presse erscheinen. Die negative Profilierung schafft Anerkennung in der Peer - Group. Unsere Bemühungen die Einhaltung der Regeln durchzusetzen treffen auf starken Widerstand der Schüler/innen. Diesen Widerstand zu überwinden wird immer schwieriger. In vielen Klassen ist das Verhalten im Unterricht geprägt durch totale Ablehnung des Unterrichtsstoffes und menschenverachtendes Auftreten. Lehrkräfte werden gar nicht wahrgenommen, Gegenstände fliegen zielgerichtet gegen Lehrkräfte durch die Klassen, Anweisungen werden ignoriert. Einige Kolleg/innen gehen nur noch mit dem Handy in bestimmte Klassen, damit sie über Funk Hilfe holen können.

Die Folge ist, dass Kollegen/innen am Rande ihrer Kräfte sind. Entsprechend hoch ist auch der Krankenstand, der im 1.Halbjahr 05/06 höher war als der der Schüler/innen. Ein Zeichen der unerträglichen Belastung. Einige Kollegen/innen stellen seit Jahren Umsetzungsanträge, denen nicht entsprochen wird, da keine Ersatzkräfte gefunden werden.

Auch von den Eltern bekamen wir bisher wenig Unterstützung in unserem Bemühen Normen und Regeln durchzusetzen. Termine werden nicht wahrgenommen, Telefonate scheitern am mangelnden Sprachverständnis.

Wir sind ratlos.

Über das QM haben wir zwei Sozialarbeiter/innen mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund beantragt, um vor allem mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Aber diese Maßnahme allein wird die Situation nicht deeskalieren.

Durch Schwangerschaft, lang- und kurzfristige Erkrankungen, DAZ- und Ethik -Weiterbildungen und Pensionierung ist unsere Lehrer/innenausstattung auf unter 100% gesunken. Unser - auch im Schulprogramm aufgeführtes Teamteaching kann nicht umgesetzt werden, da die Doppelsteckungen stets aufgehoben werden müssen, um den Vertretungsunterricht zu organisieren.

Seit Jahren blieb die Konrektorenstelle mangels Bewerbung vakant. Seit Anfang dieses Schuljahres (05/06) ist die Schulleiterin erkrankt und wird in den vorzeitigen Ruhestand gehen.

Die erweiterte Schulleitung, bestehend aus vier Lehrer/innen hat bis Dezember 05 die Schule geleitet, dann wurde eine kommissarische Schulleiterin aus diesem Kreise ernannt.

Wenn wir uns die Entwicklung unserer Schule in den letzten Jahren ansehen, so müssen wir feststellen, dass die Hauptschule am Ende der Sackgasse angekommen ist und es keine Wendemöglichkeit mehr gibt. Welchen Sinn macht es, dass in einer Schule alle Schüler/innen gesammelt werden, die weder von den Eltern noch von der Wirtschaft Perspektiven aufgezeigt bekommen, um ihr Leben sinnvoll gestalten zu können. In den meisten Familien sind unsere Schüler/innen die einzigen, die morgens aufstehen. Wie sollen wir ihnen erklären, dass es trotzdem wichtig ist, in der Schule zu sein und einen Abschluss anzustreben? Die Schüler/innen sind vor allem damit beschäftigt, sich das neueste Handy zu organisieren, ihr Outfit so zu gestalten, dass sie nicht verlacht werden, damit sie dazugehören. Schule ist für sie auch Schauplatz und Machtkampf um Anerkennung. Der Intensivtäter wird zum Vorbild. Es gibt für sie in der Schule keine positiven Vorbilder. Sie sind unter sich und lernen Jugendliche, die anders leben, gar nicht kennen. Hauptschule isoliert sie, sie fühlen sich ausgesondert und benehmen sich entsprechend.

Deshalb kann jede Hilfe für unsere Schule nur bedeuten, die aktuelle Situation erträglicher zu machen. Perspektivisch muss die Hauptschule in dieser Zusammensetzung aufgelöst werden zugunsten einer neuen Schulform mit gänzlich neuer Zusammensetzung.

Kurzfristig brauchen wir eine Erhöhung der Lehrer/innenausstattung, um Ruhe in den Schulalltag zu bringen, der, wie oben erwähnt, geprägt ist durch Unterrichtsausfall und Vertretungsunterricht. Wir müssen Zeit und Raum bekommen für die Arbeit in Kleingruppen, für Gespräche mit einzelnen Schüler/innen und ihren Eltern, für die Besetzung unserer Anlaufstelle (Schülerclub), für das Schulverweigerer Projekt „Zurück in die Zukunft“.

Wir brauchen die tägliche Präsenz einer Fachkraft, die uns bei Deeskalation und Krisenintervention hilft. Wir wünschen uns, dass die Finanzierung unserer Peer - Mediator/innen nicht alle zwei Jahre unser Problem ist, sondern regelfinanziert wird. Wir wünschen uns, dass eine Möglichkeit geschaffen wird auf unserem Gelände eine Cafeteria einzurichten

2009 wird unser Schulgebäude 100 Jahre alt und wir hoffen, dass bis dahin eine Schule geschaffen werden kann, in der Schüler/innen und Lehrer/innen Freude am Lernen bzw. Lehren haben.

Mit freundlichen Grüßen  
i.V. P. Eggebrecht  
kommissarische Schulleiterin

Von der Gesamtkonferenz am 28.2.06 verabschiedet:

-keine- Gegenstimmen- -keine- Enthaltungen

45/46

## Ausbildung

Auch unter den **Auszubildenden** stehen Migrant/innen und Migranten schlechter da als die übrigen Jugendlichen. Rund 40% der 14 - 18-Jährigen mit Migrationshintergrund bleiben im Anschluss an die Schule zunächst ohne berufliche Ausbildungsmöglichkeit und geraten in die Gefahr permanenter gesellschaftlicher Marginalisierung.

<sup>45</sup> Der Brief der Rütli - Schule ist ein Zeitdokument. Er beschreibt keineswegs die Situation an allen Hauptschulen Berlins.

<sup>46</sup> Die Kenntnis der Probleme vieler Hauptschulen in Berlin hat im Juni 2005 zum Arbeitsprogramm Hauptschule der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport geführt.

[http://www.senbjs.berlin.de/bildung/bildungspolitik/arbeitsprogramm\\_hauptschule.pdf](http://www.senbjs.berlin.de/bildung/bildungspolitik/arbeitsprogramm_hauptschule.pdf)

Zu den konkret umgesetzten Unterstützungsmaßnahmen gehört u.a. das Programm Jugendsozialarbeit an Hauptschulen: An jeder Hauptschule arbeitet inzwischen ein/e Sozialarbeiter/in im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit einem freien Träger der Jugendhilfe <http://www.stiftung-spi.de/hauptschulen/>

Macht jede/r dritte deutsche Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren in Berlin eine Ausbildung, so ist es bei Jugendlichen unter Zuwandererfamilien nur noch jede/r Zehnte<sup>47</sup>. Noch drastischer stellt sich die Situation für Schüler/innen in Schulen mit einem besonders hohen Migrant/innenanteil dar. In jüngerer Zeit wurden Fälle bekannt, wonach Schüler/innen kompletter Schulabgangsklassen keinen Ausbildungsplatz fanden. Inzwischen beträgt der Anteil der Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit an allen Auszubildenden nur noch 4,2% (2005/06)<sup>48</sup>.

Kürzungen bei den finanziellen Mitteln zur Gestaltung des Übergangs von Schule in den Beruf haben die Situation verschärft. Auf Grund des Sozialgesetzbuchs III (SGB III), §§240 ff., (Benachteiligtenprogramm) wurde die für die Berufsberatung zur Verfügung stehenden Mittel durch die Arbeitsagenturen ebenso weiter gekürzt wie die für die Jugendberufshilfe für besonders benachteiligte Jugendliche durch den Senat. Damit verschlechtern sich für viele Jugendliche mit Migrationshintergrund die Chancen auf eine Ausbildung weiter.

Nimmt man Studierende bei der Betrachtung hinzu und betrachtet somit die Jungerwachsenen (20-25 Jährigen), so waren 2001 nur 14% der ausländischen jungen Erwachsenen in Ausbildung oder studierten. Bei den deutschen Gleichaltrigen waren es immerhin 41%.<sup>49</sup>.

Die geschilderte dramatische Situation am Ausbildungsmarkt führt bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu Perspektivlosigkeit, dem Gefühl fehlender Akzeptanz und Ausgeschlossenheit von der Gesellschaft. Ein mit Sicherheit sehr guter Nährboden für Gewalt.

Das Ziel einer gelingenden Bildungsteilnahme kann in einer pluralistischen Gesellschaft nur unter Zugrundelegung eines umfassenden Bildungsbegriffes realisiert werden. Ein solcher muss neben der schulischen und vorschulischen Bildung auch die außerschulische Bildung, Erziehung und Förderung umfassen. Nur über ein ganzheitliches Verständnis von Bildungs-, Familien-, und Gesellschaftspolitik sind die vielfältigen Benachteiligungen, die aus der Zugehörigkeit zu Bevölkerungsgruppen, die von Armut durch Arbeitslosigkeit, niedrigem Bildungsstatus, Kinderreichtum und sozialer Randständigkeit betroffen sind, erfahrungsgemäß entstehen, für die nachwachsenden Generationen aufzufangen.

Wie stark demgegenüber im deutschen Bildungssystem derzeit **strukturelle Benachteiligungen** insbesondere auch für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund wirksam sind, hat neben den Ergebnissen der PISA - Studie ein OECD - Bericht im Mai 2006 gezeigt.<sup>50</sup> Vor diesem Bildungshintergrund ergibt sich für die Kinder der genannten Zuwanderergruppen eine Benachteiligung vom Start ihrer Bildungslaufbahn an, die im weiteren Bildungsweg nur mit besonderen Unterstützungsmaßnahmen aufzufangen ist. Dem zwar rechtlich gleichen Bildungszugang steht faktisch und im internationalen Vergleich besonders ausgeprägt eine strukturell durch das deutsche Bildungssystem bedingte Ungleichheit gegenüber.

Was es für Menschen aus niedrigeren sozialen Schichten heißt, sich im deutschen Bildungssystem zu behaupten, hat u.a. PISA eindrücklich deutlich gemacht. Entsprechend der Migrationsmotivation bei den Arbeitsmigranten ( Besetzung von industriellen Arbeitsplätzen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen) ist der Anteil der Migrant\*innen aus den unteren sozialen Schichten weit höher als bei deutschen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Die Repräsentanz der Migrant\*innen im deutschen Schulsystem ist demnach am ehesten mit derjenigen der deutschen Schüler/innen aus den unteren sozialen Schichten vergleichbar, beide haben schlechtere Bildungschancen. Umgekehrt lag z.B. gemäß einer Untersuchung der Bildungserfolg iranischer Schüler/innen, die überwiegend aus akademischen Familien kamen, über dem allgemeinen Bildungserfolg, wobei auch hier die Mädchen besser abschnitten als die Jungen.<sup>51</sup> **Schichtzugehörigkeit** spielt folglich eine größere Rolle für Bildungserfolge als die ethnische Herkunft.

---

<sup>47</sup> vgl. Anhang, Folie 10, Seite 134

<sup>48</sup> Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin 2006b

<sup>49</sup> Alle Angaben aus Ohliger, Raiser, 2005

<sup>50</sup> vgl. Tagesspiegel vom 22.5.2006

<sup>51</sup> vgl. hierzu Farrokhzad, Schahrzad, 2003

Eine weitere Hürde für berufliche Erfolge besonders von jugendlichen Migrantinnen und Migranten stellt der Übergang von der Schule in den Beruf dar. Hiermit hat sich eine umfassende Studie des Beauftragten für Integration und Migration in Berlin befasst.<sup>52</sup> Zentrales Ergebnis war die fehlende Vernetzung der beteiligten Institutionen wie Schule, Jugendamt, Polizei, Wirtschaft etc. und der große Unterstützungsbedarf der Jugendlichen bei Berufsfindung und Ausbildungsplatzsuche.<sup>53</sup>

#### **Erfahrungen aus der Beratung von Migrant/innen türkischer Herkunft<sup>54</sup>**

In der praktischen Beratungsarbeit treten Eltern, Schüler/innen und Multiplikator/innen (z.B. Lehrer/innen und Erzieher/innen) zu 95% mit Schwierigkeiten, Konflikten und Problemen an uns heran.

Wir sehen uns hierbei in der Funktion einer Brücke, die zwischen den Beteiligten vermittelt und gestalten unsere Beratungsarbeit daher so, dass wir alle Beteiligten anhören. Themen der Beratung sind unter anderem: Zuweisung zu Förderzentren („Sonderschulzuweisung“), Ordnungsmaßnahmen, Integrationsklassen, Unterstützungsmöglichkeiten für die Bewältigung der schulischen Anforderungen, Förderklassen, Einschulung, Übergang zur Sekundarstufe I, Wahl der Fremdsprachen.

Als Fazit unserer Erfahrungen können wir vorausschicken, dass sowohl die Eltern als auch das Lehrpersonal in den Bildungseinrichtungen überfordert sind; die Eltern auf Grund ihrer geringen Vorbildung, ihrer sozialen Lage, ihrer diffusen Vorstellungen über das Bildungssystem, ihrer mangelnden Sprachkenntnisse und das Lehrpersonal auf Grund seiner diffusen Vorstellungen und Bilder über die Herkunft der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Weiterhin können wir festhalten, dass

- die Kommunikation unter den Familienmitgliedern nicht oder kaum funktioniert
- die traditionellen Familienstrukturen zunehmend ihre Rolle verlieren
- die Einflussnahme der Familien auf ihre Kinder bei der Wahrnehmung der Elternrolle stetig abnimmt im Gegensatz zur Einflussnahme des Umfeldes
- eine angespannte Atmosphäre in den Familien vorherrscht
- die Familien sozial und materiell benachteiligt sind
- die meisten Väter und Mütter bezüglich Begleitung und Unterstützung der schulischen Bildung ihrer Kinder überfordert sind
- viele Eltern sich durch die Schule nicht akzeptiert, angenommen, ernst genommen oder sogar diskriminiert fühlen (siehe unten den beispielhaften Bericht einer Mutter),
- viele Eltern mit dem Schulbeginn des Kindes eine Erleichterung bezüglich der Wahrnehmung ihrer Elternrolle sehen, weil der Bildungsauftrag an die Schule weitergegeben wird
- bei Problemen erst dann etwas unternommen wird, wenn es gar nicht mehr anders geht
- bei der Lösungssuche eine Informationslücke feststellbar ist
- es Informationsdefizite über Hilfe / Beratung leistende Stellen gibt,
- die Schüler/innen sich in Konfliktsituationen „ungerecht und zu hart“ behandelt fühlen und kaum ernsthaft angehört werden
- sich das Lehrpersonal (überwiegend weibliche Kräfte) von vielen männlichen Schülern und Vätern türkischer Herkunft nicht akzeptiert und ernst genommen fühlt.

<sup>52</sup> Germershausen, Kohlmeyer, 2006

<sup>53</sup> Auffällig ist der Bruch in der Bildungsentwicklung besonders bei Migrantinnen beim Übergang von der Schule zur Ausbildung. Mehrere Gründe stehen hier im Vordergrund. Zum einen müssen schulisch gut ausgebildete Migrantinnen nicht mit den männlichen Migranten, sondern mit den noch besser schulisch ausgebildeten deutschen jungen Frauen (ohne Migrationshintergrund) mit Realschul- oder Gymnasialabschluss konkurrieren. Zum anderen konzentrieren sie sich besonders stark auf ganz wenige Berufe (Friseurin, Verkäuferin, Einzelhandelskauffrau oder Krankenschwester). So werden z.B. nur 3% zur Bank- oder Versicherungskauffrau ausgebildet. (Pioch, Uta, Lebenswege von Migrant/innen. In: aktuelle informationen 2/2003). Weitere Gründe, wie evtl. Heirat und Kindererziehung, können ebenfalls eine Rolle spielen, gesicherte Erkenntnisse sind jedoch nicht bekannt.

<sup>54</sup> Text des Türkischen Elternvereins Berlin - Brandenburg e.V.



Eltern beschwerten sich darüber, dass sie durch die Lehrer/innen **nicht ernst- und wahrgenommen werden**.

„Wenn ich den Lehrer danach frage, wie die Situation meines Sohnes ist, bekomme ich als Antwort, ‚Frau Güney, alles ist o.k.‘. Dann kriege ich kurz vor dem Versetzungszeugnis einen Brief, worin die Versetzungsgefahr meines Kindes zum Ausdruck gebracht wird. Ich fasse es nicht, gehe am nächsten Tag in die Schule und spreche den Klassenlehrer, Herrn Müller, in der großen Pause an. Ich frage ihn, Herr Müller, wie kommt das, als ich Sie neulich nach der Situation von Ahmet fragte, sagten Sie, dass alles o.k. sei. Nun dieser Brief.

Als Antwort bekomme ich, Frau Güney, Ahmet hat noch sechs Wochen Zeit, seine Ausfälle auszugleichen, es liegt alles bei ihm, er muss sich anstrengen und kann noch in die 10. Klasse versetzt werden.’

Ich werde wütend, habe große Schwierigkeiten, mich zu beherrschen, führe Selbstgespräche, sage zu mir ‚man wirft uns Eltern vor, dass wir uns nicht um unsere Kinder kümmern, ich weiß, dass es solche Eltern gibt, ich bin aber nicht so, das Wichtigste in meinem Leben sind meine Kinder, und dieser Typ, will er mich auf den Arm nehmen, ‚nun egal reiß dich zusammen‘ sage ich zu mir und frage ihn dann mit einem ruhigen Ton, ‚es wäre doch besser, wenn Sie vor acht Wochen, als ich Sie nach der Situation fragte, mir die Versetzungsgefahr geschildert hätten, das ist vorbei, sagen Sie mir bitte, aber diesmal ehrlich, wie kann ich meinen Sohn unterstützen‘. ‚Herr Kyzgin, was meinen Sie, was er mir antwortete?‘ Er fragt mich, ob ich ihm Unehrlichkeit unterstelle. Er habe doch alles gesagt und hätte auch keine Zeit, ich müsse doch sehen, dass er als Aufsichtslehrer aufpassen müsse, dass die Schüler sich nicht tätlich angreifen, was ja oft genug vorkäme, glauben Sie mir, mir war es eher zum Schreien, ich könnte ihn an Ort und Stelle ohrfeigen, was ich natürlich nicht tat. Mit voller Wut im Bauch verließ ich das Schulgelände.“

Dies berichtete eine Mutter in unserer persönlichen Beratung. Solche und ähnliche Berichte werden uns von drei Viertel unseres Klientels vorgetragen.

## Sprache

Fragt man sich, wie es zu der geringeren Bildungsbeteiligung von Migrant/innen kommt, so spielt neben der sozialen Herkunft die Sprache eine bedeutende Rolle. Gemäß „Deutsch Plus“ bestand bei 56,5% der Kinder aus Migrantenfamilien ein Sprachförderbedarf – selbst bei Kindern deutscher Herkunftssprache immerhin bei 12,4%.<sup>55, 56</sup> Sprachkompetenz in Deutsch ist die Grundlage aller Chancengleichheit. Dies wird inzwischen von keinem Experten und keiner Expertin mehr bestritten. Spracherwerb und Förderung der Sprachkompetenz werden somit zu vordringlichen Aufgaben im Bildungsbereich.

Ebenso wie der deutschen Sprache mehr als nur Kommunikationsfunktion mit dem jeweiligen Wohnungsnachbarn zukommt, besitzt darüber hinaus die **Muttersprache** eine grundsätzliche Bedeutung, denn sie nimmt eine zentrale Rolle in der gesamten Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsentwicklung ein. Darüber hinaus ist die Förderung der Zwei- oder gar Mehrsprachigkeit von vorrangigem gesellschaftlichen Interesse: Das Beherrschen mehrerer Sprachen ist eine wichtige, wenn nicht zukünftig gar unentbehrliche Qualifikation auf dem internationalisierten Arbeitsmarkt.

<sup>55</sup> Zahlen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin

<sup>56</sup> Ohliger, Raiser, 2005 verweisen auf eine Untersuchung, der zur Folge bei 90% der Kinder aus Migrantenfamilien und bei immerhin 55% der Kinder deutscher Herkunftssprache Förderbedarf besteht. Nach der Sprachstandserhebung vor der Einschulung im Schuljahr 2003/04 wiesen von der Lernanfängern nichtdeutscher Herkunftssprache im Januar 2003 80,2% einen Förderbedarf bzgl. der deutschen Sprache auf, 43,7% sogar einen intensiven Förderbedarf. Bei den Kindern deutscher Herkunftssprache lauteten die entsprechenden Zahlen 28,5% und 7,7%. (Gesemann, Vortrag am 26.8.05 in der AG „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“)

Muttersprachlicher Unterricht, gleichzeitiges Erlernen der Zweitsprache (Deutsch) und interkulturelles Lernen bieten sich als Möglichkeit an, die Sprachkompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund zu verbessern und zu Eckpunkten **umfassender Sprachförderung** zu machen.<sup>57</sup>

Manche Zuwanderergruppen sind von der fehlenden Sprachbeherrschung besonders betroffen. So sind diejenigen aus dem **serbokroatischen** und **arabischen** Raum vor allem als von Krieg und Verfolgung betroffene Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Viele von ihnen haben bereits als Flüchtlinge in Lagern und Ghettos gelebt. Gerade Flüchtlinge aus dem **Libanon** verfügen dadurch über völlig unzureichendes Schulwissen, ihre Alphabetisierung würde auch den heutigen Anforderungen im Herkunftsland nicht gerecht. Hinzu kommt aufgrund ihrer größeren Bildungsferne die Mehrheit der **türkischstämmigen Zuwanderer**, die vornehmlich als Arbeitsmigranten für niedrigqualifizierte Arbeiten nach Deutschland gekommen sind.

## Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenzahlen unter den Ausländern in Berlin haben sich in den letzten 15 Jahren dramatisch verschlechtert. Inzwischen ist ihre Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie die gesamte Arbeitslosenquote in Berlin. Nahezu jeder zweite Ausländer/jede zweite Ausländerin ist ohne Arbeitsplatz.<sup>58</sup> Interessant ist, dass im letzten Jahrzehnt die Zahl der erwerbstätigen männlichen Ausländer um 11% gesunken ist, die der Frauen dagegen gleich blieb – trotz hoher Arbeitslosigkeit. Immer mehr Migrantinnen sind an einer Berufstätigkeit interessiert, was angesichts der Situation am Arbeitsmarkt zwar zu hoher **Arbeitslosigkeit**, aber unter den erwerbstätigen Frauen auch zu Beschäftigung auf gleich bleibendem Niveau geführt hat.

In Folge der hohen Arbeitslosigkeit unter Migrant/innen ist die Quote der auf **Sozialhilfe** angewiesenen Personen überproportional hoch. Insgesamt bezogen 2003 – also vor der Umstellung der Sozialhilfe – 16,2% der Berliner/innen ohne deutschen Pass Leistungen vom Sozialamt, unter den Deutschen waren es 6,6%. Von allen Sozialhilfeempfänger/innen war vor 3 Jahren mehr als jeder Vierte ohne deutschen Pass.<sup>59</sup> Dies bedeutet, dass ein hoher Anteil von Jugendlichen in Familien aufwächst, deren Unterhalt nicht durch Erwerbsarbeit erwirtschaftet wird.

Die Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit unter Migrantinnen und Migranten in Berlin sind hinlänglich bekannt. Sie liegen hauptsächlich im Strukturwandel der Berliner Wirtschaft mit dem massiven Abbau von Industriearbeitsplätzen für gering Qualifizierte. Dem steht zwar der wachsende Dienstleistungssektor gegenüber, der jedoch den Industriearbeitsplatzabbau nicht ausgleichen kann und außerdem andere Qualifikationsanforderungen stellt.<sup>60</sup>

Qualifikationsniveau und Mangel an Arbeitsplätzen sind nicht die alleinigen Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit unter Migrant/innen. Auch die nach wie vor offene und verdeckte **Diskriminierungen** gegenüber Arbeitssuchenden mit Migrationshintergrund spielt eine Rolle<sup>61</sup>. Oft genügen bei der Stellensuche Aussehen, sprachlicher Akzent, Name oder ein nichtdeutscher Pass für eine Ablehnung. Dabei wird häufig übersehen, dass sich viele Migrant/innen aufgrund ihrer Biographie, die von Brüchen gekennzeichnet ist, unterschiedlichen Anforderungen flexibel stellen mussten und dass sie auf Grund ihrer interkulturellen Fähigkeiten und ihrer Mehrsprachigkeit Kompetenzen besitzen, auf die noch viel zu wenig zurückgegriffen wird.

---

<sup>57</sup> Vgl. Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Sport „Integration durch Bildung“, 2006

<sup>58</sup> Vgl. Anhang, Folie 3, Seite 131

<sup>59</sup> Vgl. Anhang, Folie 4, Seite 132

<sup>60</sup> Vgl. Anhang, Folie 2 Seite 131

<sup>61</sup> Siehe hierzu Kapitel „Diskriminierung“, Seite 55 f

Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl von Migrant/innen im erwerbsfähigen Alter – gerade auch Jugendliche –, die hoch motiviert sind zu arbeiten, deren **rechtliche Stellung** und die daraus sich ergebende fehlende Arbeitserlaubnis jedoch eine Erwerbstätigkeit verbieten.<sup>62</sup> Häufig handelt es sich dabei um Flüchtlinge mit Kriegserfahrung. Hohe Motivation bei gleichzeitigem Arbeitsverbot und das Gefühl, nicht akzeptiert zu werden, bergen Sprengstoff in sich, der zu Gewalt und anderem illegalem Verhalten führen kann.

Eine weitere materielle Folge fehlender Arbeit ist das Angewiesensein auf billigen **Wohnraum**, was wiederum die häufig beklagte Konzentration sozial schwacher Migrant/innen in einigen Bezirksteilen mit allen hinlänglich bekannten Folgen verstärkt. Diese Konzentration ist nicht immer gewollt, sondern vielmehr Folge andernorts nicht bezahlbaren Wohnraums.<sup>63</sup>

## **Fazit Schule – Ausbildung - Arbeitsmarkt**

Erfolgreiche Bildungskarrieren sind ein wichtiger Indikator für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und damit auch für eine gelungene Integration. Dies unterstreicht der 2004 von der Bundesregierung herausgegebene Fortschrittsbericht „Perspektiven für Deutschland“<sup>64</sup>. Daher verweisen die genannten Zahlen für eine nennenswerte Zahl der Zuwanderer und Zuwanderinnen auf einen Mangel an Integration und auf ein destabilisierendes Moment für die Gesellschaft, das besonders junge Männer betrifft.

Gleichwohl gilt die hier dargestellte Entwicklung nur für einen – wenn auch immer noch viel zu großen Teil – der Migrant/innen. Zu oft wird übersehen, dass unter den Jugendlichen gleichzeitig eine bemerkenswerte Anzahl heranwächst, die hoch motiviert, gut bis sehr gut qualifiziert ist und gute Chancen am Arbeitsmarkt hat<sup>65</sup> (auch hier stechen besonders die jungen Mädchen / Frauen hervor). Sie verfügen über transkulturelle Fähigkeiten und über Mehrsprachigkeit, beides Qualifikationen, die in globalisierten Wirtschaftsprozessen von hoher Bedeutung sind, aber noch viel zu wenig abgefordert werden. Deshalb kann ein Beitrag zur Gewaltprävention sein, das vorhandene Potential, das verbunden ist mit hoher Aufstiegs motivation, zu erkennen und zu nutzen, was bisher nur ungenügend geschieht. Diese Gruppe zählt zwar zu den bisher am wenigsten Gefährdeten im Hinblick auf Gewalttätigkeit, Enttäuschungen und Ablehnungen führen aber auch bei ihnen nicht immer zur Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft.

Wesentliche Risikofaktoren für gewalttätiges Verhalten im Kontext schlechter Ausbildungs- und Arbeitsmarktaussichten sind Perspektivlosigkeit, fehlende Anerkennung und geringes Selbstwertgefühl. Die ursprünglichen Erwartungen, Hoffnungen und Träume bezogen auf ein Leben in Deutschland lassen sich in einer derart negativ geprägten Situation nicht einlösen. Auch hier finden sich viele Zuwanderer auf der unteren Stufe der sozialen Trittleiter wieder und genau der wollten sie entkommen.

Gerade in der Adoleszenz ist diese Erkenntnis besonders für männliche Migranten aufgrund ihres patriarchalen Rollenbildes schwer zu verkraften. Männliche Familienoberhäupter und deren Söhne können in dieser Situation die Rolle des Familienernährers und des starken Familienbeschützers nicht mehr wahrnehmen, der Vorstellung von männlicher Dominanz fehlt die reale Grundlage<sup>66</sup>. Für jugendliche männliche Migranten wiegt die Tatsache, dass sie dem ursprünglichen Bild des Mannes nicht ausreichend genügen können, besonders schwer, noch verstärkt durch materielle Knappheit. Selbstbewusstsein und Autorität werden mangels anderer Möglichkeiten bei einigen über gewaltsame Auseinandersetzungen gesucht. Gerade männliche Jugendliche begegnen schließlich der Aussichtslosigkeit und Langeweile zum Teil mit rechtswidrigen Taten. Perspektivlosigkeit durch fehlende Arbeit und fehlende Ausbildungsplätze werden für einige verstärkt durch das Gefühl, in der Gesellschaft nicht aufgenommen zu werden.

---

<sup>62</sup> Vgl. Seite 58 ff und Anhang, Seite 147-150

<sup>63</sup> Vgl. Anhang, Folie 5, Seite 132

<sup>64</sup> S. hierzu Ohliger, Raiser, 2005

<sup>65</sup> So steigt z.B. der Migrant- und Migrantinnenanteil unter den Studierenden, vgl. Krell, Gertraude, 2005

<sup>66</sup> Vgl. Seite 26

Junge Frauen stehen demgegenüber durch ihre Rollenzuweisung nicht unter gleichem Druck, Stärke beweisen zu müssen. Sie kompensieren auch weniger durch Gewalt. Außerdem bleibt ihnen – genauso wie Frauen ohne Migrationshintergrund – immer noch ihre Rolle, für Haushalt und Kindererziehung zuständig zu sein, sei es auch nur in Ermangelung anderer Möglichkeiten. Demgegenüber verstärken sich bei männlichen Jugendlichen soziale Deprivilegierung<sup>67</sup> und die Unfähigkeit, das eigene Rollenbild zu erfüllen, gegenseitig, was ihre Situation zusätzlich verschärft.

---

<sup>67</sup> Dass Bildung, Ausbildung, Arbeit und Armut eine zentrale Rolle für Jugenddelinquenz spielen, lässt sich auch an folgenden Zahlen aus einer Erhebung der Lebenslagen von Proband/innen der Jugendbewährungshilfe Berlin aus dem Jahr 2006 (N = 2168) ablesen: Von den untersuchten nichtschulpflichtigen Personen hatten 61,9% keinen Schulabschluss, 16,4% einen Hauptschulabschluss, 12% einen erweiterten Hauptschulabschluss, 8,9% einen Realschulabschluss und nur 0,7% das Abitur. In einer betrieblichen Ausbildung befanden sich 3,2%, in einer überbetrieblichen 9%, einer regulären Arbeit gingen 5,8% der Proband/innen nach, arbeitslos waren 42,9%, geringfügig beschäftigt 4,1%, in MAE - Maßnahmen 11,9%. Vom Arbeitslohn lebten 8% der Proband/innen, von der Ausbildungsvergütung 13,3% und vom ALG II 47,2%. Der Anteil von Proband/innen mit Migrationshintergrund betrug 43,5%. In den Bezirken Neukölln, Mitte und Friedrichshain – Kreuzberg lag die Zahl der Proband/innen in der genannten Reihenfolge am höchsten. Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin, 2006a

# Familienstrukturen und Erziehungsziele

## Familien zwischen Tradition und Moderne

Migration ist immer auch im Kontext der Familie zu sehen, sie ist früher oder später stets ein Familienprojekt. Insgesamt bietet sich hier ein vielfältiges Bild, wobei die Situation und Rolle des Einzelnen (Mann, Frau, Vater, Mutter, Sohn, Tochter etc.) ebenso Einfluss nehmen wie die Familienstruktur als solche (Hierarchie, Ungleichheit). Familienstrukturen und Erziehungsziele werden häufig mit „Kultur“ in Verbindung gebracht, kulturelle Unterschiede werden hier festgemacht. Dabei werden zwei Probleme deutlich: Zum einen werden sozial schwache Migrantenfamilien unzulässig eher mit Mittelschichtsfamilien der Mehrheitsgesellschaft verglichen. Zum anderen kommt es mangels genauer Daten immer wieder zu Verallgemeinerungen. Diese Gefahr besteht auch in den folgenden Ausführungen, wenn von „tradierten patriarchal geprägten Rollenbildern“ die Rede ist, oder wenn neue Familienstrukturen und Identitäten beschrieben werden, die zwei Kulturen erfolgreich in sich vereinen. Um wie viel Personen es sich jeweils handelt, lässt sich zahlenmäßig leider nicht bestimmen.

Bei vielen schon länger in Deutschland lebenden Zuwandererfamilien haben sich im Laufe der Zeit die Familienstrukturen denen deutscher Familien zunehmend angeglichen. Zudem haben viele Zuwanderer/innen schon im Herkunftsland Familienmodelle entwickelt, die durch Orientierung an Individualität und Pflege emotionaler Beziehungen geprägt waren. Im Rahmen dieser Veränderungsprozesse haben sich **verschiedenartige Familienmodelle und Erziehungsstile** herausgebildet, die oft aus einer Mischung zwischen Tradition und Moderne bestehen, was sich vornehmlich wiederum in den Veränderungen des Geschlechterverhältnisses abbildet.

Bei vielen türkisch stämmigen Migrant/innen aus ländlichen Gebieten herrscht in Berlin im Gegensatz zu anderen Städten die sogenannte „**Network - Migration**“ vor, in der die alten Strukturen aus der Heimat in den verschiedenen Kiezen der Stadt aufrecht erhalten werden. Dadurch wird die sozialräumliche Segregation begünstigt (wie auch umgekehrt Segregation den Familienzusammenschluss bestärkt)<sup>68</sup>. In diesen Familien ist die soziale Kontrolle durch **Großfamilie** und Clan stark ausgeprägt, sie findet im besonderen Maße durch Druck auf die Männer im Cafe oder in der Moschee statt. Das niedrige Bildungsniveau korrespondiert generell mit einer insgesamt traditionellen Einstellung. Je nach Herkunftsregion wurden die weiblichen Ehepartner oftmals noch in der Umgebung des heimatlichen Dorfes oder in der Familie gesucht. In den letzten Jahren hat der Herzog der Frauen aus ländlichen Regionen zwar nachgelassen, findet aber nach wie vor noch statt. Immer häufiger wird im öffentlichen Diskurs sogar die paradoxe Situation beklagt, dass eher fortschrittlich und städtisch geprägte, qualifizierte Frauen zur Heirat nach Deutschland kommen und hier auf ein konservatives familiäres Umfeld stoßen, das in keiner Weise ihren Erwartungen entspricht. Damit wird ein weiterer Konfliktherd geschaffen.

Eine vergleichbare Geschlossenheit ist unter den **Kriegsflüchtlingen** insbesondere des **arabischen** Raumes festzustellen. Diese kamen und verweilten zunächst im Wunsch, alsbald in die Herkunftsländer zurück zu kehren. Mangels Bleibewilligen entwickelten sie umso weniger Anpassungsbereitschaft, je höher die kulturellen Barrieren eingeschätzt wurden. Vermehrt waren Abgrenzung und Ehen innerhalb der Familie (Endogamie) die Folge, oftmals verbunden mit einer verstärkten Besinnung auf tradierte Vorstellungen. Für die durch Krieg und Flucht Traumatisierten war und ist das Sich - Zurechtfinden in der fremden Kultur ebenfalls schwierig, obgleich hier nicht die Vorstellung herrscht, in das Herkunftsland wieder zurückzukehren.

In den Familien dieser Zuwanderergruppen, die unabhängig vom Herkunftsland zumeist der islamischen Religion und Kultur zuzuordnen sind, herrschen vornehmlich patriarchalische Strukturen und traditionelle **Rollenbilder**<sup>69</sup>. Die Erziehungsziele traditionell orientierter Eltern sind geprägt von hohen Aufstiegserwartung für die Kinder. Die hohe Bildungsmotivation wird durch die Realität des Bildungssystems in Verbindung mit der eigenen Einstellung gegenüber diesem System enttäuscht – ein echtes Potential geht der Gesellschaft dadurch verloren.

---

<sup>68</sup> Siehe hierzu auch Seite 54 f

<sup>69</sup> Siehe hierzu auch Seite 24 ff und Seite 37 ff

## Erziehung in traditionell orientierten Zuwandererfamilien

Orientiert sich Erziehung auch in Zuwandererfamilien an den Erfordernissen moderner westlicher Industriegesellschaften, bedarf sie im Hinblick auf die Frage, inwieweit sie einen Risikofaktor für gewalttätiges Handeln junger männlicher Personen darstellt, keiner besonderen Betrachtung. Erziehung in traditionell orientierten Zuwandererfamilien, die sich unter anderem an einem patriarchalischem Gesellschaftsbild orientiert, stellt jedoch einen Risikofaktor für gewaltförmiges Verhalten von Jungen und männlichen Jugendlichen dar, vor allem dann, wenn innerfamiliäre Gewalt in den Familien sowohl zwischen den Erwachsenen als auch von Erwachsenen gegenüber Kindern und Jugendlichen nicht nur eine Ausnahmeerscheinung darstellen.<sup>70</sup>

### Eltern

Die **Familie als primäre Sozialisationsinstanz** ist von zentraler Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und damit für die Entwicklung devianten, insbesondere gewalttätigen Verhaltens. Gerade in der Familie können individuelle Problemlagen abgemildert oder verstärkt werden. Wesentlich beeinflusst wird diese spezifische Funktionsfähigkeit der Familien für die Identitätsentwicklung der Kinder durch die soziale Situation, den Sozialisationshintergrund, die Familienstruktur und die Elternpersönlichkeit. Die Forschung zeigt, dass ein deutliches Ansteigen der Gewaltrate bei Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, Armut, sozialer Ausgrenzung und schwieriger Integrationsperspektive festzustellen ist.<sup>71</sup>

Als ein weiterer nicht unwesentlicher Risikofaktor wird von Expert/innen die **eigene Gewaltbelastung** derjenigen, die Gewalt ausüben, hervorgehoben. Danach sind Eltern, die selbst in ihrer Kindheit gehäuft Opfer von Gewalterfahrung waren, in der Erziehung ihrer eigenen Kinder eher geneigt, ebenfalls Gewalt auszuüben, bzw. Gewalt als eine „Normalität“ zu verstehen. Denn Kinder, die in innerfamiliären Sozialisationsprozessen die Gewaltanwendung von Eltern erfahren, lernen dabei zugleich auch bestimmte Muster der Konfliktaustragung kennen. Ein besonders hohes Gewaltisiko für ein Kind stellt demnach diejenige Mutter dar, die sowohl als Kind, wie auch innerhalb der Partnerschaft Gewalt erfahren hat bzw. erfährt. Auf Grund der großen Nähe zwischen Säugling / Kleinkind und Mutter kommt der eigenen Gewalterfahrung der Mutter eine besondere Bedeutung zu.<sup>72, 73</sup>

In der Forschung werden zudem insbesondere **jugendliche Mütter** als gefährdet eingeschätzt. Sie verfügen vielfach nur über eingeschränkte Erziehungs- und Pflegequalitäten<sup>74</sup>. Da sie selbst mit der eigenen Persönlichkeitsentwicklung noch nicht abgeschlossen haben, sind sie häufig überfordert mit der Erziehung von eigenen Kindern. Überforderung und unzureichende Kenntnisse über das Entwicklungstempo der Kinder und über die Angemessenheit kindlicher Verhaltensweisen führen wiederum eher zu Erziehungseinstellungen, die Strafen bevorzugen.

Hinzu kommt, dass es im sozialräumlichen und familiären Umfeld auch durch die mangelnde soziale Durchmischung immer **weniger positive Rollenvorbilder** gibt, die im Sinne von gelebten Vorbildern Aufstiegs- und Integrationsperspektiven glaubhaft vorleben. Die auf die Erfahrungen der Herkunftsgesellschaft basierende Rolle der Männer (Väter) wird durch die „Untätigkeit“ (Arbeitslosigkeit) der Väter in Frage gestellt. Normen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft können durch die Eltern an ihre Söhne kaum mehr überzeugend und Erfolg versprechend vermittelt werden.<sup>75</sup>

---

<sup>70</sup> Vgl. hierzu ausführlich Anhang, Seite 122

<sup>71</sup> Vgl. Pfeiffer & Wetzel 1999 und Anhang, Seite 121 f

<sup>72</sup> Uslucan, H. - H., unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2005

<sup>73</sup> Die Rolle des (gewaltausübenden) Vaters / Partners darf in diesem Zusammenhang nicht außer Acht gelassen werden.

<sup>74</sup> Ziegenhain, Derksen & Dreisörner, 2004

<sup>75</sup> Siehe hierzu Seite 24 ff

Eine als ablehnend oder gar feindlich wahrgenommene Lebensumwelt hat dazu geführt, dass die Familie und darüber hinaus auch die aus dem gleichen Herkunftsland stammende Nachbarschaft zwar einerseits für den Einzelnen im Falle von Konflikten Rückhalt bedeutet, andererseits jedoch sind sie in zunehmendem Maße eine kontrollierende Instanz. Für bestimmte Gruppen von Männern aus der Türkei und dem arabischen Raum spielen dabei die Beobachtung und die Gespräche in den Cafés eine besondere Rolle. Je länger sie vom Erwerbsleben ausgeschlossen und von dem damit verbundenen Autoritätsverlust betroffen sind, desto stärker ist der Rekurs auf die aus dem Herkunftsland bekannten Normen<sup>76</sup>. Das behindert einen Ausbruch der nachwachsenden Generation aus diesen Rollenmustern und damit emanzipatorische Ansätze. Dies betrifft vorrangig die Rollenzuweisung von Frauen und Mädchen, zugleich aber auch die Erwartungen, die an das Verhalten der Söhne gesetzt werden. Zur Bewältigung des Konfliktes zwischen der empfundenen Abwertung durch die Aufnahmegesellschaft, des Versagensgefühls in Bezug auf den sozialen und ökonomischen Aufstieg und der Erwartung zur Verkörperung von tradierten Männlichkeitsvorstellungen sind in der Regel keine ausreichenden Strategien entwickelt.

Aus diesen Erkenntnissen ergeben sich im Hinblick auf zahlreiche junge Männer mit Migrationshintergrund vielfältige und zugleich mehrfache Belastungen. Sämtliche der genannten Risikofaktoren können ihre Familien betreffen. In solchen Fällen ist mithin von einem vielfachen Unterschichtproblem zu sprechen.

## Erziehungsziele

Die **Erziehungsziele traditionell orientierter Familien** lassen sich folgendermaßen beschreiben<sup>77</sup>:

### *Primäre Erziehungsziele*

- **Respekt vor Autoritäten**<sup>78 79</sup>
- **Ehrhaftigkeit**<sup>80 81</sup>
- **Zusammengehörigkeitsgefühl** (Ebenso wie der Respekt vor Autoritäten wird dieses Ziel vor allem in der Emigration verfolgt, um das Überleben und Funktionieren der Familie zu sichern. Damit soll die integrierende Wirkung der Mehrheitsgesellschaft abgeschwächt werden. Hieraus entwickeln sich schwere Konflikte zwischen den Generationen der Migrant/innen.)
- **Lern- und Leistungsstreben** (Im Zuge der Industrialisierung im Heimatland sowie vor dem Hintergrund der hiesigen Gesellschaft strebt der sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsteil nach Bildung und Leistungsfähigkeit. Im Falle der Türkei tritt noch ein historischer Aspekt hinzu. Vor dem Hintergrund der strukturellen Benachteiligung von Migrant/innenkindern im Bildungsbereich, verbunden mit der Massenerwerbslosigkeit, kann dieses Erziehungsziel seit etwa 10 Jahren immer weniger glaubwürdig vermittelt werden.)

---

<sup>76</sup> Siehe hierzu Normen, Werte, Seite 40 f

<sup>77</sup> Vgl. hierzu Toprak, 2005 a

<sup>78</sup> Vgl. die Ausführungen zur Achtung, Seite 41

<sup>79</sup> Respekt vor Autoritäten wird in traditional - familialen Kontexten in der Regel in Kombination von Fürsorge, Zuwendung und Unterordnung vermittelt. Sie ist nicht nur ein regelinduzierender Akt (Wer hat wem zu gehorchen?), sondern zugleich auch ein beziehungsstiftender. Deshalb wird die Auflehnung gegen die elterliche Autorität gehemmt bzw. nicht offen gezeigt, weil sie sonst eventuell die emotional positive Beziehung belasten könnte. So knüpft bspw. die türkische Polizei in der Türkei häufig auch auf solche familial vermittelten Formen von Autoritäts- und Respektbeziehungen an, wenn sie bei jugendlichen Streitereien dazwischen geht. Sie agiert wie ein älterer, disziplinierender Bruder und spricht die Jugendlichen paternalistisch an; hingegen wird die deutsche Polizei, die ihre Beziehung auf eine reine Sach- und Amtsautorität beruhend sieht, weniger als Autoritätsperson wahrgenommen, da aus jugendlicher Sicht kaum emotionale Verpflichtungsgefühle bestehen, den Anweisungen der Polizei Folge zu leisten; eher werden ihre Aufforderungen als Herausforderungen eines männlichen – körperlich starken – Selbstbildes betrachtet.

<sup>80</sup> Vgl. die Ausführungen zur Ehre, Seite 40 f

<sup>81</sup> Vgl. Anhang, Seite 136 „Anatomie eines Ehrdeliktes“, Vortrag von Prof. Dr. W. Schiffauer anlässlich des 6. Berliner Präventionstages 2005

### *Sekundäre Erziehungsziele*

- Herausbildung einer **nationalen Identität** (Während die Erziehung zur nationalen Identität im Heimatland von den Schulen geleistet wird, müssen die Eltern die Verankerung dieses Ziels in der Emigration selbst übernehmen – sofern sie dies wünschen, da die hiesigen Schulen dies nicht tun. Die Kinder sollen nicht vergessen, wo sie herkommen. Dies ist einer der Hauptgründe dafür, dass die Eltern im Alltag die Heimatsprache pflegen. Vor dem Hintergrund der strukturellen Benachteiligung, des Rassismus, der Massenerwerbslosigkeit und der positiven Entwicklung des Image der Türkei verstärkt sich beispielsweise die nationale Identität unter den türkischen Jugendlichen seit etwa 10 Jahren.)
- Herausbildung einer **religiösen Identität** (Hier muss zwischen unterschiedlich liberalen und konservativen Einstellungen unterschieden werden. Während z.B. für die Aleviten die selbstverantwortliche Selbsterkenntnis zentral ist, gelten bei vielen Sunniten feste Regeln, die einzuhalten sind.)

### *Tertiäre Erziehungsziele*

- **Selbstbewusstsein** (Dieses Ziel wird nicht als Wert an sich gesehen, sondern als Mittel zum Zweck. Für die Erziehung der Mädchen spielt es keine Rolle. Bei der Erziehung der Jungen wird es dazu gebraucht, um ihnen die Rolle des Haushaltsvorstandes zu vermitteln. Gegenüber dem Erziehungsziel „Respekt vor Autoritäten“ ist die Entwicklung von Selbstbewusstsein als Erziehungsziel nachrangig, denn Selbstverwirklichung und Eigeninteresse könnten mit den primären Erziehungszielen kollidieren.)
- **Selbständigkeit** (Auch das Ziel der Selbständigkeit kollidiert potenziell mit den primären Erziehungszielen, so dass es bezüglich der Mädchen dazu benutzt wird, ihnen die Ausfüllung ihrer Hausfrauenrolle nahe zu bringen, für die eine gewisse Selbständigkeit erforderlich ist. Für die Jungen ist die Erziehung zur Selbständigkeit nicht vorgesehen.)

### **Normen und Werte**

Ehre, Achtung, Würde

Die im Folgenden dargestellten Normen und Werte spielen insbesondere **bei traditionell orientierten kurdischen Familien aus der Türkei und bei manchen Großfamilien arabischer Herkunft** eine Rolle.

Je nach Definition der zugehörigen Gruppe betrifft die Frage der **Ehre** eines Einzelnen auch die Ehre der übrigen Gruppenmitglieder und wird als gemeinsame Ehre im Außenbereich verstanden. Dieser öffentliche Bereich ist als Betätigungsfeld den Männern vorbehalten. Der Zustand der Ehrhaftigkeit kann nicht durch Taten erworben werden.

Er kann nur verloren, jedoch auch wieder hergestellt bzw. verteidigt werden. Für die Wiederherstellung der Ehre und zur Vermeidung eines Ehrkonflikts bestehen strenge Verhaltensnormen.

Neben der Fähigkeit, ausreichend für die Familie sorgen und sie gegen Angriffe von außen verteidigen zu können, speist sich die Ehre eines Mannes aus der sexuellen Integrität der Frauen (Ehefrau, Schwester, Tochter, Schwägerin, Tante, Oma, Enkelin). Während die Frauen ihre Ehre scheinbar selbst durch ihr Verhalten in der Hand haben, sind die Männer daher vom Verhalten der Frauen abhängig. Dadurch werden Frauen zu einer permanenten Gefahr für Männer. In der Alltagspraxis führt dies zu einem demonstrativ aggressiven Verhalten der Männer.

Eine Kontrolle der Frauen über ihre Ehre existiert nur oberflächlich betrachtet. Denn erstens müssen sie sich an nicht von ihnen aufgestellte Normen halten und zweitens sind sie von der (öffentlichen) Interpretation ihres Verhaltens durch andere, vor allem durch Männer, abhängig. Inhaltlich bezieht sich die Ehrhaftigkeit einer Frau auf ihre Sexualität und ihr Verhalten in der Außenwelt. Da eine eventuelle Ehrlosigkeit des Mannes eine Frau nicht tangiert, existiert von Seiten der Frauen aus keine Kontrolle der Männer.



Der Begriff der **Achtung** ist mit dem Begriff der Liebe bzw. Fürsorge verbunden. Im Gegensatz zum Bereich der Ehre gilt hier das unmittelbare Gegenseitigkeitsprinzip. Dabei soll die jüngere Person der älteren Achtung entgegen bringen, während sie von der älteren Person Liebe empfängt. Der Komplementärbegriff der Liebe bzw. der Erziehungsverantwortung gegenüber den Jüngeren bezieht sich nicht nur auf die Eltern, sondern auch auf die älteren Geschwister. Der Sohn schuldet dem Vater, die Frau dem Mann, der jüngere dem älteren Bruder Achtung. In der Alltagspraxis besteht das Gebot der Achtung insbesondere gegenüber älteren männlichen Personen. Denn der Mann als Haushaltsvorstand verkörpert die Autorität der Familie nach außen.

Mit dem Begriff der **Würde** werden individuelle Charaktereigenschaften, Prestige, Erfolge und auch die Beziehungen zwischen Familien beschrieben. Der Verlust der persönlichen Würde hat im Normalfall keine Auswirkungen auf die übrigen Gruppenmitglieder. Ähnlich wie bei der Ehre sind hierbei jedoch die Verhaltensanforderungen geschlechtsspezifisch geregelt. Für Männer gilt es freundlich, höflich, friedlich und hilfsbereit zu sein. Die Frauen sollen die Regeln der Ehre einhalten, den Haushalt führen und nicht hinter dem Rücken anderer über sie klatschen.

Diese Vorstellungen erklären sich aus den ländlichen Herkunftsgebieten der Einwanderer; sie entsprechen hingegen nicht mehr den Anforderungen und Werthaltungen der hiesigen Gesellschaft.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es klare Rollenverteilungen und -erwartungen gibt, die sich an Geschlecht und Alter der jeweiligen Person orientieren, verbunden mit einer deutlichen Wertehierarchie:

Ehre, Achtung, Würde (türkisch: namus, saygi, seref).

Das aufgezeigte Verständnis von Ehre führt zur Ungleichbehandlung der Geschlechter und spielt insofern eine große Rolle bei der unterschiedlichen Erziehung von Mädchen und Jungen. In der Praxis bedeutet dies die Beschneidung der Freiheit der weiblichen Familienmitglieder, während gleichzeitig die männlichen sehr viel Freiraum besitzen.

Wesentlich bei den beschriebenen Einstellungen, Vorstellungen, Verhaltensweisen ist zudem die Festlegung unterschiedlicher Wertigkeit von Menschen in Verbindung mit dem Ziel der Über- und Unterordnung, die, wenn notwendig, mit unterschiedlichen Mitteln der Gewaltanwendung durchzusetzen ist (Männer und Frauen, Ältere und Jüngere). Hierin ist die wichtigste Wurzel der Legitimation von Gewalt zu sehen wie z.B. die Dominanz der Männer.<sup>82</sup> Konflikte werden vor allem interpersonell ausgeglichen. Clans setzen Gewalt ein. Ehrverletzung wird besonders streng geahndet. Kein Verhandeln, kein argumentativer Zugang ist mehr möglich.

## **Der traditionell - autoritäre Erziehungsstil**

Die oben geschilderten Erziehungsziele in Verbindung mit den Werten von Ehre, Achtung und Würde führen in traditionell orientierten Familien zu einem eher rigiden, auf Autorität und Gehorsam basierenden Erziehungsstil, der nicht nur einen an der Familie orientierten Gemeinsinn und die Solidarität unter den Familienmitgliedern sowie absolute Loyalität gegenüber der Familie einfordert, sondern auch physische und psychische Gewalt als Mittel der Erziehung legitimiert. (Ohrfeige, Gewaltandrohung, Androhung des Zurückschickens ins Heimatland, Wutausbrüche und Beleidigen, Kontaktabbruch)<sup>83</sup>. Hinweise hierauf liefern auch Sprichwörter wie z.B.:

---

<sup>82</sup> Wird Gewalt gegenüber (Ehe)Frauen ausgeübt, so ist für türkische Migranten kein Bezug auf die Rechtslage im Heimatland möglich. In der Türkei sind ebenso wie in Deutschland sog. Ehrenmorde, häusliche Gewalt und Zwangsheirat strafbar. Im türkischen Gesetz ist der Ehrenmord durch besonders harte Strafen verboten. Rechtssetzung und Rechtswirklichkeit klaffen jedoch immer wieder auseinander, da das Denken die Wirklichkeit noch nicht gänzlich eingeholt hat. In Berlin lässt sich beobachten, dass Migrant/innen die eindeutige deutsche Rechtslage nicht immer bekannt ist, wie z.B. das Gewaltschutzgesetz oder das Recht auf Wohnungsverweis des gewalttätigen Ehemannes. Hier zeichnet sich Aufklärungsbedarf ab.

<sup>83</sup> Vgl. hierzu Toprak, Seite 46 ff, 2005a

„Prügelstrafe stammt vom Paradies“. „Wo Du eine Ohrfeige setzt, da blüht eine Blume“. „Wer bezeiten seine Tochter nicht schlägt, schlägt sich (später) aus Verzweiflung auf die Knie“. „Es wachsen Rosen an den Stellen, wo der Mann hinschlägt“.

### **Erwartungen an die Rolle des Jungen/Mannes in traditionell orientierten Familien**

Die traditionellen Anforderungen an Männlichkeit beziehen sich auf Stärke (sowohl körperliche als auch geistige), Dominanz und selbstbewusstes Auftreten. Weinen wird als unmännliche Schwäche getadelt<sup>84</sup>. Zum richtigen Mann - Werden kann es auch gehören, Schläge zu bekommen. „Wenn du keine Schläge bekommen hast, dann bist du doch kein Mann.“<sup>85</sup> Ein Mann muss in der Lage sein, zu zeigen, was für die Familie das „Richtige“ und „Vorteilhafte“ ist. Dabei darf er auf Meinungen von anderen keine Rücksicht nehmen, muss selbstbewusst seine Position verteidigen und standhaft auf seinen Ansichten beharren, denn er hat zu wissen, was er will. Als Vater hat er innerhalb der Familie die Rolle des Familienoberhauptes, des Ernährers und Beschützers einzunehmen und die dafür notwendige Dominanz einzusetzen. Diese Aufgaben gibt er erst mit seinem Tod ab. Sie wird dann vom ältesten Sohn übernommen. Der Mann ist für alle Entscheidungen nach außen hin zuständig, mit seiner Frau bzw. den anderen Familienmitgliedern muss er keine Rücksprache halten.

Zeigt der Junge / der Mann diese Eigenschaften nicht, wird er als Frau, Schwächling oder Schwuler<sup>86</sup> betrachtet bzw. bezeichnet. Grundsätzlich ist der Junge / der Mann mehr wert als das Mädchen / die Frau. Der Bruder muss die Schwester beaufsichtigen, kontrollieren, verteidigen und gegebenenfalls auch schlagen. Unter den Jungen / Männern selbst gibt es festgelegte Positionen wie die des Familienoberhauptes und Positionen, um die sich Jungen / Männer in einem permanenten Wettstreit bzw. -kampf befinden, z.B. in der Jungenclique.

### **Unterschiede in der Erziehung von Mädchen und Jungen in traditionell orientierten Familien**

In der konservativ - traditionellen Familie bestimmt der Mann als Familienoberhaupt, was geschehen soll. Die Frau ist für den Haushalt verantwortlich. Bei der Erziehung ist es ihre Aufgabe, die Wünsche bzw. Anweisungen des Mannes an die Kinder weiterzuleiten und durchzusetzen. Die Beziehung der Väter zu ihren Söhnen ist grundsätzlich etwas direkter als zu den Töchtern und verstärkt sich mit Beginn der Pubertät. Von diesem Zeitpunkt an wendet sich der Vater vorwiegend ohne die Vermittlung der Mutter an seinen Sohn. Der Junge wird auf seine spätere Rolle als Familienoberhaupt vorbereitet. Er ist vor allem für Aufgaben außerhalb der Familie zuständig. Es würde gegen die Ehre des Mannes verstoßen, die „Rolle“ der Frau zu übernehmen. Mädchen werden von weiblichen Familienmitgliedern zur Führung des Haushaltes erzogen. Sie lernen zuzuhören und auszuführen, was der Mann bestimmt.

Sowohl Jungen als auch Mädchen werden zu respektvollem Verhalten dem Vater und der Mutter gegenüber angehalten, was unter anderem auch bedeutet, dass die Kinder zu gehorchen haben. Allerdings nehmen die Mütter Jungen gegenüber eher eine verwöhnende laissez - faire - Haltung ein, geben mehr nach und lassen mehr durchgehen. Dies kann bei Jungen zu einer Verunsicherung hinsichtlich der Autorität weiblicher Bezugspersonen führen. Mädchen werden dagegen eher Grenzen gesetzt.

Es wird darauf geachtet, dass Mädchen und Jungen so weit als möglich getrennt voneinander aufwachsen; dies bezieht sich vor allem auf Bereiche außerhalb der Familie. Wichtig ist, dass die Mädchen ihren Körper nicht zur Schau stellen und ihre Jungräulichkeit, die als das höchste Gut der Familie angesehen wird, bewahren. Deshalb sollen sie z.B. in der Schule nicht gemeinsam am Sportunterricht (vor allem am Schwimmen) oder an Ausflügen und Klassenfahrten teilnehmen.

---

<sup>84</sup> Dies trifft auch auf deutsche traditionell erziehende Familien zu.

<sup>85</sup> Toprak, S. 49, 2001

<sup>86</sup> ibne, der Nicht - Mann, Aslan, S. 4, 2004

Mädchen sollen sich insgesamt von sportlicher Betätigung fern halten, denn sie könnte deren Jungfräulichkeit gefährden.<sup>87</sup>

In der streng traditionellen Familie halten sich die Mädchen in der Nähe der Mutter und der älteren Schwester auf. Der räumliche Bezug ist die Wohnung und das nähere Umfeld. Die Kontakte der Mädchen zu anderen werden über die Mutter vermittelt (im Unterschied zu den Jungen). Die Festlegung der weiblichen Geschlechterrolle wird mit mütterlicher Strenge und Rigidität eingefordert. Das Mädchen lernt, sich in Anwesenheit anderer ruhig zu verhalten und nicht zu sprechen. Das Mädchen / die Frau muss ihren Aufgaben ohne Widerspruch nachgehen.

Ab der Pubertät dürfen Jungen ihre Freizeit relativ eigenständig organisieren. Sie dürfen sich ohne wesentliche Beschränkungen auch außerhalb der Wohnung aufhalten. Dies ist Mädchen, vor allem von der Pubertät an, ohne Beaufsichtigung nicht erlaubt. Rauchen und Alkoholkonsum werden grundsätzlich abgelehnt. Sollte ein Junge allerdings dennoch rauchen, wird dies geduldet, bei Mädchen dagegen unterbunden. Sollte es ernsthaftere Probleme mit den Söhnen geben, versuchen die Eltern sich konsequenter durchzusetzen, was ihnen allerdings nicht immer gelingt. Dabei wird unter anderem auch auf Heirat und Vaterschaft als Disziplinierungsmaßnahmen gesetzt.

Toprak spricht von einer duofokalen Familienstruktur: „Die Frau lebt in einer weiblichen Welt der Verwandten, Nachbarn und Kinder, der Mann in einer männlichen Welt der Verwandten und Freunde. Verwandte sind sowohl für die Männer als auch für die Frauen die wichtigsten Personen, zu denen immer ein intensiver Kontakt gepflegt wird.“<sup>88</sup>

Mädchen und Jungen werden auch unterschiedlich auf ihre Rolle als Sexualpartnerin bzw. Sexualpartner vorbereitet. Der Junge soll aktiv sein. Der erste Schritt auf das andere Geschlecht zu ist Mädchen nicht erlaubt. Im Gegenteil müssen sie auf Annäherungsversuche eines Jungen zunächst mehrfach ablehnend reagieren, auch wenn sie dies eigentlich nicht wollen. Das Treuegebot in der Ehe gilt für beide Ehepartner gleichermaßen. Bei Frauen stellt ein diesbezüglicher Verstoß eine schwerwiegende Verfehlung dar. Bei Männern wird er im Gegensatz dazu eher akzeptiert ist und kommt häufiger vor. So heißt es in einem türkischen Sprichwort beruhigend: „Der Fuchs kommt immer wieder in seinen Bau zurück.“ Die Frau könnte bei Untreue ihres Mannes allerdings die Auflösung der Ehe fordern. Grundsätzlich sollte sich die Ehefrau den sexuellen Wünschen des Mannes nicht verweigern. Traditionell gesehen ist es nicht richtig, wenn sie „Nein!“ sagt. Sie soll den männlichen Sexualtrieb befriedigen. Allerdings ist der Mann ebenfalls dafür zuständig, der Frau beim sexuellen Akt Lust zu bereiten.<sup>89</sup>

Insgesamt gesehen ist der Umgang mit dem Thema Sexualität kein tabufreier. Viele Mädchen und Jungen werden auf die Veränderungen in der Pubertät zwar vorbereitet, dies geschieht eher durch ältere Schwestern oder Freundinnen beziehungsweise Brüder und Freunde als durch die Eltern. Einige Mädchen und Jungen werden jedoch auch erst kurz vor der Heirat aufgeklärt. Zwischen Männern und Frauen, Mädchen und Jungen wird eher selten über Sexualität gesprochen, in der gleichgeschlechtlichen Peer - Group dagegen relativ offen.

### **Exkurs Homophobie**

**09.09.05, 23.30 Uhr, im Bus M46, zwischen Dominicusstraße und Motzstraße in Schöneberg:** Drei schwule Männer sitzen im Oberdeck, mit ihnen eine Gruppe von 6 jungen Männern und 2 Frauen. Als einer der Betroffenen seinem Freund den Arm umlegte, werden sie als Schwule erkannt und mit Sprüchen provoziert. Die Betroffenen lassen sich darauf nicht ein. Als sie wenig später zum Ausgang gehen, werden sie zuerst als „Schwulis“ beleidigt, dann wird auf sie gespuckt. Zwei junge Männer treten dann gezielt auf Kopf und Körper der beiden schwulen Männer ein.

<sup>87</sup> Toprak, S. 98, 2005b

<sup>88</sup> Toprak, S. 126, 2005b

<sup>89</sup> Nach einer Geschichte aus dem Hadis beschwerte sich eine Frau bei Mohammed darüber, dass ihr Ehemann sie nicht befriedigt hätte und der Prophet erklärte ihr, dass dies ein Scheidungsgrund sei.

Ein Tritt trifft einen der schwulen Männer so schwer, dass er mit lebensgefährlichen Rippenbrüchen im Krankenhaus behandelt werden muss. Die Täter entkommen, trotz vollbesetztem Bus, unerkant.

Weihnachten, 25.12.05, 02:30 Uhr, Eisenacherstraße in Schöneberg: Zwei schwule Männer befinden sich zu Fuß auf dem Weg zu einem Szenelokal. Vor dem Lokal werden sie aus einer Gruppe von 6-8 jungen Männern im Vorbeigehen angerempelt und mit schwulenfeindlichen Sprüchen beleidigt. Als sich einer der Betroffenen umdreht, wird ihm unvermittelt eine Gürtelschnalle ins Gesicht geschlagen.

In Folge des Angriffs erleidet der Geschädigte eine Kopfplatzwunde, eine Gesichtsprellung und ein blaues Auge. Beide Männer können in ein Lokal flüchten. Die Täter entkommen unerkant.

Die Betroffenen, die sich an eine Opferhilfeberatung wandten, berichteten, dass es sich bei den als Täter Beschuldigten um junge Männer mit Migrationshintergrund gehandelt habe. In dem zweiten geschilderten Fall waren die Beschuldigten in Begleitung junger Frauen, die zum Teil beruhigend auf die Beschuldigten einzureden versuchten, jedoch ohne Erfolg.

Im Jahr 2005 wurden etwa 180 Beleidigungen und Übergriffe gegen homosexuelle Männer in Berlin bekannt.<sup>90</sup> Viele schwulenfeindliche Übergriffe werden jedoch weder der Polizei noch dem Projekt, das sich mit dieser Thematik beschäftigt, gemeldet. Die Dunkelziffer wird von Polizei und Expert/innen als sehr hoch angesehen.<sup>91</sup>

Dies hat vor allem den Hintergrund, dass homophobe Gewalt und Übergriffe weiterhin keine besondere öffentliche Beachtung finden. Die GEW Berlin hat unlängst bestätigt, dass zum beliebtesten Schimpfwort an Berliner Schulen das Wort „schwule Sau“ gehört, ohne dass diese Tatsache zu einem öffentlichen Aufsehen geführt hätte.

Bei einer Befragung unter rund 4.000 schwulen, bisexuellen und lesbischen Jugendlichen in NRW<sup>92</sup> wurde deutlich, dass homophobe Beschimpfungen und Beleidigungen von vielen der Befragten nicht als diskriminierend, sondern als „normal“ wahrgenommen werden.

Homophobie steht für eine unbegründete, übersteigerte – eventuell sogar auch krankhafte – Angst vor bzw. Aversion und oder Feindseligkeit gegenüber Homosexualität und Homosexuellen. Zum Personenkreis der Beschuldigten und Täter, die vornehmlich schwule Männer beleidigen und angreifen, gehören in erster Linie männliche Jugendliche und junge Erwachsene, eben auch junge Männer mit Migrationshintergrund. Polizeiliche Erkenntnisse über die Täter aufgrund von Strafanzeigen decken sich mit den Erkenntnissen, die Beratungsstellen vorliegen: Männer werden, weil sie schwul sind oder für schwul gehalten werden, diskriminiert, angegriffen oder überfallen, unabhängig von ihrer Herkunft.

Während sich auf der einen Seite große politische und rechtliche Veränderungen vollzogen haben, um Diskriminierungen von Minderheiten auch auf Grundlage sexueller Orientierungen zu ächten und Gleichstellungsprozesse voran zu bringen, gilt jedoch weiterhin für viele, nach wie vor auch für junge Homosexuelle, sich aus Angst vor Übergriffen oder Benachteiligungen in der Öffentlichkeit eher nicht bzw. nur an für sie vermeintlich „sicheren Orten“ erkennen zu geben. Allerdings kann im Zusammenhang von Diskriminierungen nicht von „No - go“ - Areas gesprochen werden. Denn Übergriffe finden oft dort statt, wo sich Szenetreffpunkte befinden, eben in Friedrichshain - Kreuzberg, Wilmersdorf - Charlottenburg, Mitte, Pankow (Prenzlauer Berg) und vor allem in Tempelhof – Schöneberg.

<sup>90</sup> MANEO - Jahresberichte: [www.maneo.de](http://www.maneo.de)

<sup>91</sup> MANEO - Pressemitteilung vom 22.08.05: Berichtet wird über Arbeitsergebnisse eines regelmäßig tagenden Rundes Tisches zwischen MANEO, schwulen Geschäftsbetreibern und der Polizei zur Sicherheitssituation im Kiez Rund um den Nollendorfplatz. [www.maneo.de](http://www.maneo.de)

<sup>92</sup> Lambda NRW (2005): Lambda will's wissen. Befragung zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen und bisexuellen Jugendlichen in NRW. Aachen: Jugendnetzwerk Lambda NRW. Siehe auch Pressemeldung von: Grüne Jugend NRW, vom 03.11.05, [www.gruene-jugend-nrw.de](http://www.gruene-jugend-nrw.de).

Homosexuelle fühlen sich an ihren Treffpunkten sicher und geben sich auch eher zu erkennen, so dass sie angreifbar werden.

Nicht der konkrete Ort bedingt die homophobe Tat, sondern die Struktur der Täter. Übergriffe gegen Lesben und Schwule können daher in allen Stadtgebieten auftreten. Die Strategie des „Doppel-Lebens“, die in vielen gesellschaftlichen Teilbereichen nicht mehr notwendig war, erfährt dort eine Renaissance, wo sich Menschen als Homosexuelle nicht mehr zeigen können.

Personen, die sich in der Öffentlichkeit als Homosexuelle zeigen – sei es, dass er seinen Freund in den Arm nehmen will, sei es, dass sie mit ihrer Freundin Hand - in - Hand auf der Straße spazieren gehen möchte – berichten regelmäßig von erlebten Beleidigungen und Übergriffen, insbesondere in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Migranten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass viele Szenetreffpunkte sich in Stadtteilen etabliert haben, in denen sie historisch gewachsen sind, mit einer teils über 100-jährigen Geschichte, in denen mittlerweile auch ein hoher Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund wohnt, eben in Kreuzberg und Schöneberg.

Während seit Jahren Übergriffe mit zum Teil erheblichen körperlichen Verletzungen gegen Schwule stattfinden, hat jedoch erst der Fall „Café - PositHIV“ im Jahr 2003 auch innerhalb der homosexuellen Community zu erkennbaren Einstellungsänderungen geführt<sup>93</sup>. Das Café PositHIV hatte nach mehreren Jahren ständiger Schikanen und Angriffe durch Kinder und Jugendliche aus der Nachbarschaft, insbesondere mit arabischer Herkunft, seine Tätigkeit als Anlaufstelle für HIV - Infizierte und Aidskranke in der Alvenslebener Straße in Schöneberg aufgegeben<sup>94</sup> und seinen neuen Standort am Nollendorfplatz gesucht.

Besonders schwierig wird die Situation für Homosexuelle, die sich einerseits an den erzielten Erzungenschaften eines demokratischen, selbstbestimmten Lebens in unserer deutschen Gesellschaft orientieren wollen, andererseits durch familiäre Abhängigkeiten in tradierten, konservativ - patriarchalen Rollenvorstellungen festgehalten werden. Davon betroffen sind vor allem auch Menschen mit Migrationshintergrund. Folge ist, dass gerade in konservativ - patriarchal geprägten Familien mit Migrationshintergrund Homosexualität nicht nur abgelehnt, sondern Betroffene sowohl Ausschluss aus dem Familienverband als auch Verfolgung verbunden mit Gefahr für Leib und Leben erleben. Viele homosexuelle Migranten führen deshalb ein „Doppelleben“, einerseits um von den Freiheiten zu profitieren, die es hierzulande einem Homosexuellen gestatten, gleichgeschlechtliche Beziehungen zu gestalten und andererseits um den Erwartungen der Herkunftsfamilie zu entsprechen: Sie heiraten, zeugen Kinder – auch für den Preis, durch die seelischen Belastungen selbst dauerhaften psychischen und körperlichen Schaden zu erleiden.

Wie ausgeführt, lernen Männer in traditionellen Familien über andere Familienmitglieder zu bestimmen.<sup>95</sup> Das Selbstverständnis vom Mann erlaubt ihm dabei die Anwendung von Gewalt gegenüber seiner Frau und seinen Kindern (und gegebenenfalls auch gegenüber anderen Männern inner- und außerhalb der Familie). Dazu können Beschimpfungen, Beleidigungen, Ohrfeigen, Faustschläge und sexuelle Erniedrigung gehören. Was sowohl nach deutschem als auch nach türkischem<sup>96</sup> Recht inzwischen als Vergewaltigung in der Ehe anzusehen ist, geht mit traditionellen Wertvorstellungen nicht konform. Es besteht hier ebenso wie bei weiteren Formen der Gewaltanwendung kein Unrechtsbewusstsein. „Geht es beispielsweise um die Erhaltung der Ehre..., ist die Anwendung von Gewalt, bis zum Mord, in einigen Submilieus legitim. Die Menschenrechte und die Unversehrtheit des Individuums werden den eigenen Normen und Werten untergeordnet, weil nicht das Individuum im Mittelpunkt der Interaktionen steht, sondern je nach Kontext die Familie, die Gemeinschaft oder die Community.“<sup>97</sup> Die Verwurzelung in traditionellem Denken und Handeln ist zum Teil so tief, dass sie der Einhaltung von Recht und Gesetz widersteht. Im Gegenteil, es wird Etwas getan, was getan werden muss. Es zu unterlassen, wäre Unrecht.

<sup>93</sup> Siehe: taz – die tageszeitung, vom 08.11.03: „Was guckst du? Bist du schwul?“

<sup>94</sup> Siehe: Der Tagesspiegel, vom 29.09.03: „Denn sie wissen nicht, was sie tun sollen“. Berliner Zeitung, vom 18.03.04: „Vertreibung aus dem Kiez“

<sup>95</sup> „Wenn du als Mann nicht das Sagen hast, dann bist du doch kein Mann.“ Toprak, Seite 141, 2005b

<sup>96</sup> Gesicherte Erkenntnisse darüber, wie und ob Vergewaltigung in der Ehe in den 22 arabischen Ländern sanktioniert wird, konnten nicht gewonnen werden.

<sup>97</sup> Toprak, Seite 168, 2005b

Dass ein Mädchen oder eine Frau sich traditionellen Rollenerwartungen entsprechend verhält, ist eher dann zu erwarten, wenn es oder sie aus ländlichen Gebieten der Türkei kommt und die als negativ bewerteten Einflüsse der Einwanderungsgesellschaft (z.B. auf ihr Verhalten, ihre Einstellungen etc.) noch nicht wirken konnten. Bei der Aufrechterhaltung der traditionellen Rollenaufteilung spielen deshalb arrangierte Ehen, Zwangsverheiratungen und „Importbräute“ eine entscheidende Rolle<sup>98</sup>.

Darüber hinaus scheint es sich für Jungen auch negativ auszuwirken, wenn sie ohne verlässliche, männliche Bezugspersonen aufwachsen. Auch wenn sich der Vater im Zuge der Pubertät vermehrt um die Erziehung von Söhnen kümmert, beschränkt sich seine Rolle im Wesentlichen darauf, den Söhnen die traditionelle Geschlechterrolle zu vermitteln (Familienoberhaupt, Bestimmer, Ernährer).

Auch in diesem Zusammenhang tritt der Vater dem Sohn als (nicht in Frage zu stellende) Respekts- und Autoritätsperson gegenüber und nicht als Person des Vertrauens. Er ist anwesend und abwesend zugleich. Insgesamt werden Jungen vorwiegend von Müttern, Schwestern, Kindergartenerzieherinnen und Lehrerinnen erzogen, d.h. von einer Vielzahl weiblicher Personen, von denen sie sich auf der Suche nach männlicher Identität abgrenzen müssen. Ihnen fehlt oftmals die reale Begegnung und Auseinandersetzung mit erwachsenen Männern. Stattdessen begegnen sie ihnen eher als fiktive siegreiche Helden in den Medien. Noch seltener sind männliche Vorbilder, die Jungen einen gleichberechtigten und partnerschaftlichen Umgang mit anderen vermitteln könnten.

### **Bedeutung der Freundschaft**

Gute Freundschaft heißt, sich für den anderen, gegebenenfalls auch mit gewalttätigen Mitteln, einzusetzen. Vertrauen, ein zuverlässiger Umgang miteinander sowie bedingungslose Solidarität sind Selbstverständlichkeiten. Dem Freund wird oft ohne weitere Nachfragen Hilfe geleistet. Dies kann von großer Bedeutung sein wenn,

- die Mutter und andere weibliche Familienmitglieder beschimpft, beleidigt oder angeschaut werden,
- wenn die Männlichkeit, die Potenz angezweifelt wird oder
- wenn man als „schwul“ bezeichnet wird.

Geschieht dies, kommt es nicht selten zu Konflikten und gewalttätigen Auseinandersetzungen – vor allem mit männlichen Jugendlichen anderer ethnischer Herkunft –, die bis zu Massenschlägereien eskalieren können<sup>99</sup>. Jeder Freund hat weitere Freunde, die bereit sind, ihre freundschaftliche Solidarität unter Beweis zu stellen. Die Einstellungen zur Peer - Group stehen in enger Verbindung mit den in der eigenen Familien erfahrenen Erziehungspraktiken. Auch innerhalb der Peer - Group ist der Zusammenhalt oberstes Gebot. Individuelle Bedürfnisse, Vorstellungen und Meinungen sind denen der Gemeinschaft unterzuordnen. Gruppennormen haben unwidersprochen zu gelten.

### **Bedeutung der Rollenzuweisungen für delinquentes Verhalten von männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund**

Je traditioneller Jungen erzogen werden, je mehr also Stärke, Überlegenheit, Dominanz von ihnen erwartet werden, desto mehr Probleme bekommen sie, wenn sie entsprechenden Ansprüchen nicht genügen. Ihre männliche Identität ist in Frage gestellt. Dies stellt eine Bedrohung für ihr Selbstwertgefühl dar, löst Gefühle von Schwäche sowie Ängste aus und kann insgesamt eine tiefe Verunsicherung zur Folge haben.

---

<sup>98</sup> Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass es auch Frauen gibt, die in ihrer orientalischen Heimat in zum Teil weit fortschrittlicheren Lebensumständen aufgewachsen sind, als wie sie ihnen dann in Deutschland begegnen.

<sup>99</sup> Toprak, S. 54, 2001

Haben Jungen gelernt, Schwäche und Angst als unmännlich abzuwehren und eigene Entscheidungen nicht in Frage zu stellen, können sie weder eine Auseinandersetzung mit sich selbst führen noch mit anderen über ihre Verunsicherung sprechen. Jungen werden die Ursachen für ihre Schwierigkeiten ausschließlich außerhalb von sich selbst suchen und andere für diese verantwortlich machen.

In diesem Zusammenhang spielt der Migrationshintergrund eine wichtige Rolle: Reale Diskriminierungen, Fremd- und Selbststigmatisierungen bieten die Möglichkeit, von eigenen Problemen und Schwierigkeiten abzulenken. Halt finden Jungen mit Migrationshintergrund dann möglicherweise bei denen, denen es ähnlich geht wie ihnen selbst, die sich ebenso missachtet fühlen wie sie und die sie darin unterstützen, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen und wegzubewegen<sup>100</sup>.

So fühlen sich von Schiffauer<sup>101</sup> befragte männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund vom Trainer ihrer Fußballmannschaft ungerecht behandelt. Sie führen dies darauf zurück, dass sie „Ausländer“ seien, schließen sich zusammen, grenzen sich von den „Deutschen“ ab, bezeichnen sich selbst als „Ausländer“ und beginnen in unterschiedlichen Formen zu provozieren. Der Trainer reagiert darauf mit für die Durchsetzung seiner Autorität vermeintlich notwendigen, in diesem Fall jedoch kontraproduktiven Maßnahmen. Schiffauer spricht von einem „Teufelskreis deutscher Insensibilität, pubertärer Empfindlichkeit, Rückzug aus der Gruppe, Aufbau einer eigenen sozialen Wirklichkeit, Provokation und wiederum Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit.“<sup>102</sup>

Das gleiche Bild zeichnet sich bei Weber / Gosch ab<sup>103</sup>, wenn einer der interviewten Bandenmitglieder erklärt: „Ihr sagt zu uns Scheißtürken, so, dann machen wir jetzt auch Scheiße. Zieh mal deine Jacke aus. So hat das angefangen.“

Auch in der Schule lässt sich der von Schiffauer beschriebene Teufelskreis immer wieder finden. Turgay fällt es aufgrund nicht ausreichender Deutschkenntnisse viel schwerer als anderen Kindern seiner Klasse dem Unterricht zu folgen. Er reagiert darauf mit Rückzug vom Unterrichtsgeschehen, arbeitet nicht mit, lenkt sich selbst und andere ab, stört, beleidigt andere Schüler/innen und die Lehrerin. Er ist der Meinung: „Ausländer haben hier sowieso keine Chance.“ Bei Ermahnungen wegen seines Verhaltens anderen gegenüber sagt er: „Das machen Sie doch nur, weil Sie Türken nicht leiden können.“ „Marian sagen Sie nichts. Klar, das ist ja auch `nen Deutscher.“ Aus Sicht der Erwachsenen verhält Turgay sich auffällig, gleichzeitig wird seine Not, den gestellten Anforderungen zu genügen, nicht gesehen. Dadurch findet er kaum Verständnis für sein Verhalten, was seine Probleme noch verstärkt.

Im Umgang mit schulischem Versagen verfügen viele männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund über keine angemessenen Strategien, um mit den damit verbundenen Kränkungen umzugehen. Sie erleben darüber hinaus, dass Mädchen in der Schule in der Regel bessere Leistungen erbringen als sie. Für Jungen kann dies eine zusätzliche Kränkung darstellen. Je größer das Gefühl des Versagens ist, desto mehr Frustrationen erleben sie. Da Jungen eher lernen, auf Kränkung und Frustration externalisierend zu reagieren, kann dies zu gewalttätigen Handlungen führen.

### **Gewalt und Selbstwirksamkeit**

Männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund befinden sich zu einem nicht unerheblichen Teil in einer prekären Lebenssituation. Stellt schon das Leben zwischen den verschiedenen Kulturen in bisweilen schwierigen, konflikträchtigen und zum Teil gewaltförmigen familiären Verhältnissen enorme Anforderungen an die Entwicklung einer eigenen stabilen Identität, ist dieser Prozess über die Erfahrungen des Versagens in der Schule hinaus durch negative Erwartungen bezüglich der Teilhabe am Ausbildungs- und am Arbeitsmarkt mit der Folge erwarteter unsicherer Zukunftsperspektiven zusätzlich enormen Belastungen ausgesetzt.

<sup>100</sup> Siehe Aslan, Seite 8, 2004

<sup>101</sup> Schiffauer Seite 47, 2002

<sup>102</sup> Schiffauer Seite 48, 2002

<sup>103</sup> Weber / Gosch Seite 21, 2005

Dies sowie Diskriminierungserfahrungen und Fremd- bzw. Selbststigmatisierungsprozesse führen nicht selten zu der Selbstwahrnehmung, von der Gesellschaft abgelehnt, nicht respektiert und ausgesondert zu werden. Unter diesen Bedingungen können Gefühle von Resignation und Wut, von Ohnmacht und Schwäche, von Wertlosigkeit und Versagensangst bedeutsam werden, mit denen umzugehen gerade für männliche Jugendliche, die sich an traditionellen Vorstellungen von Männlichkeit orientieren, äußerst schwierig ist. Positive Selbstwirksamkeitserfahrungen sind dann kaum noch zu realisieren.

Wenn sich Jugendliche jedoch den an sie z.B. in der Schule gestellten Anforderungen einfach verweigern, vor allem aber, wenn sie Gewalt ausüben – meistens gegen männliche Jugendliche anderer ethnischer Herkunft, gegen Lehrkräfte als Vertreter/innen der Institution Schule oder auch wie unlängst in den französischen Vorstädten gegen den Staat insgesamt –, gibt ihnen dies das Gefühl, Dinge selbst in die Hand nehmen zu können und sich selbst als mächtig – auch im ursprünglichen Sinne des Machens – zu erleben. Plötzlich wird ein bislang unbekanntes Gefühl von Selbstwirksamkeit erlebt und auch die Erfahrung gemacht, sich selbst durch eigenes Handeln Respekt und Beachtung verschaffen zu können. Dass diese Selbstwirksamkeit und der Respekt auf Kosten und zum Schaden anderer und letztlich auch der eigenen Person realisiert wird, wird nicht wahrgenommen. Vollziehen sich solche Prozesse in Cliques, die für männliche Jugendliche als Sozialisationsinstanz eine wichtige Bedeutung haben, können jene durch die Dynamik der Gruppen noch zusätzlich intensiviert werden.

Hinzu kommt, dass diese Selbstwirksamkeitserfahrungen beliebig wiederholbar zu sein scheinen, ohne dass dafür besondere Anstrengungen erforderlich sind. Es müssen nur die richtigen Opfer gefunden werden.

Die Anwendung von Gewalt und die damit für die Täter verbundenen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit werden zur Motivation für weitere Anwendung von Gewalt. Gewalt macht so für manche Jugendliche „Sinn“: Gefühle von Ohnmacht, Minderwertigkeit, Schwäche, Bedeutungslosigkeit, von Versagen, das Gefühl, den Erwartungen an einen „richtigen Mann“ nicht gerecht werden zu können, werden im Handumdrehen eliminiert. Die Selbstwahrnehmung ist plötzlich geprägt von Erfolg, Stärke, Macht, Respekt vor der eigenen Person, Anerkennung in der Clique und Respektbezeugungen anderer: Man(n) ist wieder wer.<sup>104</sup>

„Männliche Gewalt erscheint hier als kompensatorisches Handeln, als Mittel der Problembewältigung: als Reaktion auf Frustration, auf Versagensängste, auf Zurückweisung, auf Minderwertigkeitsgefühle, auf einen Mangel an Anerkennung; auch als Mittel zur Kompensation von Unsicherheiten in der Interaktion mit Mädchen. Über Gewalt wird (vermeintliche) Stärke demonstriert, Gewalt ist eine angstreduzierende Abwehrstrategie“<sup>105</sup>.

Männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen unabhängig von diesen Kompensationsleistungen zwischen den kulturellen Widersprüchen, der Individualisierungstendenz und der divergierenden Vielfalt von Wertvorstellungen und Lebensweisen eine stabile Geschlechtsidentität finden. Die öffentliche Thematisierung von Sexualität und die Erotisierung der öffentlichen Darstellung von Weiblichkeit erschweren diesen Prozess zusätzlich.

Ihre Selbstkonzepte sind – wie bei allen jungen Menschen – überwiegend durch die Vorbilder der Elterngeneration geprägt. In der Realität ihrer Familien stimmen jedoch ökonomische Potenz und der Führungsanspruch der männlichen Familienmitglieder nicht mehr überein. Denn durch Erwerbslosigkeit verlieren die Männer oftmals die Fähigkeit, eine Familie zu ernähren, wie dies ihrer tradierten Rolle entspricht. Zunehmend wird das Vater - Sohn - Verhältnis durch die Überlegenheit der Kinder, sich in der deutschen Umwelt zurecht zu finden, und in der Folge durch Autoritätsverlust der Älteren gekennzeichnet.

<sup>104</sup> Vgl. hierzu: Ferdinand Sutterlüty, „Dynamik der Gewalt“ in DIE ZEIT vom 06.04.2006 Nr. 15 und derselbe 2002

<sup>105</sup> Heiliger / Permien 1995, zitiert nach Meuser, 2006, S. 17



Vor diesem Hintergrund wird die Entwicklung einer stabilen Geschlechtsrollenidentität zu einer schwer zu bewältigenden Anforderung für männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund. Eine wachsende Zahl von ihnen nimmt die Zukunft und die eigene Rolle als Mann problematisch wahr. Bereits die damit verbundene existentielle Unsicherheit muss als Risikofaktor für eine deviante Entwicklung gesehen werden, die zu Gewalt führen kann. Die Jugendlichen, für deren in vielerlei Hinsicht prekäre Lebenssituation weder ihre Familien noch die Mehrheitsgesellschaft in ausreichendem Maße Verständnis aufbringen und die von diesen auch nicht mit dem notwendigen Maß an Unterstützung, Zuwendung und Anerkennung begleitet werden, orientieren sich mangels anderer Möglichkeiten an gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und entsprechenden Cliquen von Gleichaltrigen, um einen Rest an Selbstachtung und Anerkennung durch andere zu gewährleisten.

## Sport

Im Jahr 2005 erfasste das statistische Landesamt 20.736 Migrant/innen als Mitglieder in Sportvereinen, darunter etwa 13.890 Kinder und Jugendliche. Die tatsächlichen Zahlen von Mitgliedern mit Migrationshintergrund dürften weitaus höher liegen, da viele Sportvereine in ihrer Mitgliederstatistik keine Unterscheidung mehr zwischen Deutschen und Migrant/innen vornehmen.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind überwiegend in den Sportarten Fußball, Basketball sowie in den Kampfsportarten anzutreffen. In vielen Jugendmannschaften stellen Migranten die Mehrheit.

Neben Elternhaus, Kindertagesstätte und Schule sind Sportvereine und Jugendprojekte des Sports wichtige Institutionen, in denen Einstellungen und Verhalten von Kindern und Jugendlichen mit geprägt werden. Durch Sport können Schlüsselqualifikationen und soziale Kompetenzen wie z. B. Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft, Konfliktfähigkeit, Verantwortung und Kooperationsfähigkeit erworben werden. Sport kann so zu einer positiven Persönlichkeitsentwicklung beitragen und auch Integrationsleistungen erbringen. So gibt es inzwischen Sportvereine und sportorientierte Jugendprojekte mit einem hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft, die neben dem Sportangebot auch Hausaufgabenhilfe sowie Unterstützung bei schulischen Problemen bzw. der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz organisieren.

Grundsätzlich allerdings gestaltet sich die Integration von verhaltensauffälligen Jugendlichen in Sportvereine eher schwierig. Die Vereine und deren ehrenamtliche Übungsleiter, von denen noch zu wenige über einen Migrationshintergrund und die Fähigkeit zur Reflektion der eigenen Vorstellungen von Männlichkeit verfügen, sind darüber hinaus oft ebenso wie Schiedsrichter überfordert, wenn es zu Gewaltausbrüchen auf den Plätzen oder am Spielfeldrand kommt.

Trotzdem können die integrativen und auch gewaltpräventiven Möglichkeiten des Sports selbst dann nicht generell und grundsätzlich in Zweifel gezogen werden, wenn Gewalt im Sport offensichtlich nicht nur eine Ausnahmerecheinung ist, wie zum Beispiel die Fernsehbilder des Fußballspiels zwischen der Türkei und der Schweiz, die Zeitungsberichte über ein Basketballspiel zwischen Berlin und Bamberg und die vielen Abbrüche von Fußballspielen in den unteren Ligen Berlins in den letzten Jahren gezeigt haben. Ob sich allerdings die gewaltpräventiven Potentiale des Sports quasi von selbst und ohne weiteres Zutun entfalten, darf bezweifelt werden.

Gerade vor dem Hintergrund, dass männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund auf Grund ihrer prekären Lebenssituation und ihres Verständnisses von Männlichkeit ihren Körper oftmals als die letzte ihnen verbleibende Ressource wahrnehmen, über die sie noch selbst verfügen und durch deren Einsatz sie – mitunter auch zum Schaden Anderer – Selbstwirksamkeit erfahren können, haben das Trainieren des Körpers, der sportliche Wettkampf unter „Männern“ mit all seinen Ritualen, Sieg und Niederlage und das gegenseitige Messen von Leistungen für diese Jugendlichen eine herausgehobene Bedeutung<sup>106</sup>.

---

<sup>106</sup> Vgl. Meuser 2006

Dass diese auch darin besteht, das eigene Selbstwertgefühl zu stärken und die Voraussetzungen für die Anerkennung der eigenen Person durch andere zu erweitern, ist selbstverständlich und angemessen. Dass sie jedoch auch darin bestehen kann, den eigenen Körper für die alltäglichen Auseinandersetzungen im „Kampf“ um Respekt, Anerkennung und materielle Güter fit zu machen<sup>107</sup> und der Sport so möglicherweise gewaltlegitimierende Männlichkeitskonzepte vor allem im Zusammenhang mit den oben genannten Sportarten, die von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund bevorzugt ausgeübt werden und sich eher an einem traditionellen Bild von Männlichkeit orientieren, nicht nur transportiert, sondern sogar verfestigt, erscheint weniger selbstverständlich.

Den damit gegebenenfalls verbundenen negativen Konsequenzen im Hinblick auf gewalttätiges Handeln von männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund z.B. durch eine Ausweitung von Bewegungsangeboten entgegenzuwirken, bei denen es vor allem darum geht, den eigenen Körper wahrzunehmen und wertzuschätzen, anstatt ihn als „Leistungsmaschine“<sup>108</sup> zu missbrauchen, ist nicht nur eine Herausforderung für Vereine und sportorientierten Projekte, sondern auf Grund des großen Interesses von männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund am Sport auch eine Chance, die präventiven und prosozialen Wirkungen des Sports in diesem Zusammenhang tatsächlich zu entfalten.

## Die Rolle der Religion

In der Diskussion um die Frage der Ursachen von Gewalt bei jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund wird immer wieder auch die Frage gestellt, inwieweit religiöse Orientierungen in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. Zunächst einmal kann davon ausgegangen werden, dass Religion in den Communities der Zuwander/innen eine wichtige Rolle spielt. Gelegentlich dient sie weitaus mehr als im Heimatland als identitätsbildende Stütze und Orientierung in einem fremden und oft als feindlich empfundenen Lebensumfeld. Dies gilt in Berlin auf Grund der Herkunft der meisten Zuwander/innen vor allem für den Islam – in Berlin lebten 2003 210.645 Muslime<sup>109</sup> –, der – wie andere Religionen auch – keine einheitliche Glaubensgemeinschaft darstellt, sondern vielfältige Differenzierungen aufweist, deren Darstellung im Einzelnen hier weder zu leisten noch notwendig ist.

Seit dem 11. September und vor dem Hintergrund weltweiter Gewalt- und Terrorakte, die von Muslimen unter Berufung auf den Islam ausgeübt wurden, findet in der Mehrheitsgesellschaft jedoch in zunehmendem Maße ein Prozess statt, der dazu führt, dass notwendige Differenzierungen und eine unvoreingenommene Sicht auf den Islam zugunsten einer ängstlichen und feindlichen Haltung ihm gegenüber abnehmen. Die notwendige Unterscheidung zwischen Islam, Islamismus und islamistischem Terrorismus findet immer weniger Berücksichtigung<sup>110, 111</sup>.

---

<sup>107</sup> Dies könnte erklären, warum gerade auch die Kampfsportarten für männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund so attraktiv sind.

<sup>108</sup> Vgl. hierzu Aslan 2006, Seite 140 und 142

<sup>109</sup> Zum Vergleich: 2003 lebten in Berlin 307.062 Katholiken und 756.866 Protestanten. Statistisches Jahrbuch 2004 des Statistischen Landesamtes Berlin

<sup>110</sup> „Im Gegensatz zur Religion des Islam handelt es sich beim Islamismus – manchmal auch ‚politischer Islam‘, ‚islamischer Fundamentalismus‘... genannt – um eine politische Ideologie der Neuzeit. Islamismus steht für den Versuch politischer Bewegungen des 20. Jahrhunderts, den Islam zu ideologisieren und eine islamistische Herrschaftsordnung zu errichten.

Der Islamismus ist ein vorrangig politisches Phänomen, das sich allerdings in religiösen Kategorien artikuliert. Dies bedeutet, dass sich Islamisten für das Ziel der Machterlangung der Religion bedienen...Wichtig ist eine präzise Abgrenzung der Begriffe Islam, Islamismus und islamistischer Terrorismus.

1. Der Islam ist eine im 7. Jahrhundert entstandene Religion, der heute mehr als eine Milliarde Muslime angehören.

2. Der Islam ist nicht gleichzusetzen mit dem Islamismus, einer neuzeitlichen politischen Ideologie.

3. Da zudem bei weitem nicht alle Islamisten gewaltbereit sind, muss darüber hinaus zwischen Islamismus und islamistischem Terrorismus unterschieden werden.“ Islamismus, Senatsverwaltung für Inneres – Abteilung Verfassungsschutz, 2005, Seite 6 f

<sup>111</sup> Die Prägung und Nutzung des Begriffes „Islamismus“, der sich direkt aus dem Wort „Islam“ – es ist arabischer Herkunft und bedeutet soviel wie „Friedenssuche, Reinheit, Hingabe und Errettung“ ( [www.moslem.at](http://www.moslem.at) ) –

Dies bleibt nicht ohne Folgen für die in Berlin lebenden Muslime, die vermehrt den Eindruck gewinnen müssen, dass ihre Religion – unabhängig davon, wie sie sie selbst verstehen und leben – insgesamt diskreditiert wird und ihre identitätsbildende und orientierende Funktion aus dem Blick gerät. Islamfeindliche oder islamophobe Haltungen der Mehrheitsgesellschaft bergen die Gefahr weiterer pauschaler Diskriminierung von muslimischen Zuwander/innen und ihren Kindern auf einer existenziellen, weil religiösen Ebene und können deren Rückzug in ihre Communities ebenso verstärken, wie zu einer stärkeren Rückbesinnung auf religiöse Werte und Normen führen. Die andauernden Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, die zunehmend als Konflikte zwischen westlicher und islamischer Kultur interpretiert werden, mögen diese Tendenzen begünstigen.

Auf die oben gestellte Frage, in wieweit religiöse Orientierungen für das Gewalthandeln von muslimischen Jugendlichen eine Rolle spielen, gibt es nicht nur vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen und der Differenzierungen innerhalb des Islam, sondern auch unter entwicklungspsychologischen Gesichtspunkten keine einfachen Antworten. Religiosität junger Menschen bildet sich im Laufe ihres Erwachsenwerdens erst heraus und es ist schwer zu beurteilen, ob bei Gewalthandlungen, selbst dann, wenn sie – was mitunter vorkommt – nach außen religiös motiviert zu sein scheinen, religiöse Überzeugungen tatsächlich als Motiv für entsprechende Handlungen identifiziert werden können. Dies mag zwar in Einzelfällen der Fall sein, wichtiger in diesem Zusammenhang scheinen jedoch gewaltlegitimierende Männlichkeitsvorstellungen<sup>112, 113</sup>, Dynamiken in gewaltförmigen Auseinandersetzungen<sup>114</sup> zwischen Jugendlichen und der damit verbundenen Selbstwirksamkeitserfahrung<sup>115</sup>, Desintegrationsprozesse, Gewalterfahrungen in der Familie sowie andere jugendtypische und mit Migrationserfahrungen zusammenhängende Ursachen von Delinquenz zu sein.

### **Schutz und Orientierungsfunktion**

Religiosität kann aus der Perspektive der Gläubigen auch als eine Ressource betrachtet werden. Diese Schutz- und Orientierungsfunktion hatte der Islam insbesondere im Leben vieler türkischer Migrant/innen der ersten Generation. Beispielsweise stellt die Studie von Karakasoglu - Aydin<sup>116</sup> heraus, dass Religiosität nicht unbedingt ein Hemmnis der Integration sein muss, sondern auch von der zweiten Generation der Migrant/innen als eine Ressource genutzt werden kann, die sie in den Eingliederungsprozess einbringen wollen (Für die neuere Forschung zu der Frage der Religion als Ressource, siehe exemplarisch King & Furrow<sup>117</sup>). Jedoch sind hier folgende Differenzierungen vonnöten: Eine starke religiöse Erziehung, die zugleich mit Berufung auf ein religiöses Familien- und Erziehungsbild demokratische Strukturen als Auflösungserscheinung betrachtet, kann zu einem Integrationshindernis werden, wenn gleichzeitig Eltern aus der Sorge vor negativen sozialisatorischen Konsequenzen heraus die Kinder z.B. nicht am Kindergarten, nicht an der Vorschule, an deutscher Spielumgebung für ihre Kinder teilnehmen lassen, weil sie bei zu vielen und zu frühen Kontakten mit deutscher Umgebung eine kulturelle Entfremdung befürchten. Diese Furcht scheint in solchen Kontexten noch größer zu sein, wo Eltern auch tatsächlich nur wenige Möglichkeiten haben, ihr Kind effektiv zu kontrollieren.

---

herleitet und im Allgemeinen negative Assoziationen hervorruft, kann von Muslimen bereits als Diskriminierung empfunden werden.

<sup>112</sup> Vgl. Anhang, Seite 127 ff

<sup>113</sup> Dass es Zusammenhänge zwischen gewaltlegitimierenden Männlichkeitsvorstellungen und dem Islam gibt, lässt sich kaum von der Hand weisen, ob diese jedoch ursächlich miteinander verbunden sind, darf bezweifelt werden. Es hat vielmehr den Anschein, dass sich patriarchalische Vorstellungen des Verhältnisses von Mann und Frau und der Rolle des Mannes mit allen sich daraus ergebenden Folgen zu unterschiedlichen Zeitpunkten in unterschiedlichem Maße in vielen Weltreligionen wiederfinden oder doch zumindest von diesen genutzt wurden, um eben diese patriarchalen Verhältnisse zu zementieren.

<sup>114</sup> Vgl. Seite 47 f

<sup>115</sup> Selbstwirksamkeitserfahrungen und Gewalt, Seite 47 f

<sup>116</sup> Karakasoglu - Aydin 2000

<sup>117</sup> King & Furrow 2004

Zwar zeigen religionspsychologische Studien, dass Religiosität das Selbstwertgefühl zu heben vermag, insbesondere, wenn der Einzelne sich als bedingungslos geliebt, geschützt und in Gottes Hand aufgehoben fühlt<sup>118</sup>, aber zugleich ist auch darauf hinzuweisen, dass eine angstbesetzte religiöse Sozialisation, bei der Gott in erster Linie als eine strafende Instanz auftritt, bei sensiblen Personen auch zu einem Bruch mit der Religion führen kann<sup>119</sup>, neurotische Entwicklungen (Schuldgefühle) auszulösen vermag, also zu keiner Festigung der religiösen Identität führt, sondern eher entwicklungspsychologisch kontraproduktive Effekte erzeugt.

Heitmeyer und seine Mitarbeiter/innen kommen in ihrer im Jahr 1997 veröffentlichten – stark umstrittenen – Studie „Verlockender Fundamentalismus“<sup>120</sup> zwar zu dem Ergebnis, dass es bei den von ihnen untersuchten türkischen Jugendlichen in Deutschland „ein erhebliches Ausmaß an islamzentriertem Überlegenheitsanspruch und religiös fundierter Gewaltbereitschaft“ gibt. Sie führen dies jedoch im Wesentlichen – abgesehen von der Betonung einer auf Abgrenzung ausgerichteten national und religiös begründeten Identität als eine Ursache – auf die bereits oben genannten Faktoren zurück.

Karin Brettfeld und Peter Wetzels (2003)<sup>121</sup> haben in einer kriminologischen Analyse zur Alltagsrelevanz von Religion und den Zusammenhängen mit Gewalt einen Datensatz ausgewertet, der auf repräsentativen Befragungen von 14- bis 17-jährigen Schülerinnen und Schülern beruht, die vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen in vier Großstädten und einem Landkreis durchgeführt wurden.<sup>122</sup>

Die Analyse von Brettfeld und Wetzels zeigt insgesamt, „dass muslimische Jugendliche sowohl auf der Einstellungs- als auf der Verhaltensebene eine deutlich stärkere Neigung zu Gewalt erkennen lassen“<sup>123</sup>. Als wesentliche Ursachen hierfür benennen auch sie soziale Desintegration, mangelnde Bildungserfolge, fehlende Zukunftsperspektiven, das elterliche Erziehungsverhalten, die familiären Sozialisationserfahrungen und die Ausprägung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen. Allerdings kommen sie auch zu dem Ergebnis, dass starke religiöse Bindungen, die auch als Schutzfaktor in Bezug auf Gewaltbereitschaft und gewalttätiges Handeln wirken können, dies bei muslimischen Jugendlichen auf der Einstellungsebene überhaupt nicht und auf der Verhaltensebene nur schwach tun.

In diesem Zusammenhang ist dennoch festzuhalten, dass die Moscheegemeinden ebenso wie die christlichen Kirchen und die ihnen häufig angeschlossenen Kulturzentren zunehmend eine wichtige soziale Funktion unter den Gläubigen erfüllen. Sie führen Beratung durch, organisieren Vorträge zu aktuellen Themen (z.B. zu Gewalt, Rolle der Frau, Kopftuch und Islam, Erziehung, Diskriminierung), einige organisieren Sprach- und Computerkurse (auch in Kooperation mit der örtlichen Volkshochschule), Hausaufgabenhilfe oder Jugendsportgruppen. Auch die Kooperation mit der Polizei nimmt zu<sup>124</sup>. Das heißt, über die Religiosität gelingt es vielen Moscheegemeinden, Jugendliche anzusprechen und sie in die Gemeinschaft zu integrieren. Die damit verbundene präventive Wirkung gegenüber Gewalt sollte nicht unterschätzt werden.<sup>125</sup>

---

<sup>118</sup> Grom 1992

<sup>119</sup> Oser & Reich 1992

<sup>120</sup> Es handelt sich um die Ergebnisse einer standardisierten schriftlichen Befragung von 1.221 Jugendlichen türkischer Herkunft im Alter von 15 bis 21 Jahren, die 1995 an 63 allgemein- und berufsbildenden Schulen in Nordrhein - Westfalen durchgeführt wurde.

<sup>121</sup> Brettfeld / Wetzels 2003

<sup>122</sup> Befragt wurden Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe und des Berufsvorbereitenden Jahres in den Städten Hamburg, Hannover, München und Leipzig sowie Jugendliche im Landkreis Friesland. Die Gesamtstichprobe bestand aus 11.819 Jugendlichen, von denen 7,4% angegeben haben, dem Islam anzugehören.

<sup>123</sup> Brettfeld / Wetzels 2003, Seite 306

<sup>124</sup> vgl. hierzu z.B. das Modellprojekt TiK (Transfer interkultureller Kompetenz) [www.tik-iaf-berlin.de/](http://www.tik-iaf-berlin.de/)

<sup>125</sup> Diese Einschätzung der Aktivitäten von Moscheegemeinden und -vereinen ist nicht unumstritten. Ausschlaggebend hierfür könnten neben fundierter und begründeter Kritik in Einzelfällen sowohl mangelnde Transparenz einiger Gemeinden und Vereine als auch eine vorurteilsbelastete und wenig kenntnisreiche Sicht auf dieselben durch die Mehrheitsgesellschaft sein. Vgl. hierzu: Islamismus, Studienreihe „Im Fokus“, Senatsverwaltung für Inneres, Berlin 2005, Seite 65 ff

Insgesamt finden sich innerhalb der kriminologischen Forschung für eine Gleichsetzung einer starken islamischen religiösen Bindung mit Gewaltbereitschaft und -handeln keine empirischen Belege<sup>126</sup>.

Andere Arbeiten über die Praxis und Bedeutung der religiösen Orientierung junger Muslime zeigen<sup>127</sup>: Muslimische Jugendliche bekennen sich zum Teil sehr eindeutig zu ihrer Religion. Jedoch passen sie ihre religiöse Praxis differenziert, individuell und pragmatisch den eigenen Bedürfnissen und den säkularen äußeren Lebensumständen an. Auf diese Weise entwickeln die Jugendlichen erkennbar eigene, auch identitätsstiftende Kulturmuster. Ihr Muslim - Sein beruht auf Traditionsbewusstsein und auf einem Wertekanon, den der Einzelne für sich definiert und interpretiert. Zum Teil versuchen sie auf diesem Wege das Stigma des Ausländers zu relativieren. Manche benutzen – auch aus einem Gefühl der Ohnmacht und der Perspektivlosigkeit heraus – den Islam als Legitimation, Macht zu demonstrieren, diese gegenüber Schwächeren einzusetzen und die damit verbundenen Gefühle auszukosten<sup>128</sup>.

Hassan ist 19 Jahre alt, wach, hat manchmal viele Ideen, manchmal fühlt er sich aber leer und findet alles langweilig. Seine Eltern stammen aus Palästina, wurden in den Libanon vertrieben und im Bürgerkrieg sind sie nach Deutschland geflüchtet. Hassan hat 2 Brüder und 2 Schwestern. Nur ein Bruder ist jünger als er. Seine Brüder und er hätten früher „Blödsinn“ gemacht und deshalb hätten sie „Erfahrungen“ mit der Polizei und mit dem Gefängnis, wie er es ausdrückt.

Hassan ist Moslem. Das steht für ihn nicht zur Debatte. Er betet sogar manchmal. Ramadan ist Pflicht, und Hassan fastet gerne. Ich erinnere ihn daran, dass wir im letzten Ramadan zusammen essen gegangen sind.

„Ach ja, das stimmt“, sagt er. Das sei aber die Ausnahme gewesen, weil er an diesen Tagen nicht mehr gekonnt hätte.

Hassans älterer Bruder geht momentan mit seinem Vater regelmäßig in die Moschee, denn seine Freundin hat ihn verlassen und das kann er schwer ertragen. Er geht in die Moschee, weil er die Rituale dort als sehr beruhigend empfindet. Es hilft ihm, sich selber zu beherrschen, denn er will keinen „Blödsinn“ mehr wie früher machen. Er sieht in den islamischen Ritualen die einzige Möglichkeit, sich zu beschäftigen. Ach nein, im Boxen findet er auch Ruhe und Entspannung. Er geht oft boxen, da entlädt er seine Aggression. Das tut ihm gut.

Während wir ins Parkhaus eines Einkaufszentrums fahren, erzählt Hassan, dass er heute zum ersten Mal so auf diese ruhige Art zum Cafe fahre. Er sei früher nur mit anderen Jungs hier hingefahren, sie hätten aber immer „unter Druck“ gestanden und es sei „nicht entspannt“ gewesen wie jetzt. Sie hätten Anderes vor gehabt und darüber hinaus hätten sie und ein paar türkische Jugendliche dort immer wieder Stress mit einer Gruppe von deutschen Jugendlichen gehabt, von denen einer ihrer Meinung nach die ältere Schwester von Hassan und deren türkische Freundin beleidigt hatte. Mehr wollte Hassan dazu aber nicht sagen.

Im Cafe erzählt er, wie schrecklich es momentan zu Hause sei. Die Eltern setzten ihn unter Druck, dass er beten müsse und manchmal zur Moschee gehe.

Das gefällt ihm nicht. Die arabische Sprache versteht er sowieso fast gar nicht. Er hat sogar oft Probleme, seine Eltern zu verstehen. Denn sie sprechen nur arabisch und er kann nur deutsch.

„Aber Moslems müssen beten und zur Moschee gehen und du bist doch Moslem, oder?“ sage ich. Hassan antwortet: „Trotzdem habe ich keine Lust darauf.“

Er bestellt ein alkoholisches Getränk und meint, dass er gerne Alkohol auf Partys trinke.

„Steht das nicht im Widerspruch zu deinem Moslem - Dasein?“ frage ich.

„Jaaa, aber...“.

Er erzählt über einen Besuch in der Moschee am letzten Wochenende. In die Moschee seien christliche und jüdische Geistliche eingeladen gewesen. Diese hätten über Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Religionen oder so etwas geredet, meint Hassan. Genauer wisse er aber nicht. Er habe eher die Leute beobachtet, wie sie angezogen gewesen seien und wer mit wem wie geredet habe. Irgendwann sei es vorbei gewesen und er habe sich gefreut, wieder nach Hause zu gehen.

<sup>126</sup> Der gesamte Themenkomplex ist bislang in der kriminologischen Forschung in Deutschland „nur sehr randständig behandelt und empirisch ... fast gar nicht untersucht“ worden. Wetzels / Brettfeld 2003, Seite 2

<sup>127</sup> Vgl. N. Tietze, Islamische Identitäten, 2001, H.L. Frese, den Islam ausleben, 2002, S. Nökel, Die Töchter der Gastarbeiter und der Islam, 2002, Necla Kelek, Islam im Alltag, 2002

<sup>128</sup> Selbstwirksamkeitserfahrungen und Gewalt, Seite 47 f

Das Glas ist fast leer und Hassan fragt nach der Uhrzeit. Er müsse sich beeilen, er habe ein „Date“. Mit der alten Freundin habe er Schluss gemacht und habe jetzt eine neue. Da müsse er pünktlich erscheinen.

„Ist sie Araberin?“ frage ich ihn.

„Ja, dieses mal ja,“ meint er.

„Eine Freundin zu haben und noch eine Araberin dazu? Steht das nicht in Widerspruch zu Deinem Moslem - Dasein?“ frage ich.

„Ach, was hat mein Moslem - Dasein mit meiner Freundin zu tun? Ja, ich habe eine arabische Freundin. Wo ist das Problem?“ erwidert er.

Meine Frage versteht Hassan nicht, außerdem muss er sich jetzt beeilen. „Die Beziehung ist frisch und da muss man doch am Anfang darauf achten, dass alles gut läuft“, meint er.

## Alltagserfahrungen

### Sozialräumliche Segregation

Bedingt durch den gravierenden Strukturwandel in der Großstadt mit eindeutigen Tendenzen zur Polarisierung und zur Verfestigung der sozialräumlichen Milieus – was nichts anderes bedeutet, als dass die unterschiedlichen sozialen Schichten sich im Wohnumfeld weniger durchmischen – beschränkt sich die Lebenswelt der jugendlichen Migranten und ihrer Familien hauptsächlich auf das wohnungsnahe Umfeld. Die Folge dieser sozialräumlichen Segregation (der fehlenden Durchmischung) für Jugendliche sind fehlende Kenntnisse und Berührungspunkte mit solchen Lebenswelten und Lebensformen in der Großstadt Berlin, die nicht durch soziale Ausgrenzung und Migration geprägt sind.

Die Spaltung der Stadt entlang sozioökonomischer (nach Eigentum, Einkommen und Position am Arbeitsmarkt), sozialer (nach Bildung, beruflicher Qualifikation, sozialer Integration und Position auf dem Wohnungsmarkt) und kultureller Linien (nach ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Sprachkenntnissen) führt zur Abnahme der Durchlässigkeit für Statusänderungen.

Ausgrenzungsprozesse durch eine stärkere soziale Segregation in den Großstädten ergeben sich aus dem Zusammenwirken von drei Trends, die aus dem ökonomischen und sozialen Wandel der Großstädte resultieren:

- der massenhafte Verlust von industriellen Arbeitsplätzen für An- und Ungelernte,
- die aufgehende Schere zwischen wachsenden sozialen Notlagen und sinkenden Steuereinnahmen der Kommune und
- der Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung.<sup>129</sup>

Der Sozialstrukturatlas Berlin zeigt deutlich den Zusammenhang zwischen der Verschlechterung des Sozialindex vieler Gebiete innerhalb des Berliner S - Bahnringes und der Abwanderung sozial mobilerer Bevölkerungsgruppen an den Rand der Stadt. Einwanderung verstärkt die vorhandene Segregationstendenz der modernen Stadt, indem sie ihre Bruchstellen sichtbar macht.

Während in der Diskussion um die behutsame Stadterneuerung der 70er Jahre das gewachsene sozialräumliche Milieu als ausreichendes sozialintegratives Potential für entwicklungsförderliche Erfahrungen angesehen wurde, erscheinen vor dem Hintergrund des sozioökonomischen Wandels diese Quartiere als Ursachenfaktor und Teil des sozialen Problems der Stadt. Damit verbunden ist ein Negativimage dieser Stadtteile und seiner Einrichtungen (z.B. Schulen), die auf diese und auf die Bewohner und Bewohnerinnen zurückwirken und damit das Gefühl der Abwertung und Ausgrenzung verstärken.

---

<sup>129</sup> vgl. Häußermann: „Marginalisierung als Folge sozialräumlichen Wandels in der Großstadt“ in Gesemann: „Migration und Integration in Berlin“, Opladen 2001, S. 65 ff.

In Gebieten, in denen aus Arbeiter/innen Arbeitslose werden, aus denen sozial integrierte, mobile Familien anlässlich der Einschulung ihrer Kinder wegziehen, setzt eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale ein. An deren Ende steht eine konfliktreiche Zusammensetzung der Wohnbevölkerung. Marginalisierte Sozialhilfebezieher/innen wohnen neben Zuwanderern und Zuwanderinnen mit geringen Bindungen zur Mehrheitsgesellschaft. Erwerbsarbeit wird zur Ausnahmeerscheinung.

Vor dem Hintergrund der negativen sozioökonomischen und sozialpolitischen Trends bewirkt soziale Segregation für große Teile der Bevölkerung, dass die Quartiere zur „Endstation“ werden und damit eine Perspektive zu sozialem Aufstieg verloren geht. Die etwa gleiche sozioökonomische Lebenssituation und gesellschaftliche Ausgrenzungserfahrungen führen nicht zur Solidarisierung, sondern zur Abgrenzung des „Anderen“ und zu häufig aggressiv ausgetragenen Konflikten, die sich an dem gegenseitigen Unverständnis auf Grund von Verhaltensweisen in der Nutzung des öffentlichen Raumes oder an Lebensformen und Lebensäußerungen festmachen.

## Diskriminierung

Die Perspektivlosigkeit und die Wahrnehmung von Benachteiligung und Ausgrenzung verstärkt sich durch die Diskriminierungen aus ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen, die überwiegend Migrant/innen betreffen. Sie gehören zum Alltag vieler Migrant/innen. Genaue Zahlen dazu gibt es nicht. Die Praxis von Beratungsstellen und empirische Untersuchungen belegen jedoch Diskriminierungen von Migrant/innen in unserer Gesellschaft. Empirische Einzeluntersuchungen und Einzelfallschilderungen bestätigen diese Erfahrung. Diskriminierungen reichen von offener Benachteiligung oder Ausschluss über Beleidigung, Beschimpfung, respektlosem Verhalten bis zu versteckter Diskriminierung. Als Diskriminierungsgrund werden z.B. Aussehen, Name, Pass oder die Sprache von denjenigen, die diskriminiert werden, herangezogen.

Gemäß einer Studie der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 2005<sup>130</sup> erfahren junge Ausländer/innen und Deutsche mit Migrationshintergrund sogar bei der Auswahl hoch qualifizierter Fach- und Führungsnachwuchskräfte Benachteiligungen am Arbeitsmarkt. Diese Beobachtung ist deshalb von Bedeutung, da hier Benachteiligungen nicht aufgrund fehlender Qualifikation, sondern wegen der Herkunft der Bewerber und Bewerberinnen stattfinden.

Generell zählen zu den häufig diskriminierten Gruppen in Berlin Personen mit schwarzer Hautfarbe und in den letzten Jahren gehäuft muslimische Frauen mit Kopftuch (Erfahrungen der Beratungsstellen für Diskriminierung, Befragung der Senatsleitstelle gegen Diskriminierung). Außer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt finden Diskriminierungen bei der Wohnungssuche, im Freizeitbereich, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auch im öffentlichen Dienst statt. Diskriminierungen gehen oftmals einher mit rassistischem Gedankengut und Verhalten. Deshalb liegt in jeglicher Prävention und Ahndung von Rassismus gleichzeitig eine Prävention und Vermeidung von Diskriminierung.

Neben offener Diskriminierung sind Migrant/innen von struktureller Diskriminierung betroffen, die häufig als solche nicht erkannt werden. Die größte Aufmerksamkeit in den letzten Monaten erhielt die strukturelle Diskriminierung von Migrant/innen im deutschen Bildungssystem. Berlin hat durch sein Programm „Integration durch Bildung“ bereits entsprechend reagiert. Die Herausforderung bei struktureller Diskriminierung besteht grundsätzlich darin, sie überhaupt zu erkennen, d.h. dafür zu sensibilisieren.

In den letzten Jahren wird im migrationspolitischen Diskurs zunehmend die Bedeutung der **Religion** thematisiert. Zu beobachten ist bei Migrant/innen eine zunehmende Hinwendung zur Religion. Dieses entspricht den Erfahrungen aus den meisten Migrationsbewegungen in der Vergangenheit und kann hier wie in anderen Ländern als natürlicher Prozess in der Fremde angesehen werden.

---

<sup>130</sup> Akman, S., Gülpinar, M., Huesmann, M., Migrationshintergrund und Geschlecht bei Bewerbungen, u.a. in: Personalführung 10/2005

Gleichzeitig nimmt aber auch in der Bevölkerung die Ablehnung der offen gezeigten Religiosität zu, bis hin zu offener Diskriminierung, wovon Muslime allein schon aufgrund dessen, dass sie die drittstärkste Religionsgemeinschaft in Berlin darstellen, am meisten betroffen sind.<sup>131</sup>

Hohe Arbeitslosigkeit unter Migrant/innen mit allen Folgen für den einzelnen und die Gesellschaft liegt folglich nicht nur an einem Qualifikationsdefizit, sondern Benachteiligungen gegenüber Bewerber/innen mit gleicher Qualifikation spielen ebenfalls eine Rolle. Das Gefühl des nicht angenommen Werdens, des nicht dazu Gehörens und die empfundene Abwertung und Demütigung werden durch Diskriminierungen verstärkt. Nicht Teil der Gesellschaft zu sein, führt wiederum bei einigen dazu, sich bewusst von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen zu wollen, wobei weibliche Jugendliche dies weniger aggressiv tun als männliche. In letzter Konsequenz können Abgrenzung und Isolierung gerade bei männlichen Jugendlichen eine Gewaltbereitschaft verstärken. Der entscheidende Auslöser für Gewaltanwendungen sind aber nicht alleine Diskriminierungserfahrungen, sondern andere Faktoren müssen dazu kommen. Diskriminierungserfahrungen bestärken diese jedoch.

## Partizipation

Das wesentliche Merkmal der demokratischen Beteiligung, das **Wahlrecht**, ist den oft langjährig hier lebenden Bürgerinnen und Bürger mit nichtdeutschem Pass verschlossen, sofern sie aus keinem EU - Land kommen. Selbst eine Einflussnahme auf politisches Handeln im unmittelbaren Wohnumfeld durch kommunales Wahlrecht ist ihnen verwehrt. Alleine der Pass entscheidet, ob sie sich demokratisch beteiligen dürfen. Damit wird Desinteresse und Rückzug gefördert, das Denken im „wir“ und „ihr“ vorangetrieben, das Gefühl des nicht dazu Gehörens verstärkt. Vor allem auf kommunaler Ebene ist eine solche gesetzliche Regelung nicht nachvollziehbar.

Ebenso gibt es erhebliche Defizite bei der Repräsentanz von Migrant/innen in öffentlichen Ämtern, in den Medien, anderen Institutionen und dem öffentlichen Dienst, insbesondere auf Entscheidungsebene. Aber auch bezüglich der außerparlamentarischen und nichtinstitutionellen Beteiligungsformen sind Migrant/innen unterrepräsentiert. Das gilt sowohl für Funktionen wie z. B. Elternvertreter/innen, Schüler/innenvertreter/innen, in Vereinen außerhalb eigener Interessensvertretungen, in Gewerkschaften wie auch bei den Formen informeller Beteiligung wie z. B. bei Stadtteilaktivitäten und -initiativen. Hinzu kommt, dass die Formen, in denen Beteiligung stattfindet, sich eher an Vereins- und Gremiengewohnte „Mittelschichten“ richten. Die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilhabe erfordert daher die Entwicklung von Methoden, die stärker an den Kommunikationsformen und der kulturellen Identität aller sozialen Gruppen anknüpfen. Das heißt, die vorhandenen Ressourcen und Potentiale sind zunächst zu erkennen, zu würdigen und zu stärken, eine Übernahme von Verantwortung ist gemäß der Möglichkeiten zu fördern und sollte nicht an den Beteiligungsformen und Erfahrungen der Mehrheitsbevölkerung gemessen werden.

Aufgrund der großen Bedeutung der Partizipation für alle Bürger und Bürgerinnen gibt es von politischer Seite auf Landesebene Ansatzpunkte zur Einbeziehung von Migranten und Migrantinnen. So legt das Integrationskonzept für Berlin einen besonderen Schwerpunkt auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und die Beschäftigung von Migrant/innen im Zusammenhang mit öffentlichen Dienstleistungen. Außerdem wurde ein Gremium mit Vertreter/innen der Migrantorganisationen (Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen) geschaffen, dessen Beschlüsse Eingang in die Politik finden. Schließlich gilt es zu berücksichtigen, dass zunehmend zivilgesellschaftliches Engagement gefragt ist. In diesem Sinne werden von Seiten des Senats mehrere Projekte gefördert, die Wert auf die Einbeziehung von Migrant/innen, deren Initiativen oder einzelner Migrantengruppen legen.

Gerade in jüngerer Zeit haben Debatten über Einbürgerungsvoraussetzungen bei Migrant/innen das Gefühl verstärkt, von der Mehrheit der Gesellschaft nicht gewünscht zu sein und abgelehnt zu werden. Die negativen Auswirkungen eines solchen Gefühls werden leicht unterschätzt.

---

<sup>131</sup> Vgl. Seite 50 f



Die aufgezeigten Entwicklungen und Hintergründe bewirken– trotz der genannten Aktivitäten des Senats – für viele Migrant/innen ein Gefühl des „Ausgeschlossenseins“, des „Nicht – Dazugehörens“, was bei einigen nicht nur den Rückzug verstärkt, sondern eine bewusst formulierte Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft hervorrufen kann. Dieses wiederum kann die Ursache für Gewalthandlungen (verbaler und tätlicher) sein. Gewalt bedeutet in diesem Zusammenhang Ersatzhandlung und Demonstration vermeintlicher Stärke. Anders stellt sich ein gesellschaftliches Klima dar, das Vielfalt und andere Kulturen auch als Bereicherung wahrnimmt. In diesem Sinne wird seit 2005 jeder Neuzuwanderer und jede Neuzuwanderin in der Stadt mit einem „Willkommenspaket“ begrüßt, das die wichtigsten Informationen und Unterstützungshinweise für ein Leben in Berlin bietet. Den dahinter stehenden Gedanken gilt es weiter zu verbreiten.

## Fazit

**Speziell bei männlichen jugendlichen Migrantinnen spielt für deren Gewalthandlungen eine Vielzahl sozialer Einflussfaktoren eine Rolle:**

- Ein ausgeprägtes dominantes **Männlichkeitsbild**, das den Anforderungen moderner Industriegesellschaften nicht mehr entspricht und zu massiven Rollenkonflikten mit Versagensgefühlen und kompensierenden Gewalthandlungen führen kann;
- niedrige **Bildungsabschlüsse** aufgrund von größerer Bildungsferne der Eltern, Sprachproblemen und struktureller Diskriminierung von Migrant/innen im Bildungsbereich;
- hohe **Arbeitslosigkeit** aufgrund mangelnden Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebots, geringerer Qualifikation bis hin zu Diskriminierung am Arbeitsmarkt;
- **sozialräumliche Abgrenzung** mit der Folge gegenseitiger negativer Verstärkung und mangelnden positiven Rollenbildern;
- überforderte **Eltern** (junge Mütter, Väter mit Autoritätsverlust, Gewalterfahrung der Eltern, Gewalt in der Erziehung; unterschiedliche Sozialisation gemäß Stadt - Land);
- Diskriminierungserfahrungen und Erfahrungen fehlender **Akzeptanz**, fehlender **Partizipation** insbesondere bei Wahlen, mangelnde Erfolgserlebnisse, zu wenig positive Rollenvorbilder mit der Folge geringen Selbstwertgefühls;
- Mangel an Möglichkeiten, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen

## 5.3 Rechtliche Einflussfaktoren

### Belastungen durch die ausländerrechtliche Situation

(Die Analyse fußt auf der Rechtslage bis 16.11.06. Die aktuellen Beschlüsse, insbesondere zur Situation der Geduldeten und zu den gegenwärtigen Altfallregelungen sind in den Empfehlungen dargestellt (vgl. Seiten 200ff).

Auch unter dem Aspekt der ausländerrechtlichen Situation zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass die herausragende Kriminalitätsbelastung der männlichen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden mit Migrationshintergrund kein ethnisches Problem darstellt. Vielmehr weisen gerade die in jüngster Zeit als besonders belastet hervorgetretenen Berliner aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und aus dem arabischen Sprachraum, also vornehmlich aus dem Libanon und aus Palästina<sup>132</sup> eine besondere Häufung spezifischer Belastungsmomente für ihr Heranwachsen auf.

Anders als bei den unter 21-jährigen Berlinern mit türkischem Migrationshintergrund sind die Familien jener jungen Männer nämlich meist politische Flüchtlinge oder Kriegsflüchtlinge<sup>133</sup>. Sie haben damit bereits durch ihre rechtliche Stellung ein grundsätzliches Problem: Zahlreiche dieser Familien halten sich lediglich aufgrund einer Aufenthaltsgestattung oder aufgrund einer Duldung in der Bundesrepublik Deutschland auf. Sie hatten und haben also von allen „Ausländern“, die in unserem Land leben, den schlechtesten denkbaren Status und die am wenigsten sichere Rechtsposition. Mangels verlässlicher Bleiberechte leben sie ohne eine gesicherte Zukunftsperspektive, ohne ökonomische Sicherheit und ohne eine realistische Hoffnung, dies in absehbarer Zukunft für sich oder für ihre Nachkommen ändern zu können.

Dabei stellen Menschen in dieser Lebenslage nicht etwa einen unbedeutenden Teil der Gesamtpopulation: In ganz Deutschland wird ihre Zahl vielmehr gegenwärtig auf über 200.000 Personen geschätzt.

<sup>134</sup> In Berlin, dessen amtlich gemeldete Bevölkerung am 31.8.2005 insgesamt 3.392.026 Einwohner umfasste,<sup>135</sup> waren einer Auskunft der Senatsverwaltung für Inneres zufolge im Dezember 2005 etwa 9.000 Menschen als Geduldete grundsätzlich ausreisepflichtig, konnten jedoch nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Etwa 3.500 Menschen war zudem als Asylbewerber für die Dauer des laufenden Asylverfahrens der Aufenthalt vorübergehend gestattet. Denn etwa 30 Länder der Welt gelten derzeit nach den rechtsstaatlichen Maßstäben der Bundesrepublik als „Problemstaaten“<sup>136</sup>. All diesen Menschen steht aus humanitären Gründen in Deutschland wie in anderen demokratischen Staaten der Welt ein vorübergehendes Recht zum Verweilen zu, bis die Gründe dafür ausgeräumt sind.

Die genannten Personen leben jedoch nicht nur in einer ungesicherten, allseits ungewollten Situation, sondern namentlich die Menschen aus den genannten Ländern tun dies zum Teil bereits seit Jahrzehnten. Ihre Familien waren und sind zudem in ihrer Freizügigkeit beschränkt, in den Sozialleistungen abgesenkt und in ihrer Rechtsposition insgesamt gegenüber anderen Ausländern nicht nur aus den EU - Staaten benachteiligt. Obgleich sie teilweise seit Jahrzehnten in Deutschland und zumal in Berlin leben, sich ihrem Selbstverständnis nach großenteils als Berliner Araber oder arabische Berliner fühlen, werden sie z.B. den so genannten Russlanddeutschen“ gegenüber benachteiligt, obwohl diese erst neu zugewandert sind und keine vergleichbare persönliche Bindung an Deutschland und / oder die Stadt Berlin haben<sup>137, 138</sup>.

---

<sup>132</sup> Vgl. S.21 f, S.23, Seite 35 f

<sup>133</sup> So Nazar Mahmood, Leiter des arabischen Kulturinstitutes e.V. in Neukölln im Tagesspiegel vom 31.3.06, siehe auch Seite 21 und Anhang, Seite 90 ff

<sup>134</sup> Zum Vergleich: Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2005 des Statistischen Bundesamtes lebten in der Bundesrepublik Deutschland Ende 2005 15,3 Mio. Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund (diese stellen damit insgesamt knapp 19% der Bevölkerung). Von diesen waren etwa 23% eingebürgert. In Berlin standen bei einer Gesamtbevölkerung von gut 3.390 Tsd. Personen etwa 2.595,5 Tsd. Deutschen ohne Migrationshintergrund knapp 795 Tsd. Personen mit Migrationshintergrund gegenüber, davon 342,3 Tsd. Eingebürgerte.

<sup>135</sup> Vgl. Wikipedia ( Stand: 16.6.2006 ), Einwohner Berlins

<sup>136</sup> Tagesspiegel vom 9.6.2006

<sup>137</sup> Ausgesiedelte Russlanddeutsche und ihre nichtdeutschen Familienangehörigen werden als *Deutsche im Sinne des Grundgesetzes* behandelt. Sie haben daher unmittelbar nach der Einreise einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft.

<sup>138</sup> Die Formulierung folgt zur Vereinfachung des Textes dem Umgangssprachgebrauch und soll nicht stigmatisieren. Im Einzelnen vgl. Wikipedia, Russlanddeutsche

Zudem ist ihre rechtliche Situation kompliziert und schwer zu durchschauen, wie bereits ein erster Blick auf die Internetseite des Bundesamtes für Migration und Integration zeigt: Dort sind allein 17 verschiedene Gesetze als Rechtsgrundlagen aufgeführt, welche die Situation der Zuwanderer und Zuwanderinnen aller Art regeln<sup>139</sup>. Selbst auf dem Rechtsweg ist Rechtssicherheit nicht nur wegen oftmals überlanger Verfahrensdauer kaum zu erlangen, wie vor einigen Jahren der Aufsehen erregende Fall des Türken Mehmet zeigte, der wegen massiver Straftaten als 14-Jähriger zunächst durch deutsche Gerichte von seiner Familie getrennt und abgeschoben wurde, nach einer Jahre später erfolgten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes jedoch wieder in die Bundesrepublik Deutschland zurück kehren durfte.

Die Angehörigen der genannten Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund waren zudem sowohl nach der alten wie auch nach der gegenwärtigen Rechtslage faktisch ebenso an einer Erwerbstätigkeit wie an der Aufnahme einer Ausbildung gehindert. Ihre Nachkommen unterliegen zwar der allgemeinen Schulpflicht, konnten jedoch selbst nach womöglich durchaus erfolgreichen eigenen Bildungsanstrengungen über diese allgemeine Schulpflicht hinaus zumeist nicht an einer weiterführenden Bildung teilnehmen<sup>140</sup>. Selbst die Weiterführung von z.B. im Rahmen eines stationären Aufenthaltes im Jugendstrafvollzug zu ihrer Resozialisierung begonnenen schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen war den Geduldeten praktisch verwehrt.<sup>141</sup> Umstritten ist, ob sie vielmehr nicht nur in Einzelfällen eher inhaftiert<sup>142</sup>, strenger bestraft<sup>143</sup> und durch den Vollzug womöglich härter belastet werden<sup>144</sup> als deutsche junge Männer ohne Migrationshintergrund. Auch nach ihrer Entlassung aus der Haft werden sie nicht selten für nicht unerhebliche Zeiten erneut inhaftiert, dann nämlich nach ausländerrechtlichen Vorschriften im Abschiebegewahrsam, was die Resozialisierungsbemühungen bereits im Strafvollzug stets in alle Richtungen beeinträchtigt.<sup>145</sup>

Durch die infolge der ausländerrechtlichen Gesetzeslage verordnete und oft langjährig vorgelebte Untätigkeit der Familienmitglieder und insbesondere auch der Familienoberhäupter (nach einer repräsentativen Auswertung von Akten der Berliner Staatsanwaltschaft<sup>146</sup> sind die Väter der untersuchten Intensivtäter zu mehr als 50 % dauerhaft nicht erwerbstätig, die Mütter zu etwa 75 %) wird die Entwicklung einer generationenübergreifenden Versorgungsmentalität signifikant verstärkt. Hierdurch wird in vielerlei Bereichen des täglichen Lebens die Eigeninitiative auch der nicht unmittelbar durch wechselvolle Lebens- oder Fluchtgeschichten betroffenen Generationen beeinträchtigt und in der Folge werden ebenfalls deren soziale Kompetenzen weitgehend herabgesetzt.

Auch insoweit handelt es sich nicht etwa lediglich um gesellschaftlich weniger relevante, weil zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallende Teile der Berliner Hauptstadtbevölkerung.

---

<sup>139</sup> Dabei handelt es sich lediglich um Bundesrecht. Ausführungsvorschriften der Länder und dazu ergangene Weisungen enthalten weitere Regelungen durchaus bedeutsamen Inhaltes, wie die Weisung der Berliner Senatsverwaltung für Inneres v. 11.10.2005 zur Anwendung von § 25 Abs. 5 AufenthG belegt: Im Oktober 2005 wurde für Berlin eine landesrechtliche Weisung zur Handhabung von § 25 Abs.3 und 5 AufenthG (Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Geduldete) erlassen. Danach wird u.a. Palästinensern aus dem Libanon bei Vorlage eines Reisedokuments eine AE erteilt in der Form, dass zunächst eine entsprechende Zusicherung für die libanesische Botschaft ausgestellt und dann bei Vorlage des document de voyage die AE erteilt wird. Dabei soll ein großzügiger Prüfungsmaßstab angelegt werden.

<sup>140</sup> Vgl. §§ 7,8 SGB II, § 22 SGB XII, §§ 1,2 AsylbLG, § 63 SGB III, §§ 8,2,12 BAföG

<sup>141</sup> Vgl. zum Ausbildungsverbot G. Classen, Flüchtlingsrat Berlin, in: [www.hamburger-illustrierte.de/2006/07/21](http://www.hamburger-illustrierte.de/2006/07/21) u. sardonisch in Forum Politik v. 26.7.2006, [www.nadeshda.org](http://www.nadeshda.org)

<sup>142</sup> Vgl. z.B. KG Berlin 5 Ws 487/03; StA Berlin 81Js 1750 / 03

<sup>143</sup> Vgl. Pfeiffer / Wetzels, Forschungsbericht Nr. 81 des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen, S.14

<sup>144</sup> Vgl. Spindler, S. 262-282, 2006

<sup>145</sup> Vgl. §53 AufenthaltG

<sup>146</sup> Forschungsprojekt durch Prof. Dr. Ohder unter Beteiligung der Landeskommission Berlin gegen Gewalt unter Auswertung von ca. 80% der Akten von Intensivtätern bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin mit Stand vom 1.6.2005

Wie aus einer Auskunft des Berliner Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten vom 11.5.2006 hervorgeht, waren zu diesem Zeitpunkt insgesamt etwa 3.300 Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Berlin gemeldet, die nicht arbeiten durften. Von diesen stammte der größte Teil aus dem arabischen Sprachraum, nämlich annähernd 2.900 Personen aus den hier relevanten Ländern, also aus dem Libanon und Palästina. Unter ihnen befanden sich bereits ca.1.400 Kinder, Jugendliche und Heranwachsende<sup>147, 148</sup>. Wie viele Personen zudem unangemeldet und daher nicht nur ohne Arbeitserlaubnis, sondern gänzlich illegal bei Bekannten oder Verwandten untergeschlüpft waren oder sind, ist statistisch nicht erfassbar. Die Praxis der Jugendgerichte, also der Gerichte, welche die Straftaten von zur Tatzeit 14 bis 21-jährigen aburteilen, zeigt jedoch, dass derartige Lebensformen in der Jugendszene nicht nur der Hauptstadt vermehrt anzutreffen sind, unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit die Angeklagten aufweisen. Diese Zahlen bergen gesellschaftlichen Sprengstoff, der nicht nur die Politik des Stadtstaates Berlin beunruhigen muss.

Die Tatsache, dass daneben insgesamt etwa 7.000 Libanesen, Palästinenser sowie Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, die im wesentlichen ebenfalls Mitglieder von Flüchtlingsfamilien aus diesem Raum sind, Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis mit Arbeitserlaubnis sind, kann diese Brisanz nur erhöhen, wenn man berücksichtigt, dass angesichts der Vorrangregelungen für deutsche Arbeitssuchende und Unionsbürger auch eine nicht bekannte Anzahl dieser Menschen – und nicht nur, wie ausgeführt, Ausländer mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung – faktisch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind<sup>149</sup>.

Auch unter der Geltung des sog. Zuwanderungsgesetzes, das am 1.1.2005 in Kraft getreten ist, hat sich die Situation gerade für die Menschen aus den genannten Herkunftsregionen einschließlich der Türkei und aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien nicht nennenswert verändert. Die geschaffenen Erleichterungen im Aufenthaltsrecht und in den Zugangsmöglichkeiten zu gesicherten Bleiberechten beziehen sich nämlich im Wesentlichen auf Neuzuwanderer/innen. Daher hat sich die mit der Verabschiedung des Gesetzes verbundene Hoffnung zahlreicher Migrant/innen und Migranten auf eindeutige und langfristige Perspektiven gerade aus Sicht derjenigen, die schon seit geraumer Zeit in der Bundesrepublik leben, nicht erfüllt. Zu ihnen aber zählen vorrangig die Generationen der Eltern und Großeltern der hier in Rede stehenden Betroffenen.

Zwar wurden durch die Veränderungen im neuen Staatsangehörigkeitsrecht Erleichterungen bei der Einbürgerungsmöglichkeit geschaffen. Die damit verbundenen hoffnungsvollen Erwartungen einer maßgeblichen Förderung der Integration haben sich jedoch ebenfalls nicht realisiert. Vielmehr haben, seit das Gesetz am 1.1.2000 in Kraft getreten ist, die Berechtigten nur zu einem kleinen Teil von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Zudem geht die Zahl der Einbürgerungen seither ständig zurück. Waren es im Jahr 2000, dem Jahr des absoluten Höchststandes insgesamt 186.688 Einbürgerungen (Türken und Türkinnen: 82.161), sind es in 2005 nur noch 117.240 (Türken und Türkinnen: 32.661) gewesen und damit so wenige, wie seit 1998 nicht mehr<sup>150, 151</sup>.

---

<sup>147</sup> Der Begriff „arabischer Sprachraum“ umfasst hier Libanesen, Palästinenser, Staatenlose, Ungeklärte und solche ohne Angabe (Kennziffer 451, 499, 997, 998, 999 des Staatenschlüssels).

<sup>148</sup> Von diesen waren über 2.300 Personen lediglich im Besitz einer Duldung gegenüber ca.150 aus dem Gebiet des ehem. Jugoslawien und gut 340 aus der Türkei!

<sup>149</sup> Für die nicht in § 25 Abs.1 u.2 AufenthG genannten Ausländer ist gem. § 39 AufenthG der Zugang zum Arbeitsmarkt in der Regel nur nachrangig möglich; (nähere Angaben siehe Anlage „Nachrangiger Arbeitsmarktzugang“, Anhang, Seite 149 f)

<sup>150</sup> Vgl. Mikrozensus 2005

<sup>151</sup> Im Jahr 2004 wurden in Berlin 6.507 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes sind dies 119 bzw. 1,8% Einbürgerungen weniger als im Vorjahr. Damit setzte sich die seit Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 leicht rückläufige Entwicklung der Einbürgerungszahlen fort, die nur durch den Anstieg (6,8%) im Jahr 2002 unterbrochen wurde. Im Jahr 2005 stieg die Zahl der Einbürgerungen allerdings um 590 bzw. 9,1%.

Diese Daten sind besonders enttäuschend, weil die hiermit verbundene Möglichkeit zur echten politischen Teilhabe als eines der wesentlichen Merkmale einer gelingenden gesellschaftlichen Integration angesehen wird. Die berechtigten Migrantinnen und Migranten entschieden sich damit ebenfalls gegen die Gleichheit vor dem Gesetz, gegen das aktive und passive Wahlrecht, gegen die Möglichkeit der uneingeschränkten gesellschaftlichen Partizipation. Ob dies auf den Verlust der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes zurückzuführen ist oder andere Gründe hat, kann derzeit mangels entsprechender repräsentativer Umfragen nicht sicher beurteilt werden. Angesichts der Erfahrung, dass z.B. Menschen aus der Türkei nach erfolgreicher Beendigung des Erwerbslebens oftmals in die Heimat zurückkehren, und des von Menschen aus dem arabischen Sprachraum häufig geäußerten Rückkehrwillens für den Fall einer Befriedung des Nahen Ostens spricht eine gewisse Vermutung für die erste Alternative.

Die Tatsache, dass gerade die besonderen Sorgenkinder unserer Stadt, nämlich die Intensivtäter aus dem Nahen Osten, auffallend häufig die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, taugt nicht als Gegenargument: Zum einen ist im Libanon eine Einreise auch unter Vorlage abgelaufener, also ungültiger Papiere möglich, wenn sich aus diesen nur ergibt, dass die Staatsbürgerschaft zu irgendeinem Zeitpunkt einmal bestand. Zum anderen können sie als Eingebürgerte (also deutsche Staatsbürger) auch als mehrfach wegen Gewalttaten Verurteilte nicht ausgewiesen werden. Und schließlich unterliegen sie als eingebürgerte Deutsche keinerlei Rechtsbeschränkungen, weder in Bezug auf ihre Freizügigkeit, noch in Bezug auf ihre Erwerbstätigkeit.

Vor dem Hintergrund, dass fast die Hälfte aller Deutschen meint, in Deutschland werde zu wenig für die Eingliederung der Ausländer getan<sup>152</sup>, gerät auch der für die gegenwärtige Gesetzeslage maßgebliche Grundgedanke, Doppelstaatlichkeit nach Möglichkeit als unerwünscht zu vermeiden, in die Kritik. Denn für ein faktisches Einwanderungsland wie die Bundesrepublik Deutschland gibt es hier – im Blick auf das Ziel einer erfolgreichen Integration – nicht zu viele Einbürgerungen, sondern zu wenige<sup>153</sup>. Entsprechend plädieren zahlreiche Stimmen für eine liberalere Einwanderungspolitik<sup>154</sup>.

Dagegen sind die gesetzlichen Möglichkeiten zur Erlangung dauerhafter Bleiberechte und somit verlässlicher Lebensperspektiven für Flüchtlinge und damit gerade für die Nachkommen der Migrantinnen und Migranten aus Palästina und dem Libanon nach wie vor eingeschränkt. Für sie hat es eine bundeseinheitliche Regelung der Altfälle, also der Schicksale von Familien, die schon seit Jahren oder seit Jahrzehnten in Deutschland leben, seit 1989 nicht gegeben.

Der Berliner Innensenator Dr. Ehrhart Körting setzt sich seit Jahren nicht nur für ein bundeseinheitliches Bleiberecht für diese etwa 150.000 Menschen in ganz Deutschland ein. In Berlin ist zudem mit der Weisung zur liberalen Handhabung der neu geschaffenen Möglichkeiten zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an langjährig aufhältige Ausländer/innen die landesrechtliche Grundlage für weitreichende Erleichterungen geschaffen worden<sup>155</sup>.

Doch partizipieren gerade die Familien der besonders problematischen Altfälle der geduldeten Flüchtlingsfamilien an dieser liberalen Handhabung der Berliner Ausländerbehörde bei der Ausnahmeregelung nach § 25 Abs. 5 AufenthG weitgehend nicht. Denn nach dieser Vorschrift ist die Vorlage von Identitätsdokumenten erforderlich. Eben diese Mitwirkung wird von einigen verweigert: Wenn sie tatsächlich ihre Pässe vorlegen würden, würden damit möglicherweise falsche Angaben Einzelner in der Vergangenheit offenbar, die den Aufenthalt ihrer gesamten Familie als illegal charakterisieren. Daher beklagen die zuständigen Behörden in bezug auf diese Gruppe von Zugewanderten sogar die Verweigerung jeglicher Vorlage von Dokumenten oder deren Verleugnung.

---

<sup>152</sup> Politbarometer von ZDF und Tagesspiegel vom 6.4.2006: Für 58% der Deutschen gibt es zu viele Ausländer in Deutschland, 49% der Deutschen glauben, dass in unserem Land zu wenig für deren Eingliederung getan wird

<sup>153</sup> So die Neue Presse, Hannover, zitiert in der Süddeutschen Zeitung v. 25. / 26.3.2006 unter der Überschrift: „Wer ist Deutschland?“

<sup>154</sup> Vgl. die Zusammenstellung dazu in der Süddeutschen Zeitung v. 25. / 26.3.2006 a.a.O.

<sup>155</sup> Vgl. Weisung der Berliner Senatsverwaltung für Inneres v. 11.10.2005 zur Anwendung von § 25 Abs. 5 AufenthG, hierzu, Anhang, Seite 148f

Angesichts der erleichterten Einreisemöglichkeiten in die Herkunftsländer auch mit ungültigen Dokumenten einerseits und der hiesigen Rechtslage andererseits keine unverständliche Verhaltensweise.

Wie der aktuelle Fall der türkischen Familie Aydin zeigt, deren eine Tochter Ende März 2006 von Bundespräsident Köhler wegen ihres hervorragenden sozialen Engagements ausgezeichnet wurde, verhindert diese Unrechtmäßigkeit eines Einzelnen gemäß unserer Rechtslage jedoch auch nach langfristigen Aufenthalt ausnahmslos die Entstehung eigener Rechtspositionen sämtlicher Familienmitglieder. Und zwar wegen des ursprünglich erschlichenen Bleiberechtes des ersten hier angekommenen Familienmitgliedes und der daraus folgenden Rechtsgrundlosigkeit des Aufenthaltes der gesamten Familie nach Jahrzehnten noch und trotz erfolgreicher Eingliederung mehrerer anderer Familienmitglieder.

Derartige Geschichten beschäftigen jedoch nicht nur die Medienöffentlichkeit. Sie prägen vielmehr das Lebensgefühl der nachwachsenden Generation, die sich nicht nur als ungewollt erlebt, sondern erfährt, dass ihre eigenen Anstrengungen vergeblich bleiben und nicht zu einer echten Verbesserung ihrer Situation führen. Die Tatsache, dass die Zahl der tatsächlich erfolgten Abschiebungen innerhalb von 5 Jahren auf annähernd ein Drittel gesunken ist, hat demgegenüber das Bewusstsein der Betroffenen gegenwärtig (noch) nicht erreicht. Wohl nicht zuletzt, weil auch einmal erlangte Aufenthaltsrechte keine als sicher einzuordnenden Bleiberechte vermitteln, sondern aus vielerlei Gründen wieder entfallen oder entzogen werden können, sei es wegen Ablauf, Rücknahme oder Beendigung, wie zum Beispiel infolge mangelhafter Teilnahme am verpflichtenden Integrationskurs.

Durch all diese gerade auch aus der besonderen Rechtslage erwachsenden Belastungen wird eine grundlegende Perspektivlosigkeit in der Generation dieser Jugend mit Migrationshintergrund hervorgerufen, und zwar unabhängig davon, ob diese aus einer Familie stammen, deren Aufenthalt legal oder illegal ist, ob sie sich um Bildung, Leistung und Anpassung bemüht haben, ob sie mit ihren Bemühungen gescheitert sind oder gar nicht damit angefangen haben. So wurde denn auch eine 20 jährige Kurdin namens Reyhan Inan am 25.3.2006 in der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ mit den Worten zitiert: „Die Angst vor der Abschiebung nimmt uns die Perspektive auf ein normales Leben.“

Es scheint daher nicht nur gerechtfertigt, diese jungen Menschen als die Verlierer der politischen Versäumnisse der vergangenen Jahre zu bezeichnen, wie dies im April 2006 der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration Günter Piening getan hat<sup>156</sup>. Vielmehr ist im Gegensatz zur allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung vermehrt ihre offenbar ebenfalls vorhandene Standfestigkeit und Belastbarkeit ins Bewusstsein zu heben. Dies sollte gerade in der gegenwärtigen Zeit kriegerischer Auseinandersetzungen in den Heimatländern besondere Beachtung finden. Ihr Heranwachsen in unserer Gesellschaft und ihr Hineinwachsen in diese wird jedenfalls durch die nur grob skizzierte Rechtsituation, in der sie und ihre Familien in unserem Land leben, zusätzlich erschwert.

---

<sup>156</sup> Zitat im „Tagesspiegel“ vom 10.4.06

## 5.4 Trauma und Delinquenz<sup>157</sup>

### Reflexionen zu Trauma, Liebe und Gewalt

Die nachfolgenden Ausführungen beschäftigen sich eingehend mit den negativen Folgen von Gewalterfahrungen auf die Psyche und das Sozialverhalten von Menschen, vor allem junger Menschen, auf den Zusammenhang von Trauma und Delinquenz. Bevor wir aber unseren Fokus wie unter einem Vergrößerungsglas auf diese dunklere Seite menschlicher Existenz richten, sollten wir uns folgendes vergegenwärtigen:

Gewalt, die der Mensch im Stande ist, anderen Menschen anzutun, hat in aller Regel verheerende negative Auswirkungen auf Körper, Seele und oft auf die Qualität des ganzen weiteren Lebens für den Betroffenen und sein gesamtes soziales Umfeld. Dies scheint jenseits aller kulturellen Prägungen der gesundheitlichen und sozialen Folgeerscheinungen eine anthropologische Grundkonstante zu sein. Auch Gewaltbereitschaft, Aggressivität und Delinquenz können die Folge sein. Es ist aber auch eine bekannte Tatsache, dass Menschen, die schreckliche Bedrängnis erlebt haben, die misshandelt oder gefoltert wurden, liebende hingebungsvolle Mitglieder der Gesellschaft werden, während andere, die von liebenden und fürsorglichen Eltern erzogen wurden, zu Mördern werden können. „Wir sind das, was wir aus unseren Lebensumständen machen“<sup>158</sup>. Oder anders ausgedrückt: Es gibt keinen Determinismus zwischen erfahrener Gewalt und eigener Gewalttätigkeit oder zwischen Trauma und Delinquenz.

Als wichtiges Prinzip und „Wesen der Menschlichkeit“ steht in diesem Zusammenhang die „Macht zu wählen, die Fähigkeit zur Selbstbestimmung“<sup>159</sup>. Diese Fähigkeit ist ausschlaggebend dafür, ob und welche Lösungswege in extremen Konfliktsituationen gesucht und gefunden werden. Diesem Spannungsfeld zwischen konstruktiven und destruktiven Wahlmöglichkeiten kommt bei der Überwindung der Folgen von traumatischen Lebenseinbrüchen eine zentrale Rolle zu, abgesehen von rettenden Umständen und wirklicher, ernst gemeinter Hilfe.

Wir können uns durch Eltern oder durch unsere genetischen Anlagen, durch soziale Bedingungen kontrolliert oder behindert fühlen oder durch erzwungene Flucht auf Grund von Bürgerkrieg orientierungslos, hilflos und ohne Zukunftschance sehen. Die dominanten Gefühle mögen dann Wut, Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung und Ohnmacht sein, die Folgen in den Familien häufig Misshandlungen, Gewalt, Vernachlässigung, Zwangsvorstellungen, Verwirrtheit und Aggression, Selbstmorddrohungen und -versuche. Dennoch: Als Menschen haben wir eine wunderbare Chance, Schreckliches und Gemeines zu transformieren. Zuneigung, Inspiration und Wohlwollen führen oft zu überraschenden Ergebnissen<sup>160</sup>, ebenso wie ein gewisses (positives) Welt- oder Menschenbild, welches diese Transformation zu konstruieren hilft. Trauma ist kein unentrinnbares Schicksal, ebenso wenig wie Delinquenz, allerdings braucht es den Mut und den Willen auf der individuellen wie auf der gesellschaftlichen Ebene die Transformation von Gewalt zu verwirklichen.

### Vom Trauma zur Delinquenz aus der Sicht der Psychotraumatologie

#### Psychologische, biologische und soziale Aspekte von Traumatisierung

Unfassbare, entsetzliche Lebensereignisse, die ganz plötzlich unser Gefühl von Sicherheit zerstören, können den Umgang mit den eigenen Gefühlen und dem sozialen Netz, in dem wir leben, tief greifend beeinträchtigen. Hilflosigkeit und Wut, die solche Erlebnisse in der Regel begleiten, können die Fähigkeit eines Menschen, mit Stress umzugehen, entscheidend beeinflussen, sein Selbstwertgefühl beeinträchtigen und die Wahrnehmung von der Welt als einen im Wesentlichen sicheren und schützenden Ort nachhaltig stören.

---

<sup>157</sup> Das Kapitel wurde verfasst von: Elise Bittenbinder, Dietrich F. Koch, Sibylle Rothkegel

<sup>158</sup> Madanes, 1995

<sup>159</sup> Madanes, 1990a

<sup>160</sup> Madanes, 1990b

Gefühle der Sicherheit und Verlässlichkeit in einer geordneten Welt sind Grundvoraussetzungen für kontrolliertes, zweckorientiertes, konstruktives Handeln. Menschen scheinen Willkür und sinnlose Zerstörung oder Gewalt im Normalfall nicht hinnehmen zu können. Betroffene suchen nach Erklärungen, um eine Katastrophe verstehen zu können. Damit verbundene Gefühlsreaktionen sind Hilflosigkeit und Furcht oder Wut. „Ist die Stressreaktion überwältigend genug, konditioniert das daraus resultierende Trauma eine emotionale Reaktion, bei welcher der Körper schon bei geringfügigstem Reiz in Kampf- oder Fluchtbereitschaft oder Erstarrung verfällt: Der Alltag traumatisierter Menschen steht unter dem Vorzeichen des Traumas, gegenüber dem sie in ständiger Alarmbereitschaft verharren“.<sup>161</sup>

Häufig sind Menschen über lange Zeiträume hinweg durch die erlebten Traumata „gezeichnet“. Selbst wenn sie die Traumata bewusst verarbeitet haben, empfinden viele traumatisierte Menschen auch weiterhin Angst oder erhöhte körperliche Erregung bei an das Trauma erinnernden Situationen oder auch nur Sinneseindrücken wie Geräuschen oder Gerüchen. Sie reagieren mit Kampf- oder Fluchtbereitschaft, oft ohne die Herkunft solcher extremen Reaktionen zu erkennen oder zu begreifen.

Neben Übererregbarkeit, Wiedererleben, emotionaler Überreaktion und Schlafstörungen, Lernstörungen, Erinnerungsstörungen und Dissoziationen, Betäubung und psychischer Reaktivität nennt Bessel van der Kolk Aggression und Autoaggression als eine typische Symptomatologie bei der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTSD).

„Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, dass traumatisierte Kinder wie Erwachsene dazu neigen, ihre Aggressionen gegen andere oder sich selbst zu wenden. Missbrauch im Kindesalter erhöht erheblich die spätere Wahrscheinlichkeit von Delinquenz und kriminellen Verhalten“<sup>162</sup>. Dennoch gilt auch hier, dass es keinen Determinismus zwischen Traumatisierung und späterer Gewaltneigung oder Delinquenz gibt.

Es gibt viele Beispiele, die überzeugend beweisen, dass ein Mensch, der unbegreifliche Qualen überlebt hat, wie zum Beispiel das Konzentrationslager, ein sinnvolles, glückliches und erfolgreiches Leben führen kann<sup>163</sup>.

Die Erfahrungen der psychosozialen- und / oder Behandlungseinrichtungen für Flüchtlinge und Folteropfer zeigen überdies, dass nur ein geringer Teil der Klienten durch nach außen gerichtetes aggressives Verhalten versucht, seine extremtraumatischen Lebensereignisse zu kompensieren. Wesentlich häufiger sind dagegen gegen sich selbst gerichtete Aggression in Form von depressivem Verhalten oder Suizidalität sowie innerfamiliäre Aggressionen oder Aggressionen in Beziehungen. Bei all diesen Gewaltausprägungen spielen nicht unmittelbar traumabedingte Faktoren wie hoch belastende Lebensbedingungen in Deutschland, ein Fehlen von Zukunftsperspektiven und altersentsprechender Möglichkeiten der psychosozialen Reifung aufgrund aufenthaltsrechtlicher Rahmenbedingungen, Hoffnungslosigkeit aufgrund des Fehlen von Zukunftsperspektiven eine potenzierende Rolle für familiäre Zerrüttung und Negativentwicklung bei jugendlichen Flüchtlingen.

## **Begriffsbestimmung und Grundlagen**

### **Traumaklassifikation**

Trauma ist nicht gleich Trauma. Man unterscheidet einen traumatischen Stressor sowohl nach Dauer und Frequenz, als auch nach der Art der Verursachung. Was die Dauer anbelangt unterscheidet man nach Maercker<sup>164</sup> kurz dauernde traumatische Ereignisse (Typ - I - Traumen) wie z.B. Naturkatastrophen oder Unfälle etc. von länger dauernden, wiederholten Traumen (Typ - II - Traumen) wie Geiseltshaft, Folterhaft oder wiederholte sexuelle oder körperliche Gewalt.

Es gibt Hinweise darauf, dass lang dauernde und wiederholte Belastungssituationen oder ganze Sequenzen traumatischer Erlebnisse (Typ II) einen stärker beschädigenden Einfluss auf den Betroffenen haben als einmalige oder kurzzeitige Erlebnisse (Typ I). Vor allem chronische Verläufe der Erkrankung sind mit höherer Wahrscheinlichkeit unter den Stressoren vom Typ II zu finden.

---

<sup>161</sup> Kolk van der, 1995

<sup>162</sup> Kolk van der, 1996

<sup>163</sup> vgl. Victor Frankl, 1994

<sup>164</sup> Maercker, 1997



Auch die Unterscheidung zwischen den sogenannten „man made disaster“, den vom Menschen verursachten Traumata wie Folter, Kriegserlebnisse oder familiäre Gewalt, und solchen, die nicht durch Menschen verursacht sind, wie Naturkatastrophen, Unfälle etc. ist sinnvoll, weil die psychischen und sozialen Folgeschäden signifikante Unterschiede zeigen. Das Verhältnis der betroffenen Person zu ihrer sozialen Umwelt (v.a. ihre generelle Beziehungsfähigkeit, Sozialverhalten und Kontaktverhalten) ist in aller Regel stärker beeinträchtigt, wenn das Trauma in einem sozialen Kontext verursacht wurde. Folter, Krieg und familiäre oder kriminelle Gewalt gehören in die Kategorie der vom Menschen verursachten Traumata. So dürften auch die persönliche Disposition zu Gewaltbereitschaft und zu delinquentem Verhalten stärker mit „man made disaster“ korrelieren, als mit Traumata von anderer Art. Seelische Verletzungen entfalten aber oft erst in ihrer Aufeinanderfolge traumatisierende Kraft. Man spricht in diesem Zusammenhang von **kumulativer Traumatisierung**. **Kumulative Traumatisierung** entsteht in einer Anhäufung von Verletzungen, die Menschen sowohl gleichzeitig als auch in zeitlichen Abständen zugefügt werden. Die unter Umständen subtraumatischen einzelnen Erfahrungen entfalten ihre traumatisierende Wirkung in der Anhäufung.

### **Sequentielle Traumatisierung**

Hans Keilson<sup>165</sup> ist vor dem Terror der Nationalsozialisten aus Deutschland geflohen und hat die Shoa im Untergrund in den Niederlanden überlebt. In einer international viel beachteten Langzeitstudie über 400 jüdische Waisenkinder in der Zeit nach der Shoa hat er das Konzept der „sequentuellen Traumatisierung“ entwickelt. Er hat hier nachgewiesen, dass die einem erlittenen Trauma folgende Lebensphase für die Entstehung und Überwindung von psychischen Symptomen von entscheidender Bedeutung ist. Eine fehlende Anerkennung der erlittenen „Opfererfahrung“ durch die Gesellschaft, die eine klare Verurteilung des Verbrechens einschließen muss, sowie mangelnde soziale Unterstützung können zu Traumatisierungen in mehreren Sequenzen führen, anhaltende Gefühle von Unsicherheit und Wertlosigkeit hervorrufen sowie den Wiederaufbau einer stabilen und selbstbewussten Identität erschweren. Auch eine Nichtanerkennung der langfristigen Leiden traumatisierter Menschen durch öffentliche Funktionsträger oder Gerichte (Ablehnung des von den Betroffenen als berechtigt und notwendig erlebten Asylantrags) wirken sich nachweislich zusätzlich belastend aus. Sie verstärken bei den Betroffenen das Gefühl des Verlustes des Vertrauens in sich selbst und in die Welt. Entscheidend neu an den Vorstellungen Keilsons ist der Nachweis der Fortdauer des Traumatisierungsprozesses, und zwar über den Zeitpunkt hinaus, an dem Terror und Verfolgung ihr augenscheinliches Ende gefunden haben. Verarbeitungsfähigkeit oder -möglichkeit von extremem Leid können sehr unterschiedlich sein. Ein wesentliches Ziel ist das Wiedererlernen von eigenverantwortlichem Handeln, denn über Betroffene von Verbrechen an der Menschlichkeit wurde „verfügt“.

### **Vom Trauma zur traumabedingten Erkrankung**

Nicht jeder, der ein Trauma erfährt, wird eine länger anhaltende klinische Erkrankung oder andere Folgeschäden davontragen. Es gibt in den Verarbeitungsmöglichkeiten traumatischer Erfahrungen erhebliche individuelle Unterschiede und einen enorm determinierenden Einfluss von Kontextbedingungen. Allgemein gilt, dass die Lebensprävalenz einer Traumatisierung, also die Wahrscheinlichkeit, ein Trauma zu erleben, das den Stressorkriterien der Diagnose Posttraumatische Belastungsstörung entspricht, bei 50% liegt, während die Erkrankungswahrscheinlichkeit im Durchschnitt oder nach Verkehrsunfällen bei etwa 20% und nach Kampfeinsätzen, Folter oder sexuellen Traumata zwischen 30 und 50% beträgt.<sup>166</sup>

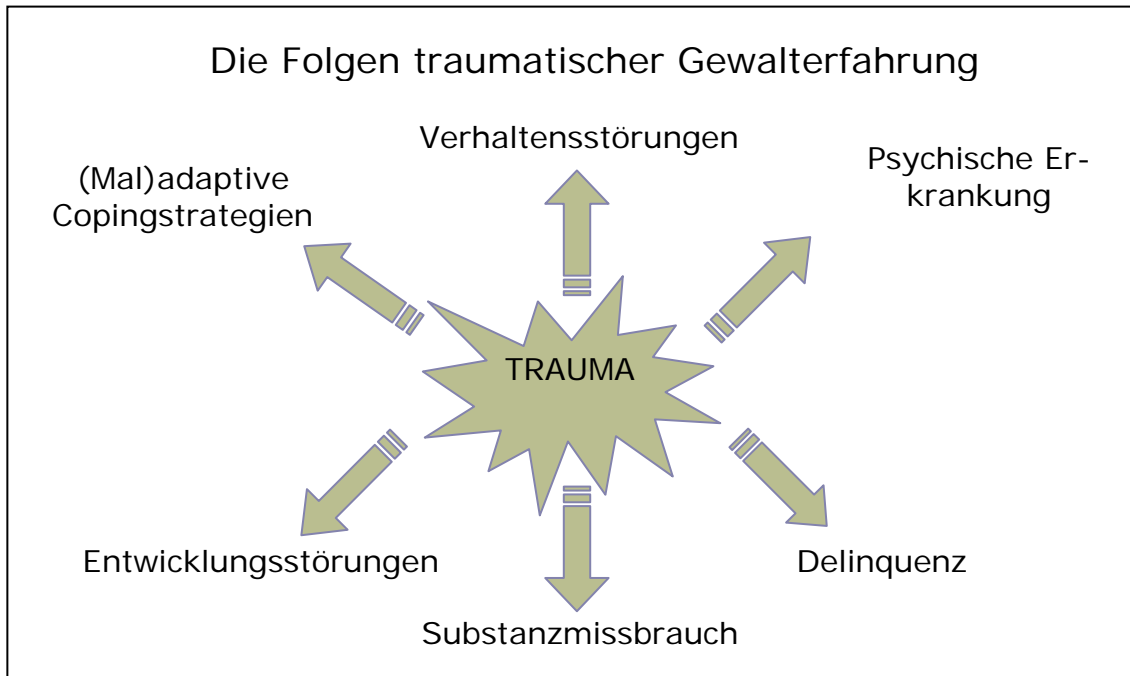
---

<sup>165</sup> Keilson, Hans, 1979

<sup>166</sup> Langkafel, 2000

## Die Folgen traumatischer Gewalterfahrungen

Traumatische Gewalterfahrungen haben eine Vielzahl von Folgen für den einzelnen und das ihn umgebende soziale System. Einige davon sind für die Herausbildung von Delinquenz bei Jugendlichen durchaus von Bedeutung. Hier eine Zusammenschau der wichtigsten potentiellen Folgeerscheinungen:



### Trauma und Verhaltensstörungen

Verhaltensstörungen sind häufige Folgen von Trauma. Folgende Verhaltensstörungen spielen eine unmittelbare oder mittelbare Rolle bei der Entwicklung von delinquentem Verhalten:

- Beeinträchtigungen der Empathiefähigkeit
- Wut
- Aggressivität und erhöhte Gewaltbereitschaft
- Impulsivität
- Riskantes Verhalten
- Reaktivität

### Psychische Erkrankung

Abhängig von der Art, Intensität, Häufigkeit der traumatischen Erfahrungen entwickeln die Betroffenen Symptome der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), aber auch eine ganze Reihe anderer psychischer Erkrankungen, Persönlichkeitsstörungen sowie Substanzabhängigkeit bzw. -missbrauch treten gehäuft auf. Auch Suizidversuche treten bei PTBS Patienten mit 19,8% deutlich häufiger auf als in der Normalbevölkerung ebenso wie aggressive Verhaltensstörungen mit 88,2%. Näheres hierzu siehe im Anhang unter dem Stichwort Komorbidität.

### Delinquenz

Viele Symptome der PTBS können ganz allgemein zu einem Lebensstil führen, der in kriminelles Verhalten oder plötzliche Gewaltausbrüche mündet. Menschen, die an PTBS leiden, werden sehr häufig von Erinnerungen an das Trauma und chronischen Ängsten gequält.

Oft werden Alkohol und Drogen zur Selbstmedikation herangezogen. Die emotionale Abstumpfung, unter der viele Traumaüberlebende leiden, kann auf der anderen Seite zu riskantem Verhalten führen, als Versuch, sich wieder als emotional lebendiger Mensch zu empfinden.

Es existiert eine ganze Reihe von Studien, die Trauma und kriminelles Verhalten in Verbindung bringen. Allerdings sind diese Studien in verschiedenen Ländern an Intensivstraftätern gemacht worden ohne zu differenzieren, ob der Betroffene einen Fluchthintergrund hatte oder nicht. Weil diese Zusammenhänge aber für das Verständnis der Problematik allgemein sehr wichtig sind, wurde im Anhang ein Exkurs zu dieser Frage dargestellt.

Selten ist Delinquenz die direkte Folge einer Traumatisierung. Die ätiologischen Zusammenhänge sind in den meisten Fällen komplexer. Es gibt allerdings Hinweise, dass es auch direkte Zusammenhänge von Trauma und Delinquenz gibt. Sie stellt sich hauptsächlich auf zwei verschiedenen Wegen her.

Zum einen können bestimmte Krankheitssymptome plötzlich direkt zu kriminellm Verhalten führen (**vgl. Überlebenssyndrom**).

Zum anderen können Straftaten direkt mit einer individuellen traumatischen Erfahrung verbunden sein (**unbewusste Wiederholungen**).

### **Das Überlebenssyndrom** oder survivor mode<sup>167</sup>

Es wird beschrieben als:

- veränderter Bewusstseinszustand,
- Alarmbereitschaft,
- Überwachsamkeit,
- Übererregung, paranoide Vorstellungen,
- generalisiertes Misstrauen,
- und der Gebrauch von Überlebensstrategien und kognitiven Fähigkeiten, die während der traumatischen Episode erlernt wurden.

Dabei mag der Betroffene sich sowohl in die Rolle des Opfers als auch des Täters bringen. Delinquentes Verhalten kann dann besonders unter Bedingungen vollkommener oder partieller Dissoziation auf drei mögliche Arten entstehen:

- Andere anzugreifen und zu verletzen;
- Selbstdestruktives, riskantes Verhalten, (action addict behaviour)<sup>168</sup>;
- Reviktimisierung, Wiederholung der Opfererfahrung oder von Teilen der traumatischen Episode;

### **Unbewusste Wiederholungen**

Viele traumatisierte Menschen bringen sich, scheinbar ungewollt oder unbewusst in Situationen, die an das zugrunde liegende Trauma erinnern. Vor allem Kinder scheinen anfälliger für unbewusste Wiederholungen eines Traumas zu sein. Aber auch Erwachsene mit andauernden Persönlichkeitsänderungen nach extremen Belastungen geraten in solche veränderten Bewusstseinszustände.

Der Betroffene kann sich in diesem veränderten Bewusstseinszustand in Verkennung der äußeren Realität in die belastende traumatische Situation zurück versetzt fühlen und unter den geeigneten Umweltbedingungen auch Straftaten begehen. Anders als in der deutschen Rechtsprechung spielt in den Vereinigten Staaten die posttraumatische Erkrankung immer wieder eine entscheidende Rolle in der Rechtsprechung<sup>169</sup>. Sie kommt dort als Argument für verminderte Schuldfähigkeit durchaus häufig in Strafverfahren zur Sprache.

---

<sup>167</sup> Wilson & Ziegelbaum, 1983

<sup>168</sup> Zuckerman M., 1983

<sup>169</sup> Walker A.J., 1989

Straftaten, die direkt mit traumatischen Biographien verbunden sind, haben allerdings bestimmte Charakteristiken. Meist hat der Beschuldigte keine kriminelle Vorgeschichte und kann für sein Verhalten keine kohärente Erklärung abgeben. Andere mögen es auch schwierig finden irgendeine Motivation für die Tat zu benennen. Die Entscheidung zur Tat erscheint unerwartet und eine offenbar banale Situation mündet in Gewalt. Es mag eine teilweise oder vollständige Amnesie für die Tat vorliegen, aber der Betroffene vermag eine Reihe von Stressoren benennen, die der Tat vorausgingen und eine psychologische Verbindung zum ursprünglichen Trauma haben. Die Tat selbst mag symbolische oder realistische Verbindungen zum ursprünglichen Trauma haben. Allerdings sind diese dem Täter gewöhnlich nicht bewusst.

### **Substanzabhängigkeit bzw. -missbrauch**

Traumaüberlebende greifen oft aus Gründen, um den quälenden Erinnerungen und Emotionen zu entfliehen, zu Drogen oder Alkohol. Sie tun dies in der Regel als eine Form der Selbstmedikation. Vor allem bei Soldaten im Krieg wurde beobachtet, dass Alkoholgenuss vor Kampfeinsätzen eine gewisse Resistenz gegen die spätere Entwicklung traumabedingter Störungen bewirkte. Eine schlüssige physiologische Erklärung für dieses Phänomen gibt es noch nicht. Die Komorbiditätsrate von PTBS und Substanzmissbrauch ist relativ hoch. Natürlich können sich auch in der Folge von Drogenabhängigkeit delinquente Verhaltensweisen entwickeln.

### **Entwicklungsstörungen**

Kindheitstraumen können zu einer Unterbrechung der normalen Entwicklungsphasen eines Kindes führen. Entsprechend der Entwicklungsstufen, in die das Trauma eingreift, können diese normalen Entwicklungsstufen nicht gemeistert werden und es bleiben leichte bis schwere Defizite zurück, die sich bis ins Erwachsenenalter beeinträchtigend auswirken können, wie z.B.:

- sich selbst beruhigen zu können;
- die Welt als einen sicheren Ort erleben zu können;
- Vertrauen in andere entwickeln zu können;
- organisiertes und strukturiertes Denken entwickeln zu können;
- Missbrauch und Ausbeutung erkennen und vermeiden zu lernen;
- auf der Ebene der sensorischen Integrationsfähigkeit;
- bei Körperempfindungen wie z.B. Schmerz;
- bei der Bewegungskoordination;
- bei der Affektregulation.

Neuere neurophysiologische Studien gehen davon aus, dass bei Kindheitstraumen oder lang anhaltenden Zuständen von Missbrauch und Vernachlässigungen in der Kindheit persistierende hirnorganische Defekte entstehen<sup>170</sup>. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass diese unter günstigen äußeren Bedingungen durchaus reversibel sein können<sup>171</sup>. Auch die genannten Entwicklungsstörungen sind geeignet, mittelbar in spätere Delinquenz zu münden.

### **Maladaptive Copingstrategien/psycho-physiologische Fehlanpassungen**

Die „normalen“ physiologischen Reaktionen auf extremen Stress führen in oft lang anhaltende Zustände von Übererregung und Angst. Durch die traumatische Erfahrung wird das Nervensystem der Betroffenen in einen Alarmzustand versetzt, der auch lange nach dem traumatischen Geschehen fortbestehen kann, obwohl nach objektiven Kriterien kein Anlass mehr für das Gefühl der Bedrohtheit besteht.

---

<sup>170</sup> Perry B.D., 2000

<sup>171</sup> Hüther G, 2002

Wenn solche Erfahrungen noch dazu öfters gemacht werden, nimmt der psychische Apparat der Opfer aber auch der Körper einen bleibenden Zustand von Kampf- und Verteidigungsbereitschaft ein in Form von:

- erhöhter Wachsamkeit und Schreckhaftigkeit,
- generalisiertem Misstrauen,
- Aggressivität und erhöhte Reizbarkeit,
- chronischen Schlafstörungen,
- ständiger innerer Unruhe, Nervosität und Gereiztheit.

Die Symptome verursachen einen individuellen Leidensdruck und eine beachtliche Beeinträchtigung in verschiedenen Lebensbereichen (Beziehungsfähigkeit, allgemeine Leistungsfähigkeit, Arbeitsfähigkeit, Lernfähigkeit).

Vor allem Überlebende von wiederholten frühen Traumata neigen dazu, die gleichen Selbstschutzmechanismen im späteren Leben zu benutzen, die ihnen in der Zeit der traumatischen Erfahrungen Schutz boten wie Überwachsamkeit, Dissoziation (Abspaltung von Reizen und Wahrnehmungen), Vermeidungsverhalten und Abstumpfung. Auch wenn diese Folgeerscheinungen der Traumatisierung zu mannigfaltigen Komplikationen in der Auseinandersetzung mit der sozialen Umgebung führen, sind sie doch nichts anderes als der Versuch, mit den überwältigenden Gefühlen auf die bestmögliche Art umzugehen.

## Traumaprävalenz bei Flüchtlingen

Zum Zeitpunkt liegen weltweit nur zwei Studien vor, in welchen explizit die PTSD - Prävalenzen in der Population der Asylbewerber eines Landes erhoben wurden<sup>172 173</sup>. Erstere fand in Australien eine Prävalenz von 37% und in Deutschland von etwa einem Drittel in der betreffenden Flüchtlingspopulation. Dies ist im Kontext des vorliegenden Beitrags von Belang, da die angesprochenen jugendlichen Intensivtäter zum großen Teil Flüchtlingspopulationen entstammen. Was sich mit aller Vorsicht aufgrund dieser Studie sagen lässt ist, dass bei traumatisierten Kriegsflüchtlings- und Überlebenden von Folter oder Genozid die Erkrankungswahrscheinlichkeit bei 30 – 50% liegt. Wir können also damit rechnen, dass mindestens jeder dritte nach Deutschland geflohene Flüchtling an einer traumabedingten Störung erkrankt ist oder war. Dies gilt auch für jugendliche Flüchtlinge aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten. Wenn sie nicht selbst von traumatischen Gewalterfahrungen betroffen sind, so sind sie doch den Intergenerationseffekten traumatischer Erfahrungen von Familienangehörigen ausgesetzt. Ähnlich verhielt es sich bei europäischen Studien, in denen bei bosnischen und albanischen Flüchtlingen in Kroatien und Serbien-Montenegro<sup>174, 175, 176</sup> PTBS - Prävalenzen von 17 - 37% ermittelt wurden.

## Transgenerationeneffekte

Es gibt eine Vielzahl von Literatur<sup>177</sup> und wissenschaftlichen Studien darüber, wie extrem traumatisierende Erfahrungen Erwachsener in den Familien der Überlebenden oft über Generationen weiterwirken und weithin unbewusst die Entwicklungsmöglichkeiten nachfolgender Generationen prägen. In den Psychotherapien mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen zeigen sich die Gespenster der Verfolger. Ihre Wahrnehmung der Gegenwart ist darüber hinaus aber oft zusätzlich geprägt durch eine Vergangenheit, die nicht ihre eigene ist.

---

<sup>172</sup> Silove, 1997

<sup>173</sup> Neuner, 2005

<sup>174</sup> Mollica et al., 2001

<sup>175</sup> Marusic et al., 1995

<sup>176</sup> Cardozo et al., 2000

<sup>177</sup> Epstein, 1990

Wie von einem Zwang geleitet, der ihnen selbst unerklärlich ist, können sie Dinge tun, die, wie sich im Laufe einer Therapie allmählich herausstellt, eng mit der Geschichte ihrer Eltern verbunden sind. Wir haben es dann also mit unterschiedlichen „Gespenstern“ zu tun: Denen aus der nicht erinnerten Vergangenheit der Eltern, die unbewusste Zuschreibungen und Delegationen beinhalten, und denen, die das Trauma betreffen<sup>178</sup>. Im Zentrum der Krankheitsbilder dieser Kinder steht eine schwere Aggressionsproblematik, die auch die Versuche nachträglicher Trauerarbeit verhindert und in Depressionen verkehrt. Aggressive Impulse können sich auch gegen das eigene Selbst wenden.

Die unbewussten Aufträge traumatisierter Eltern an die Kinder lauten:

- Nachgeborene Kinder sollen die Brücke zum Leben sein, den Eltern nach jahrelanger Konfrontation mit dem Tod das psychische Leben schenken;
- sie sollen verlorene Liebesobjekte ersetzen;
- sie sollen den Hass der Eltern ausagieren, die an ihnen begangenen Verbrechen rächen;
- sie sollen die Eltern trösten, ihre erdrückenden Scham- und Schuldgefühle lindern helfen, die Verleugnung aufheben und für sie die Trauerarbeit tun.

Wo immer es bei Kindern und Jugendlichen um Abgrenzung und Rivalität innerhalb ihrer Entwicklungsstadien geht, also das Abarbeiten aggressiver Impulse gefordert ist, kann sich die Spaltungsdiagnostik Täter - Opfer, Verfolger - Verfolgter dann auch vehement zwischen Eltern und Kindern entfalten, so dass sich die schwere Störung im Umgang mit eigenen Aggressionen, die im Zentrum des Überlebenssyndroms gefunden wurde, in den neuen Familien ausbreitet und an die Kinder weitergegeben wird.

Aus der Entwicklungspsychologie ist seit langem bekannt, dass zur gesunden Entwicklung von Kindern erwachsene Bezugspersonen gehören, die die Entwicklung der nachfolgenden Generation schützend und stützend begleiten. Wenn diese erwachsenen Bezugspersonen aber immer wieder durch ihre eigenen traumatischen Erinnerungen und Ängste gequält werden oder wenn sie gar selbst in einem traumatischen Prozess eigener Verfolgung und Bedrohung verstrickt sind, so verlieren sie diese so nötige Resonanzfähigkeit für die Bedürfnisse ihrer Kinder. Als Erwachsene selbst bedürftig, begegnen sie den regressiven Bedürfnissen ihrer Kinder mit schroffer Abwehr oft sogar aggressiver Gewalt. Eigene schmerzhaftes Erinnerungen von Hilflosigkeit, Überwältigung und Ohnmacht werden dann unter Umständen zur Quelle der Abwehr der naturwüchsigen Hilfsbedürftigkeit des Kindes, ja im schlimmsten Falle sogar zur Ursache des weitgehenden Versagens in der Elternfunktion, zur Ursache von innerfamiliärer Gewalt und einem Klima der seelischen Verwahrlosung und der Vernachlässigung der Kinder. Paradoxe Weise führt die Erfahrung von Gewalt in vielen Fällen nicht zwangsläufig zur Einsicht in ihr destruktives Wirken, insbesondere dann nicht, wenn die eigenen schmerzhaften Erfahrungen der Betroffenen verdrängt oder verleugnet werden (müssen).

## **Risiko- und Resilienzfaktoren bei traumatisierten Flüchtlingen<sup>179</sup>**

Warum der eine nach einem Trauma erkrankt oder einen einschneidenden Bruch seiner Identitätsentwicklung erfährt und unter Umständen lebenslange Folgeschäden davonträgt und ein anderer nicht erkrankt oder sich nach einiger Zeit von der Störung ohne weitere gesundheitliche oder soziale Beeinträchtigungen wieder erholt, dafür hat man einige maßgebliche Faktoren ausgemacht, die eine zentrale Rolle im psychischen Verarbeitungsprozess spielen.

### **Die traumatische Gewalterfahrung selbst**

Art, Dauer und Intensität der traumatischen Erfahrung haben einen wesentlichen Einfluss auf den Verlauf der Verarbeitung.

---

<sup>178</sup> Shengold, 1995

<sup>179</sup> Koch D.F., 2004

Im Allgemeinen gilt, je intensiver die traumatisierende Kraft ist, desto zerstörender und tiefgreifender die Wirkung. Je länger die Belastungssituation andauert, umso hartnäckiger prägen sich auch die pathogenen Folgen in Körper und Psyche ein. Geht das Trauma von Menschen aus, womöglich noch von Bezugspersonen aus dem nahen sozialen Umfeld, umso höher die Wahrscheinlichkeit, dass negative Auswirkungen auf Beziehungsfähigkeit, Affektkontrolle, Lern- und Anpassungsfähigkeit zu erwarten sind. Je jünger der Betroffene zum Zeitpunkt der ersten traumatischen Erfahrung ist, umso gravierender sind die Beeinträchtigungen in Folge und umso höher ist die Wahrscheinlichkeit von sekundären Entwicklungsstörungen. 30 – 50% aller in Deutschland Asyl suchender Flüchtlinge sind unabhängig von Alter, Geschlecht und ethnischer Herkunft mehr oder weniger stark von traumabedingten Folgeschäden betroffen.

### **Soziale Unterstützung (social support):**

Wenn die Person ein intaktes, tragendes und unterstützendes soziales Umfeld hat, Familie, Freunde oder Bekannte Unterstützung und Hilfe anbieten, dann ist die Wahrscheinlichkeit negativer Entwicklungsverläufe wesentlich geringer und die Chance der Erholung von einer traumatischen Erfahrung erheblich höher als wenn dieses soziale Netz nicht vorhanden ist oder nicht im Sinne einer Unterstützung funktioniert. Bei Flüchtlingen, die zum Teil ihre gesamten sozialen Bezüge aufgegeben oder verloren haben, fällt der stabilisierende Faktor des sozialen Netzes oft ganz weg. Der Wegfall des gewohnten sozialen Unterstützungssystems stellt einen großen Belastungsfaktor im Sinne des Erkrankungsrisikos dar und übt erheblichen Druck auf Flüchtlingsfamilien im Exil aus. Die letzten Leidtragenden sind dann oft die Kinder. Berücksichtigt man transgenerationale Effekte der Traumatisierung, so stellen gerade junge Flüchtlinge in besonderem Maße eine vulnerable Gruppe für Gewalterfahrungen vor und nach der Flucht nach Deutschland dar.

Unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus gilt, wer durch seine Eltern massive Schläge und Misshandlungen erlebt hat, wird erheblich häufiger selber gewalttätig als nicht geschlagene junge Menschen. Für Jugendliche, die Opfer massiver elterlicher Gewalt (Prügelstrafen oder Misshandlungen) geworden sind, wird die Familie selbst zum Risikofaktor<sup>180</sup>. Solche Gewalterfahrungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit beträchtlich, dass die betroffenen Jugendlichen selber Gewalt ausüben und sie vermindern die Fähigkeit der Familie, ihre Mitglieder gegen traumatische Einwirkungen von außen zu schützen.

Ähnliches gilt auch über das familiäre Umfeld hinaus für das weitere soziale Umfeld und die Gesellschaft als Ganzes. Wenn man nämlich den Resilienzfaktor soziale Unterstützung genauer untersucht, so stößt man auf ein wichtiges, paradox anmutendes Phänomen. Die entscheidende Resilienzwirkung hat nicht die objektiv gegebene Unterstützung, sondern die subjektiv erfahrene Unterstützung und das Gefühl der Einbettung in ein stützendes soziales Netz.<sup>181</sup>

Im Rahmen einer im Auftrag von *terres des hommes* durchgeführten wissenschaftlichen Begleitung der Gruppenarbeit mit jugendlichen Flüchtlingen in Berlin, die im BBZ (Beratungs- und Betreuungszentrum von jungen Flüchtlingen und Migrant/innen) 2005 angeboten wurden, sollten stabilisierende und belastende Faktoren der Jugendlichen im täglichen Leben herausgearbeitet werden, insbesondere in Bezug auf die soziale Integration und Lebensperspektiven der Zielgruppe. Dabei ging es vor allem auch um die Prüfung der Frage, wie die Beratungs-, Gruppen- u. a. Unterstützungsangebote von den Jugendlichen bewertet werden.<sup>182</sup> Die jugendlichen Flüchtlinge hatten entweder selbst extrem traumatische Erfahrungen, waren durch die Traumatisierung der Eltern in Mitleidenschaft gezogen oder waren kumulativ traumatisiert.

---

<sup>180</sup> Pfeiffer, Wetzels, 1999a

<sup>181</sup> Kaniasty K, 2005, Bowlby J., 1995, Kavemann, Kreyssig, 2006, Streek-Fischer A, 1998

<sup>182</sup> Die wissenschaftliche Begleitung entstand in Zusammenarbeit mit einem Postgraduiertenseminar „European Master in Intercultural Education“ am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie an der Freien Universität Berlin im WS 2005/2006 unter Leitung von Dr. David Becker und Dipl.-Psych. Sibylle Rothkegel. Manuskript ist noch unveröffentlicht.

Aus den vorgestellten Einzelergebnissen ergibt sich ein überraschend einheitliches Bild. Das heißt, trotz erheblicher Unterschiede der Hintergründe und auch der Lebensgeschichten der Familien erweist sich in Bezug auf Stabilität und Instabilität eine hohe Einheitlichkeit, die der gemeinsamen Realität marginalisierter Flüchtlinge in Deutschland geschuldet ist. Dabei fällt insbesondere Folgendes auf:

- Obwohl die meisten von ihnen schon sehr viele Jahre in Deutschland leben und zur Schule gegangen sind, real also Deutschland sehr viel besser kennen als ihr Heimatland, welches sie in den meisten Fällen eigentlich nur aus Erzählungen kennen, sind sie alle stark identifiziert mit ihrer Identität als „Ausländer“. Sie nehmen sich selbst als Fremde wahr, fühlen sich durch „die Deutschen“ ausgegrenzt und grenzen sich auch selbst gegenüber diesen deutlich ab. Ihre gesamte Identität ist also geprägt von der erfahrenen Marginalisierung. Das führt zu der paradoxen Selbsteinschätzung, dass der einzige Ort, den man ein Leben lang kennt, sich dadurch auszeichnet, dass man in ihm als Fremder existieren muss.
- Die Jugendlichen leben offensichtlich in abgegrenzten Ausländerghettos. Ihre Lebensgestaltung, Beziehungserwartungen und -handhabungen sind von der festen Überzeugung geprägt, dass man sich nur unter Ausländern verständigen kann und dass man Deutschen lieber aus dem Weg gehen sollte. Dabei tauchen interessante Klischees auf, wie z.B. die Vermutung, dass man nicht tun dürfe, was deutsche Jugendliche tun, denn die seien ja kriminell, und man selbst würde bei einer kriminellen Handlung sofort abgeschoben. Anscheinend gibt es feste Ghattoregeln, an die sich alle halten, und die unter verschiedenen Ausländergruppierungen durchlässiger sind als gegenüber den Deutschen.

Es ist zu erwarten, dass gerade traumatisierte Jugendliche in einer solchen Lebensrealität eher selten die Erfahrung sozialer Unterstützung und Einbettung in ein stützendes soziales Netz machen können, wodurch der zentrale Resilienzfaktor gegen Negativentwicklungen bei traumatisierten Jugendlichen wegfällt. Die Ergebnisse der zitierten Studie bestätigen diese Hypothese.

### **Hinzukommende kritische Lebensereignisse:**

Oft treten in Folge der Traumatisierung weitere kritische Lebensereignisse hinzu. Flüchtlinge sehen sich oft nach dem traumatischen Ereignis weiterer Verfolgung ausgesetzt, werden aus ihrer angestammten Umgebung vertrieben, ihrer Existenzgrundlage beraubt oder zur Flucht ins Ausland getrieben, wo die bisher erlernten Kulturtechniken nicht mehr brauchbar sind und sie als Kulturfremdlinge einem unverstandenen System von Normen und Gesetzen gegenüberstehen mit vorwiegend frustrierten Erfahrungen oft über eine lange Zeit hinweg, bis eine gewisse Anpassung an die neue Umgebung erreicht ist. Dies führt dann oft zu „Sekundärtraumatisierungen“, einem fortlaufenden Prozess sequentieller Traumatisierung, Anpassungsstörungen (z.B. Entwurzelungssyndrom) oder lang anhaltenden depressiven Reaktionen. Vor allem jugendliche Flüchtlinge erfahren diese anhaltende Übergangssituation oft als äußerst belastend.

Letztendlich bleiben diese Jugendlichen in einer widersprüchlichen sozialen Situation gefangen, die in Allem dem widerspricht, was für sie alters- und entwicklungsgerecht erforderlich wäre. Statt selbständig und autonom zu werden, müssen sie abhängig und unselbstständig bleiben. Jedes Symbol des Erwachsenseins wird ihnen verweigert, beispielsweise der Führerschein. Wenn sie resignativ - infantil oder asozial werden, fallen sie sozial auf, aber eigentlich würden sie damit sehr viel mehr und ehrlicher dem entsprechen, was von ihnen sozial verlangt wird als wenn sie versuchten, sich als verantwortungsvolle junge Erwachsene zu verhalten. Im Spannungsfeld dieses Dilemmas steht jede Intervention, die versucht, den restriktiven Rahmenbedingungen durch Förderung der Autonomiebestrebungen der Betroffenen entgegenzuwirken.

All diese zusätzlichen Belastungen begünstigen die Entwicklung von negativen Verarbeitungsverläufen von Traumatisierungen bei Jugendlichen.



## **Vergangene traumatische Erfahrungen:**

Sind dem Trauma bereits traumatische Erfahrungen vorausgegangen, so ist dies geradezu ein Prädiktor für die Entwicklung von chronischen posttraumatischen Störungen und negativen Verarbeitungsverläufen. Entsprechend ernst zu nehmen ist die Gefahr von Chronifizierung und Dynamisierung der Störung bei Retraumatisierungen. Dieser Aspekt hat eine eminente Bedeutung für die Beschaffenheit des Strafvollzuges vor allem bei Ersttätern. Ist der Strafvollzug so beschaffen, dass er die Täter nicht auch in ihrer Eigenschaft als Überlebende bzw. Opfer von Gewalterfahrungen wahrnimmt und statt Hilfe an dieser Stelle lediglich eine weitere traumatische Erfahrung setzt, so fügt er den betroffenen Opfern eine weitere Sequenz traumatisierender Erfahrungen zu und trägt somit zur Chronifizierung des Opfer - Täter - Komplexes bei.

## **Reaktionen der Umwelt und sozioökonomische Rahmenbedingungen**

Das Gefühl von Sicherheit, einer gewissen Akzeptanz und Geborgenheit sind *conditio sine qua non* jeder psychischen Stabilisierung nach Trauma. Umgekehrt wirkt sich eine Umgebung, von der aktuell noch eine reale Gefahr ausgeht, die offen oder verdeckt feindselig reagiert oder die auch nur als bedrohlich empfunden wird, als ernstes Krankheitsrisiko aus. Laufende juristische Verfahren, unsicherer Aufenthalt, frustrane Behördenkontakte haben eine ähnlich erschwerende Wirkung für die Verarbeitung der traumatischen Erfahrung. Selbstverständlich sind auch eine perspektivlose ökonomische Situation oder die gänzlich fehlende Existenzgrundlage, alltägliche Diskriminierungen Belastungsfaktoren, die den Verlauf der Traumaverarbeitung entscheidend negativ beeinflussen. Ferner hat sich gezeigt, dass die von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe betroffenen Eltern ihre Kinder mehr als doppelt so oft misshandelt haben, dass also auch schlechte sozioökonomische Rahmenbedingungen Gewalterfahrungen in Familien erzeugen und die Resilienzfähigkeit von Familien gegenüber traumatischen Stress von außen verringern. Die bereits zitierte Studie an jungen traumatisierten Flüchtlingen liefert auch in diesem Punkt aufschlussreiche Ergebnisse.

Bei differenzierter Betrachtung kommen nicht nur der sozialen Herkunft (handelt es sich z. B. um angeworbene Wissenschaftler und Künstler oder ungelernte Arbeiter), sondern auch dem Aufenthaltsstatus und der Dauer des Aufenthalts eine bedeutende Rolle zu. Geht es beispielsweise um Jugendliche, die im Zuwanderungsland geboren sind (die sog. 2. und 3. Generation), oder haben wir es mit Kindern von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu tun, die über Jahre hinweg immer wieder nur kurzfristig „geduldet“ sind, in permanenter Angst vor Abschiebung und mit starken Einschränkungen, wie Residenzpflicht, Ausbildungs- und Arbeitsverbot, d.h. unter lang andauernder großer Belastung leben müssen.

Bezüglich der Ausbildungsaktivitäten und Integrationsmaßnahmen zeigt sich eine interessante Mischung von sich widersprechenden Haltungen bzw. Erwartungen. Auf der einen Seite nehmen die Jugendlichen die Angebote gerne an, weil sie ihnen etwas zu tun geben, weil sie dabei mit anderen in Kontakt kommen, weil sie etwas lernen und weil sie das Gefühl haben, dass man sich in diesen Zusammenhängen für sie interessiert. Auf der anderen Seite aber werden all diese Maßnahmen von den Jugendlichen als letztendlich sinnlos empfunden, da sie nirgendwo hinführen, so lange sie nicht arbeiten dürfen. Das, was sie gelernt haben, können sie ja nicht gewinnbringend einbringen, denn das ist ihnen verboten. So fühlen sich diese Jugendlichen als Parasiten, aber nicht etwa, weil sie das so wollen, sondern weil man sie dazu zwingt. Die Grundhaltung ist resignativ - akzeptierend. Zwischendurch wird die Bereitschaft deutlich, die Initiative zu ergreifen, aber die Jugendlichen lernen schnell, solche Bereitschaft zu bremsen, damit die Frustration nicht zu groß wird. Solche politisch gewollte Ausgrenzung wirkt sich auf Jugendliche, die an traumabedingten Beeinträchtigungen leiden, besonders destruktiv aus. Sie erzeugt nicht nur ein allgemein für Jugendliche in einer entscheidenden Phase ihrer Entwicklung schädliches, erzwungenes psychosoziales Moratorium, sondern greift gleichzeitig verstärkend in den störungsimmanenten Mechanismus der sozialen Entfremdung, des generalisierten, misstrauischen Rückzugs, der pessimistischen Zukunftssicht, der grüblerischen Verstricktheit in die traumatische Vergangenheit und der latenten Selbst- und Fremdgefährdung ein.

## Zusammenfassung

- Jugendliche Intensivtäter mit Migrations- oder Fluchthintergrund sind mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit im Vergleich zur deutschen Normalbevölkerung selbst Überlebende traumatischer Gewalterfahrungen oder stammen aus traumatisierten Familien. Entsprechend häufiger hatten sie unter den transgenerationellen Wirkungen traumatischer Gewalt in ihren Familien zu leiden, also unter innerfamiliärer Gewalt oder dem Versagen der Familie als Ressource der Unterstützung aufgrund der Traumatisierung des gesamten familiären Systems.
- Traumatische Gewalterfahrungen haben einen signifikanten Einfluss auf junge Menschen und können direkt oder indirekt auch in kriminelles Verhalten münden. Sie kommen daher in den Lebensgeschichten junger Straftäter regelmäßig vor, ganz unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit oder Aufenthaltsstatus. Selbstverständlich sind Flüchtlingspopulationen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten, Verfolgte aus totalitären Staaten, Heimatvertriebene mit zum Teil Generationen übergreifenden Fluchtschicksalen stärker und häufiger von Traumatisierungen in ihren Biographien betroffen als die deutsche „Normalbevölkerung“.
- Die Hypothese, dass die Häufung traumatischer Erfahrungen bei jungen Flüchtlingen mit ihrer Häufung unter jugendlichen Intensivtätern korreliert, wäre mit den beobachteten Phänomenen durchaus verträglich. Allerdings gilt auch, dass es keinen Determinismus zwischen Traumatisierung und Delinquenz gibt. Obwohl die Mehrheit der traumatisierten Menschen nicht straffällig wird, können dennoch traumatische Gewalterfahrungen zur Herausbildung von kriminellem Verhalten führen und sind bei einer Mehrheit jugendlicher Intensivtäter mit Migrationshintergrund auch ursächlich dafür verantwortlich.
- Traumatische Gewalterfahrungen hinterlassen typische gesundheitliche und psychosoziale Folgeerscheinungen in jungen Menschen, die identifiziert werden können. Es sind geeignete klinische Instrumentarien vorhanden, die eine eindeutige Identifikation von Traumafolgen bei Jugendlichen erlauben.
- Traumabedingte Erkrankungen lassen sich effektiv und gezielt psychotherapeutisch behandeln.

## 6. Frühe Erscheinungsformen von Gewalt im Kindesalter

### Entwicklung von Aggression

Vielfach wird die „Verjüngung“ der Gewaltauffälligkeit mit Sorge als ein ungünstiges sozialpolitisches Signal betrachtet. Jedoch kann gerade diesem Aspekt aber auch eine „positive Botschaft“ entnommen werden, weil nämlich so eher zu erwarten ist, dass diese Jugendlichen vermutlich am Beginn einer „delinquenten Karriere“ stehen und erzieherische Bemühungen deshalb eher einen Erfolg zeitigen werden, wogegen bei älteren Delinquenten Fehlentwicklungen bereits stärker verfestigt sein könnten. Deshalb ist die Kenntnis von frühen Erscheinungsformen der Gewalt als ein Diagnostikum für Eltern, Erzieher/innen und Lehrkräfte von hoher Relevanz.

Im Laufe der individuellen Entwicklung (Ontogenese) werden zunächst die „harten“ Formen der Aggression (physische Aggression) erworben, bevor es zu „Softformen“ wie psychischer und verbaler Aggression (d.h. Missachtung und Beleidigung des anderen) kommt. Einer Person Verletzungen durch Schlagen zuzufügen ist eine relativ primitive bzw. einfache Verhaltensweise. Psychische Aggression hingegen setzt voraus, dass der Akteur die Perspektive des anderen einnehmen und die Wirkung auf den anderen antizipieren kann. Das jedoch sind Fähigkeiten, die erst in der späteren Kindheit erworben werden können.<sup>183</sup>

---

<sup>183</sup> Tremblay, 2000

Sowohl die Entstehung als auch die Aufrechterhaltung des aggressiven Verhaltens muss als ein multi-kausales Geschehen begriffen werden, in das biologische, psychologische, soziologische und situative Faktoren eingehen, die vielfach miteinander verflochten sind, wie das Ineinandergreifen des biologischen Risikos (z. B. einer Geburtskomplikationen oder einer Fehlbildung) mit einem psychologischen Risiko (bspw. der Ablehnung durch die Mutter und andere frühe Bezugspersonen) und dem späteren delinquenten Verhalten.

Wie häufig kommen aggressive Verhaltensweisen vor (Prävalenz)? Aggressives Verhalten zählt zu den häufigsten Auffälligkeiten: Es tritt bei 2 - bis 7% aller Kinder und Jugendlichen auf.<sup>184</sup> Bei einer repräsentativen epidemiologischen Studie<sup>185</sup> wurden rund 3% aller Mädchen und rund 6% aller Jungen von ihren Eltern als ausgesprochen aggressiv eingestuft. Bei einer Selbsteinschätzung stuften sich in der Gruppe der 11-bis 18-jährigen rund 6% der Mädchen und 7% der Jungen als aggressiv ein.

Bezüglich der Ausdrucksform scheinen starke geschlechtsspezifische Ausprägungen vorzuherrschen: Während aggressive Akte sich bei Jungen eher offen und direkt in Form von physischer Verletzung und Raufereien zeigen, tendieren Mädchen dagegen eher dazu, indirekte aggressive Verhaltensweisen zu zeigen, d.h. verbal oder „relational“ den anderen zu verletzen. Mit relationaler Verletzung ist das Bemühen gemeint, die Beziehungen einer Person zu einer anderen zu zerrütten oder Gerüchte über diese Person zu verbreiten („relationale Aggression“ oder auch „indirekte Aggression“) und ihr so einen Schaden zuzufügen.

Dennoch ist festzuhalten, dass Aggression wesentlich ein Jungenphänomen bzw. ein „männliches“ Phänomen ist (4 : 1 Verhältnis von Jungen und Mädchen; ca. 10 % aller Jungen weisen aggressive Verhaltensweisen auf, bei Mädchen sind es dagegen nur rund 2 - 3 %). Die Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen beginnen zwischen dem vierten und dem fünften Lebensjahr und vergrößern sich nach Schuleintritt. Oft geht mit **aggressiven** Verhaltensweisen auch ein **hyperkinetisches** Verhalten einher, was häufig zu Sekundärproblemen wie Schul- und Leistungsschwierigkeiten führt. Des Weiteren sind gehäuft auch **Aufmerksamkeitsdefizite, Depressionen und Angststörungen** bei aggressiven Kindern vorzufinden; deshalb spricht die Forschung von komorbiden Störungen. Mehrfachbelastete weisen in der Regel auch eine ungünstigere therapeutische Perspektive auf. So zeigten in einer Studie von Döpfner et al.<sup>186</sup> rund ein Viertel aller aggressiven Jugendlichen auch Aufmerksamkeitsprobleme. Dieser Zusammenhang von Aufmerksamkeitsproblemen und Hyperaktivität konnte auch in weiteren Studien bestätigt werden.<sup>187</sup> Gerade bei Gewalthandlungen von Kindern in Situationen der Angst und Unsicherheit wird angenommen, dass diese u. a. aus geringen Ressourcen an verfügbaren Aushandlungsstrategien resultieren und Gewalt ein Ausdruck dieser Verunsicherung ist. Andere Autoren wiederum sehen Zusammenhänge zwischen kognitiven Problemlösekapazitäten in sozialen Situationen und aggressivem Verhalten.<sup>188</sup> Exemplarisch konnte in einer Stichprobe mit 144 Jugendlichen im Alter von 15-18 Jahren gezeigt werden, dass die aggressiveren unter ihnen auch signifikant geringere Leistungen in der sozialen Problemlösefähigkeit aufwiesen.

Deshalb ist die Aggression in einigen Fällen auch als eine Flucht nach vorn zu begreifen; nicht selten zeigen sich aggressive Personen, insbesondere Kinder und Jugendliche, auch als ängstlich. Wenn hierbei der aggressive Akt dazu beiträgt, die eigene Angst abzubauen, wirkt er verstärkend; er wird als eine angstreduzierende Handlung angenehm in das eigene Verhaltensrepertoire aufgenommen und in ähnlichen, als Bedrohung empfundenen Situationen eingesetzt. Vermehrte aggressive Akte führen jedoch zu einer häufigeren Ablehnung und Bestrafung durch die Umwelt, was wiederum zu weiterem Bedrohungserleben führt. Petermann und Petermann (2000) haben dieses Aufschaukeln der aggressiven Person - Umwelt - Interaktion modellhaft beschrieben (Selbstregulationsmodell angstmotivierender Aggression) und es leicht nachvollziehbar veranschaulicht.

---

<sup>184</sup> Petermann, 2000

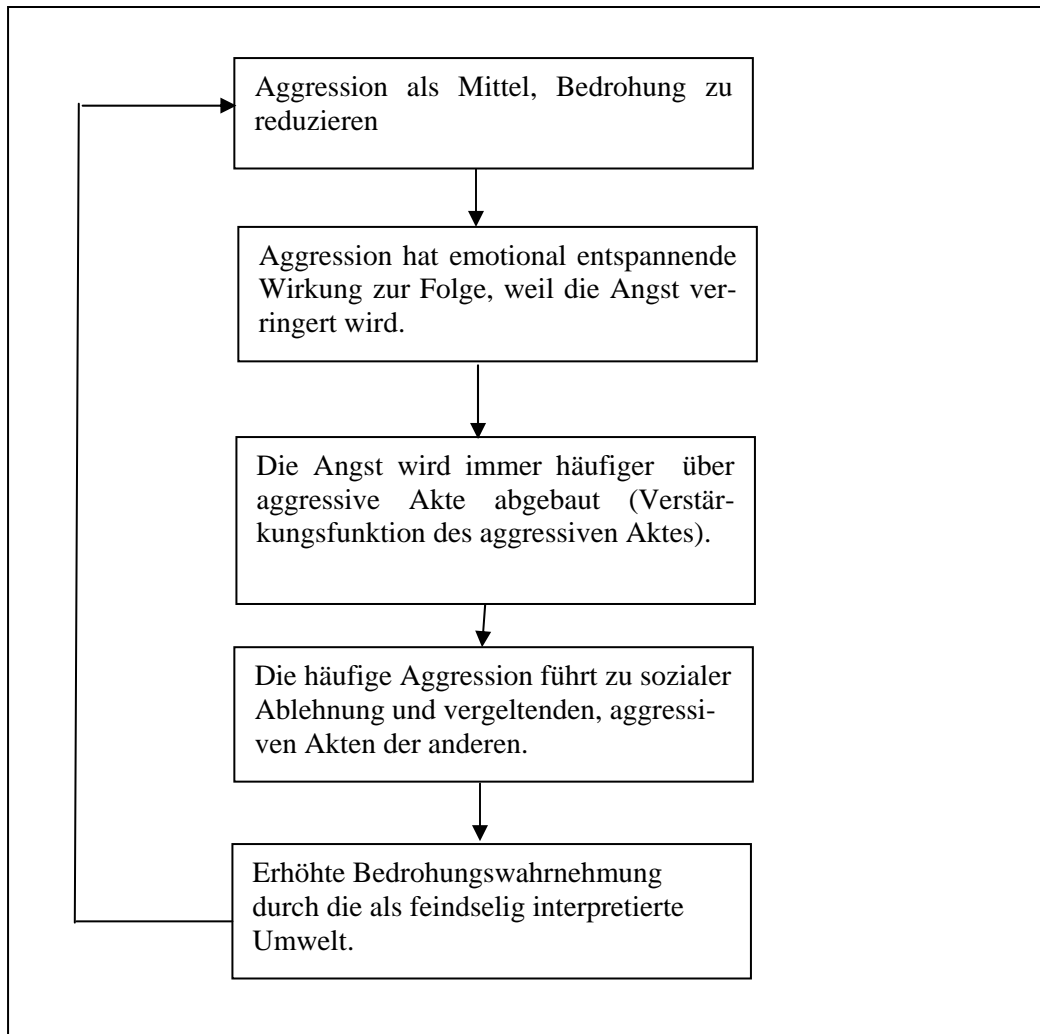
<sup>185</sup> Döpfner et al., 1998

<sup>186</sup> Döpfner et al., 1998

<sup>187</sup> Petermann & Scheithauer, 1998

<sup>188</sup> Slaby and Guerra, 1998

### Modell der Aggressionsverstärkung<sup>189</sup>



Ferner scheint Aggression ein relativ stabiles Persönlichkeitsmerkmal zu sein; dabei gilt:

- je früher und häufiger das problematische Verhalten auftritt,
- je ausgeprägter und vielfältiger es sich äußert und
- je unabhängiger es vom Kontext ist,

desto stabiler ist auch der Verlauf.

In einer Untersuchung an männlichen Einwohnern Londons konnte Farrington<sup>190</sup> eine signifikante Stabilität und Kontinuität von Aggression nachweisen. So konnte bei einer früh verfestigte Aggression spätere Delinquenz und Kriminalität relativ gut vorausgesagt werden. Beispielsweise erwies sich die von Gleichaltrigen im Alter von 8 Jahren beurteilte Aggressivität als ein signifikanter Indikator strafrechtlicher Verurteilungen im Alter von 30 Jahren. Als wichtigste **Kindheitsprädiktoren** für Aggression und Gewalt wurden in dieser Untersuchung folgende Dimensionen, die hier keine Rangfolge beanspruchen, herausgestellt:

<sup>189</sup> Petermann und Petermann, 2000, S.13

<sup>190</sup> Farrington, 1995

- Ökonomische Benachteiligung (schlechte Wohnverhältnisse, Größe der Familie etc.),
- Kriminalität in der Familie (verurteilte Eltern, delinquente Geschwister),
- ungeeignete Erziehungsmethoden (strenge, autoritäre Erziehung),
- Schulversagen (geringe Intelligenz und Leistung),
- Hyperaktivität, Impulsivität, Konzentrationsmangel,
- antisoziales Verhalten.

Des Weiteren ist aus der Bindungstheorie bekannt, dass Kinder mit stabilen Bindungen an ihre primären Bezugspersonen über besser entwickelte soziale Fähigkeiten verfügen, während **unsichere frühkindliche Bindungen**, insbesondere bei Jungen, mit häufigerem aggressiverem Verhalten einhergehen. Forschungsergebnisse belegen, dass jugendliche Gewalttäter über **geringere Fähigkeiten der Perspektivenübernahme** verfügen. Vermutlich sind sie Kinder gewesen, die im Kleinkind- und Säuglingsalter nicht über verlässliche Bezugspersonen verfügten, somit von früh an eher misstrauisch gegenüber ihrer Umwelt waren und diese eher feindselig wahrgenommen haben.

## 7. Risiko- und Resilienzfaktoren familialer und jugendlicher Gewalt

In einem historischen Rückblick lässt sich erfreulicher Weise festhalten, dass in Deutschland ab den 50iger Jahren ein deutlicher Rückgang familialer Gewalt und körperlicher Strafen in der Erziehung zu verzeichnen ist. Jedoch bedeutet dies keineswegs ein Ende der Gewalt und eine völlige Pazifizierung der Gesellschaft. Vielmehr, so scheint es, entwickelt sich Gewalt an den Randgruppen der Gesellschaft ungehindert weiter. Die Forschung zeigt, dass ein deutliches Ansteigen der Gewaltrate bei Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, Armut, sozialer Ausgrenzung und schwieriger Integrationsperspektive festzustellen ist.<sup>191</sup> Auf eine dieser Gruppen, und zwar die der Migrant/innen, soll im Folgenden fokussiert werden, wobei der Schwerpunkt mehr auf die Schutz- und Resilienzfaktoren als auf die Risiken gelegt wird. Festzuhalten ist, dass die Gewaltbelastung von Jugendlichen in der Forschung immer mehr als ein dynamisches Zusammenspiel von Risiken und den ihnen entgegenstehenden Ressourcen verstanden wird.

### Risiken gewaltförmigen Handelns von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Im Folgenden sollen einige Risiken und Schutzfaktoren besprochen werden, die in enger Assoziation mit der eigenen Gewalttätigkeit und der Gewaltakzeptanz stehen. Dabei sind diese keineswegs spezifisch nur für Jugendliche mit Migrationshintergrund, kommen aber bei ihnen gehäuft vor.

#### Eigene Gewalterfahrungen, insbesondere in der frühen Kindheit

Diese stellen in den meisten Fällen gravierende Beeinträchtigungen der Entwicklungsmöglichkeiten dar, auch wenn Betroffene nicht immer unmittelbar nach der Gewalteinwirkung auffällige Symptome zeigen. Deshalb kann die Intervention in diesem Bereich nie rechtzeitig genug sein. Dabei können Risikofaktoren auf **Seiten des Kindes** – damit sind in erster Linie Aspekte angesprochen, die ein Kind mit höherer Wahrscheinlichkeit Opfer von elterlicher Gewalterfahrungen machen – folgende sein:

- Temperament und schwer Erziehbarkeit des Kindes: Unruhige Verhaltensweisen, die bei Eltern aggressive Reaktionen provozieren,

---

<sup>191</sup> Vgl. Pfeiffer & Wetzel 1999

- Alter und Gesundheit des Kindes: Entwicklungsbedingt haben jüngere Kinder eher Schwierigkeiten, ihre Emotionen zu regulieren und werden eher Opfer von Gewalterfahrungen, weil sie ihr Verhalten und die darauf folgende elterliche Reaktionen nicht verbinden bzw. antizipieren können. Deshalb ist Gewalt gegen Kinder im Alter von 3 bis 8 Jahren am häufigsten anzutreffen. Darüber hinaus sind Kinder, die ihre Eltern durch eine (chronische) Erkrankung oder durch belastendes Verhalten (Aggression, Einkoten, Einnässen etc.) „stressen“, eher der Gefahr ausgesetzt, Opfer elterlicher Gewalt zu werden.

Ferner sind für ein Verständnis der Gewalt im familialen Kontext auch die **Risiken auf Seiten der Eltern** zu betrachten, die u.a. in folgenden Aspekten liegen können:

- **Elternpersönlichkeit:** Diese ist als der wichtigste Risikofaktor einer Kindesmisshandlung zu werten, denn misshandelnde Eltern haben häufig Schwierigkeiten der Impulskontrolle, ein niedriges Selbstwertgefühl und beschränkte Fähigkeiten zur Empathie, was auch die Interventionsarbeit erschwert.
- Ein weiterer Risikofaktor liegt in der relativen **Armut** und einer **geringen Bildungsstufe** der Eltern.  
Gerade für türkische Familien sind diese Zusammenhänge besonders auffällig: Zum einen ist bei ihnen die Arbeitslosigkeit, was in der Regel Armut und materielle Deprivation impliziert, mit rund zwanzig Prozent doppelt so hoch wie die der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft. Zum anderen verfügen türkische Elternteile, die im Zuge der Familienzusammenführung aus der Türkei hierher gekommen sind, vielfach nur über eine fünf- bis maximal achtjährige Schulbildung. Denn erst seit einigen Jahren (seit 1998) ist in der Türkei die Schulpflicht auf 8 Jahre angehoben worden. Für die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes zeigen erziehungspsychologische Längsschnittstudien<sup>192</sup>, dass zu allen Messzeitpunkten die Schulbildung der Mutter den wichtigsten Prädiktor bildet. Insofern müssen Interventions- und Präventionsprogramme stärker auch auf Bildung der Mütter fokussieren.
- **Junges Alter der Eltern:** Vielfach ist frühe Mutterschaft ein Risikofaktor; auch hier sind insbesondere Migrant/innen, v.a. türkische Mütter, von früher Mutterschaft deutlich stärker betroffen. Gerade wenn Eltern selber noch Teenager und bedürftig sind, zugleich aber sensibel zu sein haben für kindliche Bedürfnisse, fühlen sie sich damit häufig überfordert. Nicht selten ist in Beratungs- und Therapiekontexten zu erleben, dass junge Frauen, die, auch in Deutschland den ländlichen Traditionen folgend, mit knapp 18 Jahren geheiratet haben (oder verheiratet wurden) und im Alter von 20 bis 25 Jahren zwei und mehr Kinder zu versorgen haben. In der Forschung werden insbesondere jugendliche Mütter als eine Hochrisikogruppe eingeschätzt. Sie verfügen vielfach nur über eine eingeschränkte Erziehungs- und Pflegequalitäten<sup>193</sup>. Im Vergleich mit älteren Müttern haben sie weniger Kenntnisse über das Entwicklungstempo der Kinder und über die Entwicklungsangemessenheit kindlicher Verhaltensweisen. Ferner neigen sie eher zu Erziehungseinstellungen, die Strafen bevorzugen und sind im Umgang mit ihrem Säugling und Kleinkind weniger feinfühlig. Vor diesem Hintergrund ist bei der Beratung von Migrantenern eine tiefergehende Aufklärung über die Risiken der Frühverheiratung und der frühen Schwangerschaften – sowohl für die Mutter als auch für das Kind – vonnöten.  
Ferner wird in der Forschung zur Familienbildung der – insbesondere auch für Migrantenern mit hoher Kinderzahl dringliche – Rat ausgesprochen, einen Abstand von mindestens zwei Jahren zwischen der Geburt eines Kindes und der eines Geschwisterkindes folgen zu lassen, damit die emotionale Versorgung des jeweiligen Kindes vollständig gewährleistet ist. So können die Eltern die volle Aufmerksamkeit auf dieses Kind lenken; andernfalls könnte dem älteren Kind die Gefahr einer „Übersozialisierung“ drohen, weil Eltern vielfach dem älteren Kind reifere Rollen und Kompetenzen zuschreiben und – aufgrund der Präsenz eines noch jüngeren Kindes – die deutlich vorhandenen kindlichen Bedürfnisse des älteren Kindes geringer wahrnehmen.

---

<sup>192</sup> Kruse, 2001

<sup>193</sup> Ziegenhain, Derksen & Dreisörner, 2004

- **eine intergenerationale Transmission von Gewalt:** Als ein weiterer nicht unwesentlicher Risikofaktor eigener Gewaltbelastung konnte in der Forschung die intergenerationale Transmission von Gewalt festgestellt werden. Im Einzelnen heißt das, dass Eltern, die selbst in ihrer Kindheit gehäuft Opfer von Gewalterfahrung waren, in der Erziehung ihrer eigenen Kinder eher geneigt sind, auch Gewalt auszuüben bzw. Gewalt als eine „Normalität“ zu verstehen. Denn Kinder, die in innerfamiliären Sozialisationsprozessen die Gewaltanwendung von Eltern erfahren, lernen dabei zugleich auch bestimmte Muster der Konfliktaustragung kennen. Ihnen wird, quasi als Vorbildrolle, die Unfähigkeit, Konflikte zu akzeptieren bzw. sie auf eine deeskalierende Weise auszutragen, vorgelebt. Bspw. konnte in einer Studie von *Herrenkohl, Herrenkohl und Toedter*<sup>194</sup> ermittelt werden, dass 56% der aktiv gewalttätigen Eltern selbst in ihrer Kindheit Gewalt erlitten hatten<sup>195</sup>. Noch höher allerdings war das Risiko, selbst in der Erziehung Gewalt anzuwenden, wenn innerhalb der Partnerschaft die Mütter selbst Gewalt erfahren. Demnach stellt also das höchste Gewaltrisiko für ein Kind eine reviktimisierte Mutter dar, d.h. eine Mutter, die sowohl als Kind wie auch innerhalb der Partnerschaft Gewalt erfahren hat bzw. erfährt.<sup>196</sup> Aus diesem Grund ist auch der Blick auf die Partnerschaftsgewalt relevant, um das Gewaltverhalten von Jugendlichen zu verstehen. Risikoerhöhend kommt für Migrantenkinder hinzu, das bei ihnen in der Regel die **intergenerative Transmission** von Werthaltungen und erzieherischen Praktiken stärker als bei anderen einheimischen Familien ist; d.h. sie tendieren in der Fremde eher zur Beibehaltung und Fortführung familial vorgelebter Wirklichkeiten.

Einzelne Risiken wie Scheidung, Armut, psychische Störung, Migration etc. zeigen allein niedrige Korrelationen mit Erlebens- und Verhaltensstörungen. Risikofaktoren müssen nicht zwangsläufig zu einer negativen Entwicklung führen; sie erhöhen lediglich die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Störungen im Vergleich zu einer unbelasteten Kontrollgruppe; und es ist eher die Kumulation von Risiken bei einem gleichzeitigen Fehlen von Schutzfaktoren, die zu einer Störung führt.

Zwar wird vielfach auch das Geschlecht, insbesondere das männliche, als Risikofaktor betrachtet; jedoch ist das in Zusammenhang mit dem Lebensalter zu bringen. So zeigen sich im Geschlechtervergleich folgende Unterschiede: Jungen entwickeln mehr externalisierende Verhaltensstörungen, Mädchen eher internalisierende. Im ersten Lebensjahrzehnt scheinen Jungen vulnerabler (verwundbarer) gegenüber familiären Defiziten und Probleme zu sein als Mädchen. Jedoch gilt für beide Geschlechter, dass die Verfügbarkeit eines besten Freundes bzw. einer besten Freundin und die Zugehörigkeit zu einer größeren Freundschaftsgruppe positive Auswirkungen auf ein normenkonformes Verhalten haben<sup>197</sup>.

Risikoerhöhende Bedingungen in der Umwelt / Umgebung des Einzelnen haben nur einen unspezifischen risikoerhöhenden Effekt; in ihrer Verknüpfung und Interaktion mit risikoerhöhenden Bedingungen im Individuum entfalten sie jedoch größere Effekte. Zu erwähnen wäre etwa die Gewalt, die vom schulischen Umfeld eines Kindes ausgeht und dann fatale Konsequenzen hat, wenn es auch auf eigene Gewaltbereitschaft bzw. höhere Irritabilität, Gereiztheit trifft. Gravierend wirken sie sich jedoch aus, wenn es zu einer Kumulation von Risiken und Wechselwirkungen des Risikos mit anderen Faktoren wie etwa Zeitpunkt, Intensität, Dauer ihres Auftretens kommt (aber auch dem Alter, Entwicklungsstand des Kindes etc.).

## Schutzfaktoren

Wie bricht man zunächst den Teufelskreis hinsichtlich der Weitergabe elterlich erfahrener Gewalt? In einigen Studien konnte gezeigt werden, dass Kinder, die trotz eigener Gewalterfahrung in der Kindheit später als Elternteil selbst nicht gewalttätig wurden, zumindest zu einem Elternteil eine enge, sichere Bindung aufwiesen.

<sup>194</sup> Herrenkohl, Herrenkohl und Toedter, 1983

<sup>195</sup> Vgl. Wetzels, 1997

<sup>196</sup> Vgl. Fußnote 71, Seite 38

<sup>197</sup> Vgl. Richter 2005

Diese frühkindliche Bindungserfahrung, die Erfahrung der **Verfügbarkeit relevanter Bezugspersonen**, die zur Ausbildung positiver Überzeugungen von sich selbst als wertvolle Person beitrug, erwies sich als ein eindeutiger Schutzfaktor. Insbesondere die ersten drei Lebensjahre sind in der Entwicklung des Kindes von höchster Relevanz: Hier entwickeln sich bedeutende Vulnerabilitäten, d.h. Verwundbarkeiten, aber auch bedeutende Ressourcen für die weitere Lebensgestaltung<sup>198</sup>.

Darüber hinaus wirkten bei Eltern, die trotz eigener Gewalterfahrung diese nicht weitergaben, ein weites Netz an sozialen Bezugs- und Unterstützungspersonen als Schutzfaktoren. Insofern lässt sich – in Fortführung dieser Befunde – festhalten, dass zu Gewalt neigende Eltern häufig jene sind, die einsam, isoliert und ohne Unterstützungssysteme auskommen müssen, bei denen also psychosozialer Stress nicht durch Bezugspersonen im sozialen Nahraum abgefedert werden kann.

## Resilienzfaktoren

Was jedoch ist mit Resilienz gemeint und wo sind die Unterschiede zu Schutzfaktoren<sup>199</sup>? Die Frage nach Resilienzfaktoren ist wie folgt zu verstehen: Wie kommt es, dass trotz elterlicher Risiken wie Arbeitslosigkeit, Armut, Drogenabhängigkeit, psychotischer Erkrankung und Scheidungserfahrung der Eltern ein gewisser Teil der von diesen Risiken betroffenen Kinder dennoch relativ erfolgreich ihr Leben meistern? Wie kommt es ferner, dass Kinder trotz eigener Risiken wie Geburtskomplikationen, körperliche Behinderungen etc. dennoch einen hohen Grad an Widerstandskraft und Robustheit zeigen? Resilienz umschreibt also die Fähigkeit, relativ unbeschadet mit den Folgen belastender Lebensumstände umzugehen und Bewältigungskompetenzen zu entwickeln.

Theoriegeschichtlicher Ausgangspunkt der Resilienzforschung bilden die Längsschnittstudien von *Emmy Werner* und *Ruth Smith* (1959/1982)<sup>200</sup>, die die Geburtskohorte des Jahrganges 1955 untersucht und festgestellt haben, dass eine hohe Anzahl von Kindern trotz massiver psychischer Belastungen und widriger Umstände sich zu gesunden Erwachsenen haben entwickeln können. Aus dem Leben dieser Kinder ermittelten sie eine Reihe diskriminativer Faktoren, die sich als positiv für ihre Entwicklung erwiesen haben. So wiesen beispielsweise die Ergebnisse dieser 40-jährigen Längsschnittstudie mit 698 Kindern aus, dass etwa ein Drittel von ihnen trotz hoher Risiken keine Schäden und psychische Auffälligkeiten zeigten. Bei diesen waren folgende Merkmale auffällig: Bereits als Babys wurden sie als „aktiv“, „gutmütig“ und „liebervoll“ bezeichnet, hatten ein hohes Antriebsniveau und im Vorschulalter die Fähigkeit, sich von anderen Hilfe zu erbitten, wenn diese notwendig war. Im Schulalter zeigte sich bei resilienten Kindern, dass Intelligenz und schulische Kompetenz positiv mit individueller Widerstandskraft korrelierten (d.h. je höher die Intelligenz war, desto höher war auch die Widerstandskraft). Vermutlich schätzen intelligente Kinder stresserzeugende Situationen realistischer ein und verfügen über flexiblere Bewältigungsmechanismen.

---

<sup>198</sup> Scheithauer, Petermann & Niebank, 2000

<sup>199</sup> Betrachtet man den Begriff der Resilienz etwas genauer, so ist zunächst die Frage zu stellen, ob Schutz- bzw. Resilienzfaktoren nur die Kehrseite von Risikofaktoren sind und worin genau der Unterschied zwischen ihnen liegt. Vielfach wird auch nur das Fehlen von Risiken als Schutzfaktoren betrachtet. Definition und Operationalisierung von Schutzfaktoren müssen aber unabhängig von Risikofaktoren erfolgen. Auch muss begrifflich Resilienz stärker von der Wirksamkeit der Kompetenzen des Kindes getrennt werden; zeitlich müsste der Nachweis gelingen, dass der Resilienzfaktor vor dem belastenden Ereignis bzw. dem Risiko vorhanden ist (Vgl. Laucht, Esser & Schmidt, 1997). Resilienz verstanden als Schutzfaktor ist also dann erst wirksam, wenn eine Gefährdung vorliegt. Nur so kann Entwicklung als Folge bzw. Ursache dieser Protektivfaktoren interpretiert werden. Deshalb sind hierbei längsschnittliche Methoden zu bevorzugen. Um als Resilienzfaktor zu gelten, muss es im statistischen Sinne eine Interaktion zwischen Risiko und Resilienz im Sinne eines Puffereffektes geben. Will man tatsächlich Resilienzfaktoren untersuchen, so gilt es, das Erkenntnisinteresse auf vermittelnde Prozesse zu richten und gleichzeitig Schutzfaktoren von lediglich positiven Erfahrungen und Erlebnissen klar abzugrenzen. Statistisch betrachtet moderieren protektive Faktoren die Ausprägung bzw. die schädliche Wirkung eines Risikofaktors; d.h., liegt etwa ein protektives Merkmal vor, so wird der Risikoeffekt gemindert oder kommt überhaupt nicht zum Tragen; fehlt dagegen das protektive Merkmal, schlägt das Risiko voll durch. Ein protektiver Faktor ist insofern nur dann wirksam, wenn eine Gefährdung vorliegt.

<sup>200</sup> Werner, E. E. & Smith, R. S., 1959/1982



Auch zeigten diese Kinder ein höheres Kontrollbewusstsein (*internal locus of control*), d.h. sie hatten eher die Überzeugung, ihr Schicksal besser planen und ihre Lebenswelt durch eigene Handlungen positiv beeinflussen zu können<sup>201</sup>.

Bei dieser Studie haben sich folgende Konstellationen in der **Familie** als Widerstandsfaktoren erwiesen:

- **Enge Bindung** mit mindestens einer kompetenten und stabilen Person, die auf ihre Bedürfnisse eingehen kann.
- Auch wenn Eltern krank oder psychotisch waren, hatten widerstandsfähige Kinder ein besonderes Talent gehabt, sich „**Ersatzeltern**“ (Tanten, Großmütter, ältere Geschwister) zu finden.
- Generell ist auch eine **religiöse Überzeugung** ein Schutzfaktor im Leben von Risikokindern; sie verleiht ihnen ein Gefühl, dass das eigene Leben Sinn und Bedeutung hat<sup>202, 203</sup>.
- Ferner ist eine **hohe Schulbildung**, insbesondere **der Mutter**, mit positiven Kindsmerkmalen wie Kommunikations- und Konfliktlösefähigkeit, assoziiert.

Jedoch ist die Bedeutung der Intelligenz und des Selbstwertgefühls im Hinblick auf die Gewaltforschung vorsichtig zu deuten. So konnten zum einen verschiedene Studien zeigen, dass eine **überdurchschnittliche Intelligenz** zwar Risiken für antisoziale Entwicklungen abpuffern kann<sup>204</sup>. Dabei wird hervorgehoben, dass intelligente Kinder eher in der Lage sind, zu planen, negative Konsequenzen wahrzunehmen und auch nicht - aggressive Verhaltensweisen zu entwickeln; andererseits wird jedoch in der Forschung auch darauf aufmerksam gemacht, dass hohe Intelligenz zugleich einen Risikofaktor für depressive und andere internalisierende Störungen bilden kann, weil eine stärkere Differenzierung bei intelligenten Kindern dazu führen kann, dass sie sensitiver auf Stress reagieren<sup>205</sup>. Ähnlich ambivalent ist das **Selbstwertgefühl** zu betrachten. Zwar wird vielfach ein ausgeprägtes Selbstwerterleben als ein Schutzfaktor betrachtet<sup>206</sup>, jedoch gerade in Konstellationen wie einer bereits ausgeprägten Aggressivität und Gewaltbereitschaft kann es auch als ein Risikofaktor wirken. So unterstreichen die Befunde, dass persistent gewalttätige Personen eine übersteigerte Selbsteinschätzung haben. Vielfach hat in diesen Konstellationen ein positives Selbstbild zur Folge, dass junge Menschen andere abwerten und sich nicht angemessen von anderen respektiert fühlen, auf die sie dann aggressiv reagieren<sup>207</sup>.

### Widerstandsfaktoren in der sozialen Gemeinde

Widerstandsfähige Risikokinder haben in der Regel Verbindungen zu Freunden aus stabilen Familien sowie auch zu deren Eltern; diese Verbindungen helfen insbesondere Scheidungskindern und Kindern mit psychotischen Eltern, eine günstigere Lebensperspektive zu entwickeln. Auch hatten im Rückblick widerstandsfähige Kinder einen „Lieblingslehrer“ in der Schule, der sich für sie interessierte und sie auch herausforderte, für sie also ein „positives Rollenmodell“ war.

Nach Lösel & Bender<sup>208</sup> lassen sich Schutzfaktoren in der Entwicklung wie folgt zusammenfassen:

1. Stabile emotionale Beziehung zumindest zu einem Elternteil oder Bezugsperson,
2. emotional positives und unterstützendes Erziehungsklima,
3. Rollenvorbilder für eine konstruktive Problemlösung bei Belastungen,
4. aktives, nicht nur reaktives Bewältigungsverhalten bei Belastungen,
5. soziale Unterstützung durch Personen außerhalb der Familie,
6. tragbare, soziale Verantwortlichkeiten,

---

<sup>201</sup> Vgl. Werner, 1999

<sup>202</sup> Werner, 1999

<sup>203</sup> vgl. hierzu Seite 51 f

<sup>204</sup> Egeland et al., 1993; Lösel & Bender, 1994

<sup>205</sup> Lösel & Bender, 1999

<sup>206</sup> Garnezy & Devine, 1984; Rutter 1985

<sup>207</sup> Baumeister et al. 1996

<sup>208</sup> Lösel & Bender, 1999

7. kognitive Kompetenzen (zumindest eine durchschnittliche Intelligenz),
8. Erfahrungen der Selbstwirksamkeit,
9. Temperamentsmerkmale wie Flexibilität und Soziabilität,
10. Erfahrungen der Sinnhaftigkeit in der eigenen Entwicklung.

Schutzfaktoren lassen sich tabellarisch in zwei Komponenten zerlegen<sup>209</sup>:

- 1) Schutzfaktoren in der Person des Kindes (personale Ressourcen);
- 2) Schutzfaktoren in der Betreuungsumwelt (soziale Ressourcen).

<b>Personale Ressourcen</b>	<b>Soziale Ressourcen</b>
Weibliches Geschlecht (nur in der Kindheit)	Modelle positiver Bewältigung
Erstgeborenes Kind	Offenes, unterstützendes Erziehungsklima
Positives Temperament (flexibel, aktiv, offen)	Familialer Zusammenhalt
Positives Selbstwertgefühl (hohe Selbstwirksamkeit; die Wahrnehmung, dass gesetzte Ziele durch eigene Fähigkeiten auch erreicht werden können)	Stabile emotionale Beziehung zu einer Bezugsperson
Überdurchschnittliche Intelligenz	Soziale Unterstützung im Umfeld
Positives Sozialverhalten	Positive Freundschaftsbeziehungen
Aktive Stressbewältigung	Positive Schulerfahrungen

---

<sup>209</sup> Vgl. Laucht, Esser & Schmidt, 1997